

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



30. Mai 1986
Jg. 7 Nr. 11

G 7756 D

Preis:
2,50



März 1986, um 23.00 Uhr im Hamburger Hauptbahnhof. Ein türkischer Arbeiter, von der HVV über eine Leihfirma geheuert. Stundenlohn: 11,50 DM. Keine Nacht- und Schichtzuschläge. Im Monat sind das: 1 350 DM netto.



FDP-Bundesparteitag: Liberale selbstsicher für Europa-Expansionismus Seite 7



Sudetentreffen: Kohl & Strauß für "Europa freier Völker". Ziel: Revision der Nachkriegsordnung Seite 10



Afghanistan: Blockieren die US-Imperialisten ein Abkommen über die politische Lösung des Afghanistan-Konflikts? Seite 15

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Kernenergie:** CDU/CSU/FDP/SPD für den sicheren Weg zur kern-technisch "modernisierten Volkswirtschaft"..... 4
- FDP:** Liberale selbstsicher für Europa-Expansionismus 7
- Thälmann-Mord:** Ein Schuld-spruch nach 42 Jahren..... 7
- Metall:** Kein Ausgleich der Real-lohnverluste – zu wenig für die un-teren Lohngruppen 8
Bürgerliche Presse zum Abschluß 9
- Sudetentreffen:** Kohl & Strauß für "Europa freier Völker". Ziel: Revision der Nachkriegsordnung... 10
Der Widerstand gegen das Revan-chistentreffen blieb gering..... 11

Auslandsberichterstattung

- Bangladesh:** Die Imperialisten verewigen Armut, Unterentwick-lung und neokoloniale Abhängigkeit 12
Textil: Aufstieg und Fall einer "Weltmarktfabrik" 13
- Indien:** Börsenboom nach Be-kanntgabe des Haushaltes 86/87 .. 13
- Kanakry:** Gaullistische Regie-rung will Kolonialstatus erhalten.. 14
- Belgien:** Rentenalter erhöht, noch weniger Arbeitslosengeld ... 14
- BASF:** Zwei Jahre Angriffsaus-sperrung gegen US-Belegschaft... 15
- Afghanistan:** Blockieren die USA ein Abkommen über die politi-sche Lösung des Konflikts?..... 15
- Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen:**
§ 116 AFG. Der Kampf um das Streikrecht..... 18
Chronische Krankheiten nehmen zu 18
Revanchistische Städtepaten-schaft..... 18
- SPD:** Von Schmidt zu Rau: Nach dem "Modell Deutschland" das "Modell Europa"?..... 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten..... 21

Reha-Klinik Soltau: Nieder-

Geplanter FAP-Parteitag wird bekämpft

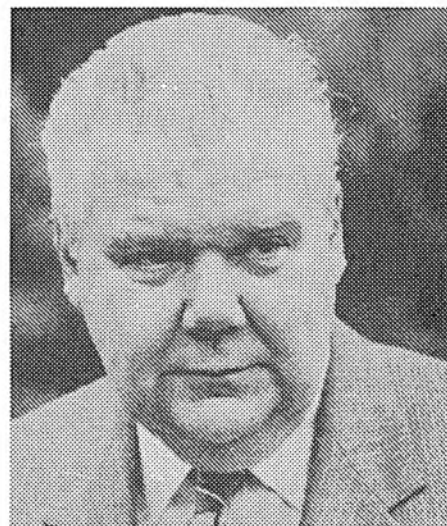
Die faschistische FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands) plant für den 7. Juni ihren Bundesparteitag in Stuttgart. Diesen wollten die Faschisten zuerst in Dillenburg/Hessen durchführen. Dort mobilisierte der "Demokratische Arbeitskreis" den Widerstand dagegen, und der Dillenburg-Bürgermeister und Magistrat lehnten den Antrag auf Raumvergabe ab. Die FAP zog sich zurück und rechnet nun in Stuttgart auf wohlwollende Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Die bekommt sie: Auf Nachfrage der Grünen-Stadtratsfraktion leugnete die Stadtverwaltung, einen Raum an die Faschisten vermietet zu haben, dabei hatte sie ihnen schon die Turn- und Versammlungshalle in Sillenbuch, ziemlich außerhalb gelegen, zugesagt. Der Aktionskreis "Stuttgarter gegen Neofaschismus", in dem u.a. VVN, SPD, Grüne, Volksfront vertreten sind, veröffentlichte eine Erklärung gegen den geplanten FAP-Parteitag und ruft zur Gegendemonstration am Versammlungsort auf. Der Ortsvorstand der IG Druck und Papier übernahm die Resolution der Vertrauensleute von "Moderne Satztechnik GmbH" an OB Rommel und die Stadt-ratsfraktionen: "Kein FAP-Parteitag in Stuttgart. Keine städtischen Räume für Faschisten. Keine Zulassung von Faschisten zur Bundestagswahl. Auflösung aller faschistischen Parteien und Verbände." – (ulk)

Beschäftigungspolitische Kongreß der BDA im Herbst

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat auf ihrer Geschäftsführerkonferenz vom 22. bis 24. Mai 1986 in Berlin die Marschroute gegen die Lohnabhängigen festgelegt. Ihr Hauptgeschäftsführer, Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, erklärte, das seit einem Jahr geltende Beschäftigungsförderungsgesetz sei ein "gutes Instrument der Arbeitsförderungs politik". "Völlig abwegig" sei die Unterstellung der Gewerkschaften, mit dem Gesetz werde eine Aufspaltung in Stamm- und Randbelegschaften geschaffen. Die BDA hat eine Untersuchung bei fast 2000 Unternehmen durchgeführt und den Schluß gezogen, das Gesetz werde vorläufig hauptsächlich zur Deckung eines akuten Arbeitskräftebedarfs genutzt, dessen zeitliche Dauer nicht absehbar sei. Dies gelinge durch den Abschluß befristeter Arbeitsverträge. Ein Viertel der untersuchten Betriebe habe die Absicht, sie in unbefristete umzuwandeln, d.h. drei Viertel haben von vornherein den festen Willen, die geheuer-ten Arbeitskräfte alsbald wieder zu feuern. Die übrigen mobilisieren die Verausgabung der Arbeitskraft durch die Hoffnung auf eine feste Arbeit, erfüllen sie aber nur selten. Festge-

stellt wird, daß Teilzeitarbeit und Jobsharing eine untergeordnete Rolle spielen. Die Kapitalisten sehen hier noch ein weites Feld der Lohndrücke-rei, der Zerstückelung von Arbeits- und Erholzeit und der Erschwerung des gesellschaftlichen Lebens der Arbeiter zur Erschließung vor sich.

Die Richtung für die Zeit des Bundestagswahlkampfes wird die BDA nä-



BDA-Hauptgeschäftsführer Erdmann

her festlegen auf einem beschäftigungspolitischen Kongreß, den sie am 27./28. Oktober in Berlin durchführen wird. Zwei Angriffsziele gegen die Lohnabhängigen stehen schon fest. In der gesetzlichen Krankenversicherung sieht die BDA "vorrangigen Handlungsbedarf". Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode müsse unverzüglich eine Strukturreform auf den Weg gebracht werden, um das Subsidiaritätsprinzip stärker als bisher zu verankern. Außerdem soll die gesetzliche Rentenversicherung verschlechtert werden. Eine Anpassung an die "veränderten Rahmenbedingungen" sei unerlässlich. – (anl)

DGB: Beschäftigungsförderungsgesetz abschaffen!

In Reaktion auf die Bundestagsdebatte zum Beschäftigungsförderungsgesetz forderte der DGB-Vorstand die sofortige Abschaffung des Gesetzes. Verschiedene Gewerkschaften haben Umfragen über die Wirkungen des Gesetzes durchgeführt. Danach haben die Kapitalisten zwischen 1984 und 1985 knapp 70% mehr Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt als zuvor. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr erklärte: "Die Arbeitnehmer werden zur Manövriermasse der Unternehmen und gegeneinander ausgespielt. Die Tendenz ... zum Prinzip Heuern und Feuern ist unverkennbar." Oftmals würden Betriebsräte unter Druck gesetzt, den Zeitverträgen zuzustimmen, mit der Forderung "Entweder befristete Einstellungen oder gar keine". Die IG Textil berichtet, daß innerhalb eines

Jahres im Bereich Textil und Bekleidung über 10000 Arbeiterinnen und Arbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt worden sind. Die HBV legte eine eigene Untersuchung von 500 Groß- und Einzelhandelsbetrieben vor. Danach haben die Einzel- und Großhandelskapitalisten das Beschäftigungsförderungsgesetz wie folgt genutzt: 36,3% der befragten Betriebe haben mehr Beschäftigte in Zeitverträgen ohne Kündigungsschutz eingestellt; in einem Viertel der Betriebe konnten die Betriebsleitungen neuerlich Arbeitsverträge mit flexiblen Arbeitszeiten (kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit) durchsetzen; die Kapitalisten konnten zahlreiche Vollzeitverträge in Teilzeitverträge umwandeln: in 37,1% der befragten Betriebe fanden solche Änderungskündigungen statt. Das Gesetz, so erklärte die HBV, nütze vor allem dazu, Normalarbeitsverhältnisse zu beseitigen und stattdessen den Kündigungsschutz und den Arbeitsschutz einzuschränken bzw. abzuschaffen. Von "Beschäftigungsförderung" könne dabei keine Rede sein. – (uld)

"Krawalle" bei WAA staatlich geplant

Wackersdorf. Die Auseinandersetzungen an Pfingsten in Wackersdorf waren von Polizei und Staatsregierung geplant, um hinterher Polizeistaatsmaßnahmen zu begründen. Die Polizeihubschrauber sind zuerst in fünf Meter Höhe über die Demonstranten geflogen und haben Granaten mit Reizgas abgeworfen, dann wurden zwei leere Polizeiautos umgeworfen und angezündet. Zuerst wurde eine Gruppe von Polizisten aus dem Baugebiet in die Demonstranten gejagt, dann wurden "zwei Hundertschaften regelrecht aufgerieben". Die Katastrophenschutzorganisationen der

Oberpfalz wurden zum Bauplatz befehligt.

Die Reaktionen der Bayerischen Staatsregierung kamen dann ebenso prompt wie vorbereitet. Innenminister Hillermeier entwickelte einen Katalog von Maßnahmen: Die bayerische Polizei soll die Möglichkeit bekommen, Gummiwuchtgeschosse einzusetzen. Der Gebrauch von Schusswaffen war für Hillermeier bereits an Pfingsten gerechtfertigt (Bedrohung des Lebens der Polizisten). Der elektronische Meldedienst der Polizei soll bundesweit verbessert werden. Um das Baugebiet soll noch mehr Waldfläche gerodet werden, um Polizeieinsätze zu erleichtern. Die Regierung der Oberpfalz hat bereits alle anliegenden Gemeinden angewiesen, keine Veranstaltungen oder Zeltlager mehr zu genehmigen, eine "Bannmeile" ist geplant. Der Straftatbestand des Landfriedensbruchs soll geändert werden, so daß auch diejenigen sich strafbar machen, die sich nur in einer "gewalttätigen Menge" aufhalten, Vermummung und passive Bewaffnung sollen von Ordnungswidrigkeiten zu Straftaten erhoben werden. Für Hinweise, die zur Ergreifung der "Gewalttäter" an Pfingsten führen, wurde eine Belohnung von 10000 DM ausgesetzt.

Die GRÜNEN sehen in Hillermeier "das größte Sicherheitsrisiko" und fordern seinen Rücktritt. Der geplante Einsatz von Gummiwuchtgeschossen ist für sie ein "Angriff auf den Rechtsstaat". Die SPD "bedauert die Gewalttätigkeiten" und vertritt, daß der Bau der WAA bis zur Bundestagswahl 87 aufgeschoben werden soll, als "Mindestbeitrag zur Sicherung des Landfriedens in der Oberpfalz". Von der Jungen Union über die SPD bis zu verschiedenen Bürgerinitiativen wird die Polizeitaktik kritisiert, "unsere Polizeibeamten" zu verheizen. – (uth)

sachsen fördert Krankenversorgung zu Billigstpreisen 22

DGB: Infarktisiko am Arbeitsplatz 22

Psychiatrie: Sozialpsychiatrische Dienste – Verbesserung der Versorgung? 23

Burschentag 1986: Hasselmann: "Im Geist ... tief verbunden" 23

Putzfrauen/Uni Bielefeld: "Nicht Quadratmeter putzen wir: wir putzen Quadratkilometer!" ... 24

Brokdorf: 7. Juni: Brokdorf darf nicht ans Netz! 25

Stadtreinigung: Hamburger Senat verordnet Tagelöhnerarbeit... 25

Niedersachsen: Keine Wahlbeteiligung der FAP – Neugruppierungen im neokonservativen/faschistischen Lager 26

Programm der "Patrioten für Deutschland" 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Bankentag: Angriffe auf BRD-Banken, Stützen des Südafrika-Regimes 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Engagierte Kunst: Albert Heizinger: Bedeutender Darsteller der Arbeitswelt 30

IG Farben: Untersuchung der Kriegsinteressen des Chemie-monopols 31

"Vertreibungsverluste": Massenmord an "Vertriebenen"? Revanchistische Propaganda 32

Spezialberichte

Sachbücher: Bücher über Libyen und seine Geschichte 34

Warum Europa "Experten" schicken soll 34

Die SPD 1970 zu Libyen: "Fortschritt" vom Westen! 34

Libyens Weg durch Jahrtausende... 34

Libyen: Erfolge des antiimperialistischen Klassenbündnisses 35

Unterstützung von Befreiungsbewegungen 37

Dokumente zur libyschen Geschichte und Revolution 38

Titelbild: Foto, mas, HH



Über Pfingsten fand in Essen das 20. Bundestreffen der Oberschlesier statt. In den Ansprachen wurden vor allem "Menschenrechte der in der alten Heimat Vertriebenen" verlangt, deutschsprachige Schulen z.B. Diese gelte es heute zu behaupten, führte ein Sprecher des Innenministeriums aus. – (rub)

Imperialistisches Kernenergieprogramm

CDU/CSU/FDP/SPD: Jetzt für den "sicheren" Weg zur kerntechnisch "modernisierten Volkswirtschaft"

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl fanden in vielen Städten und Regionen Demonstrationen und Aktionen gegen das westdeutsche Kernenergieprogramm statt. Die Grünen fordern die sofortige Stilllegung aller Kernkraftwerke und bereiten in NRW einen Volksentscheid zur Verstaatlichung und Stilllegung der Kernkraftwerke vor. In einer Studie zur "Energieversorgung ohne Atomkraft" weist das hessische Umweltministerium die Durchführbarkeit einer sofortigen Stilllegung aller Kernkraftwerke nach.

Gegen die Forderungen dieser Bewegung entwickeln CDU/CSU/FDP/SPD gegenwärtig drei Positionen. 1.) Führen sie eine demagogische Debatte über die Kernenergie als "Übergangsenergie", wobei die CDU damit den Übergang zu technisch fortgeschrittenen Methoden der Kernspaltung und Kernverschmelzung meint und die SPD die neue Linie der Hochtemperaturreaktoren. 2.) Verfechten CDU/CSU/FDP/SPD die "gegenwärtige" Unverzichtbarkeit der Kernenergie aus Konkurrenzgründen. Dazu lädt dann Kanzler Kohl alle Welt zu einem Kernkraftsicherheitsgipfel unter "deutscher Führung" ein. 3.) Schließlich wirft das Zugpferd westdeutscher Volksgemeinschaftspolitik, Bundespräsident von Weizsäcker, die Suche nach "Alternativen" amtlich in die Debatte. Forschungsminister Riesenhuber fordert gleich mehr Geld, damit sie auch entwickelt und vermarktet werden können.

Schon oft hat die westdeutsche Reaktion objektive Varianten imperialis-

tischer Politik als scheinbare Verarbeitung oppositioneller Bestrebungen weiterverfolgt. Stets war dabei die SPD das notwendige Bindeglied, ob bei der Ostpolitik, der Bildungspolitik Ende der 60er Jahre oder der neuen "Technologiepolitik" Mitte der 70er Jahre.

Viel spricht dafür, daß CDU/CSU/FDP/SPD gegenwärtig eine ähnliche Taktik mit unterschiedlichen Schwerpunkten verfolgen. Der gemeinsame Zielpunkt: ein neuer "Technologieschub" des westdeutschen Kapitals mit.

Seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl vermischt sich die politische Auseinandersetzung um das westdeutsche Kernenergieprogramm mit einer



Die Desinformationspolitik der Regierung verstärkt die Debatte um Zivil- und Katastrophenschutz.

Debatte über den Einsatz der Kernenergie, die unter dem technischen und administrativen Personal der Bourgeoisie bereits seit längerem geführt wird. Diese Debatte hat sowohl objektive wie ideologische Gründe. Objektive Bedingungen sind u.a.: die Entwicklung der Rohstoff- und Ölpreise seit Mitte der 70er Jahre, wozu nicht zuletzt auch die staatliche Finanzierung der Kernenergie beigetragen hat, und der schwächere Anstieg der industriellen Nachfrage nach elektrischer Energie. Zu den subjektiven Ursachen dieser Debatte gehört die Tatsache, daß die Propaganda für die "zivile, friedliche" Nutzung der Kernenergie "nach Hiroshima" unter Teilen des technisch-wissenschaftlichen Personals der Bourgeoisie an Zugkraft nachläßt. Die Reaktorentwicklung stellt die Technik vor ein historisch neues Problem: Jede technische Entwicklung mußte bisher durch auftretende Fehler in der Praxis ständig verbessert werden. Diese Methode des "trial and error" (Versuch und Fehler) soll aber bei der Kernenergie ausgeschlossen sein. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß es bei komplexen technischen Systemen immer wieder Vorgänge gibt, die nicht vorhergesehen oder für völlig unmöglich gehalten wurden. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb ein großer Teil des technisch-wissenschaftlichen Kaders der Kernenergieentwicklung inzwischen distanziert gegenübersteht.

Dazu kommt, daß die gegenwärtig verwendete "zivile" Kernenergietechnik sich aus verschiedenen Gründen

Neues BAFöG-Gesetz verabschiedet

Der Bundestag hat mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP das 10. BAFöG-Änderungsgesetz verabschiedet. SPD und GRÜNE stimmten dem Gesetz nicht zu. Das Gesetz sieht eine Erhöhung verschiedener Freibeträge um 4% und einige kleinere Änderungen vor. Das Hauptproblem für die BAFöG-Bezieher bleibt: Wenn es überhaupt Geld gibt, dann nur als Darlehen. Seit Einführung der Darlehensregelung (1982) ist der Anteil der BAFöG-Bezieher an der Studentenschaft auf jetzt 24% gesunken (1971 44%). Dies sind die Folgen der sozialen Selektion durch die Darlehensregelung. Ministerin Wilms erklärte vor dem Bundestag, daß "die soziale Grundversicherung durch das BAFöG erreicht und in ihrem realen Wert gesichert ist". Die Regierungsparteien wollen nun nach dem Prinzip "Hilfe zur

Selbsthilfe" das "Bildungssparen" einführen. Dieses Modell sieht vor, daß Familien, die für ein Kind Geld fürs Studium "ansparen", steuerlich gefördert werden sollen. So wird das Geld bei armen Familien eingespart, um es in Verkleidung einer Steuerermäßigung besser gestellten und reichen Leuten zukommen zu lassen. — (tob)

USA: Zollschutz gegen Werkzeugmaschinen der BRD

Nach Angaben des US-Handelsministeriums stiegen die Exporte von Werkzeugmaschinen aus der BRD, Japan, Taiwan und der Schweiz in die USA 1985 auf 1,6 Mrd. Dollar und damit auf mehr als die Hälfte des US-Marktes. Nach Japan (683 Mio. Dollar) konnten westdeutsche Kapitalisten mit Lieferungen von 206 Mio. Dollar den zweitgrößten Marktanteil erobern. Das Weiße Haus verlangt nun "freiwillige Exportbeschränkungen" von den japanischen und westdeut-

schen Kapitalisten. Begründung: Eine eigene Werkzeugmaschinenindustrie sei wesentlich für die "nationale Sicherheit". Zusätzlich sollen die US-Werkzeugmaschinenkapitalisten in nächster Zeit für 15 Mio. Dollar Finanzhilfen bekommen, das Pentagon will mit Rüstungsaufträgen helfen. Das "Handelsblatt" meldete den Vorgang auf der Titelseite. Die westdeutschen Kapitalisten erwarten offenbar eine weitere Verschärfung des Handelskriegs mit den USA. — (rül)

Ladenschlußänderung — nur der Termin steht noch nicht fest

Die Entscheidung zur Änderung des Ladenschlußgesetzes (Abendverkauf bis 22 Uhr in Passagen in Bahnhofsnähe) wird immer wieder verschoben. Die CDU, die damit größte Schwierigkeiten gegenüber ihren Anhängern aus dem Mittelstand hat, wägt noch ab. Dabei läßt sie keinen Zweifel daran, daß die variable Arbeitszeit im Ein-



Demonstrationen und Aktionen gegen das Kernenergieprogramm in vielen Städten und Regionen, Bild: Hamburg.

weniger profitabel als erwartet herauszustellen scheint. In den USA ist das zivile Kernenergieprogramm seit Jahren stark rückläufig. Die ständig gestiegenen Baukosten für Kernenergieanlagen schlagen inzwischen so stark auf den Strompreis durch, daß die Verstromung von Kohle und Öl wesentlich günstiger ist. In der BRD und in Frankreich verlief die Preisentwicklung anders, da die Baukosten durch eine einheitliche Baulinie in einer Hand (BRD: KWU) nicht so schnell anstiegen und die Kohlepreise höher liegen als in den USA.

In den USA gab es bereits vor dem Reaktorunfall von Tschernobyl weitgehende Überlegungen, das gegenwärtige Kernenergieprogramm auslaufen zu lassen und einen völlig neuen Reaktortyp zu entwerfen, der mehr "inhärente Sicherheit" bieten soll. Fa-

vorisiert wird u.a. der in der BRD entwickelte Hochtemperaturreaktor (HTR), dessen weltweite Verbreitung und Standardisierung die FAZ wegen seiner "absoluten Ungefährlichkeit" dieser Tage gefordert hat.

Das vor allem in Frankreich und in der BRD entwickelte Konzept der "schnellen Brüter" und Wiederaufbereitungsanlage (WAA) als Grundlage eines sogenannten "geschlossenen Brennstoffkreislaufes" hat sich schon jetzt für den "zivilen" Bereich als wirtschaftlich unhaltbar erwiesen. Daß die Reaktion so massiv auf diesem Konzept besteht, ist nur aus ihren starken militärischen Interessen am Besitz eigener, bundesdeutscher Atomwaffen zu erklären. Der schnelle Brüter soll hochreines, wertvolles Plutonium liefern, und die Wiederaufbereitungsanlage kann daraus waffen-

technisch hochwertiges Spaltmaterial produzieren. Dabei geht es u.a. um die Entwicklung von neuartigen Spaltmaterialien, die sehr kleine kritische Massen haben und in atomaren Gefechts Waffen einsetzbar sind. Wenn die WAA in Wackersdorf fertiggestellt ist, ist der Atomwaffensperrvertrag abgelaufen, dessen Unterzeichnung nachweisbar nur eine Übergangsphase bis zur eigenen atomaren Bewaffnung der BRD sein sollte.

Die von der SPD vertretene Linie, auf den "Einstieg in die Plutoniumwirtschaft" zu verzichten und die Kernenergie allmählich abzubauen, setzt auf zwei Entwicklungen: Ökonomisch ist die Brutto- und die Wiederaufbereitung abgeschrieben. Die Entwicklung neuer "alternativer", d.h. "energiesparender Hochtechnologien" kann international als "Spitzentechnologie" verkauft werden. Militärisch verfolgt die SPD gegenwärtig eine stärker "konventionelle" Aufrüstung.

Auch bei diesem SPD-Konzept ist aber der Griff nach Waffenplutonium keineswegs abgeschnitten: Die BRD hat inzwischen eine weltweit führende Position in der vom Bundesforschungsministerium unterstützten Entwicklung der "Laser-Isotopen-Separierung". Damit soll die BRD in absehbarer Zeit in der Lage sein, aus minderwertigem Abbrand der laufenden Leichtwasserreaktoren hochwertiges Spaltmaterial herzustellen.

Soviel scheint festzustehen:

- Die westdeutsche Reaktion will Atomwaffen "in deutscher Hand", und große Teile des reaktionären Lagers wollen das sofort und mit den bestehenden Anlagen von Schnellem Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen.

- Der Kurs, die Rohstoff- und Ölpreise der Länder der Dritten Welt zu drücken und den Anteil des Erdöls an

zelhandel durchgesetzt werden soll. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU Wissmann verbreitete jetzt im Handelsblatt, daß die Änderung noch im Juni verabschiedet würde. Offensichtlich spielt der Ausgang der Niedersachsenwahl eine Rolle. - (chs)

Freikauf vom türkischen Wehrdienst

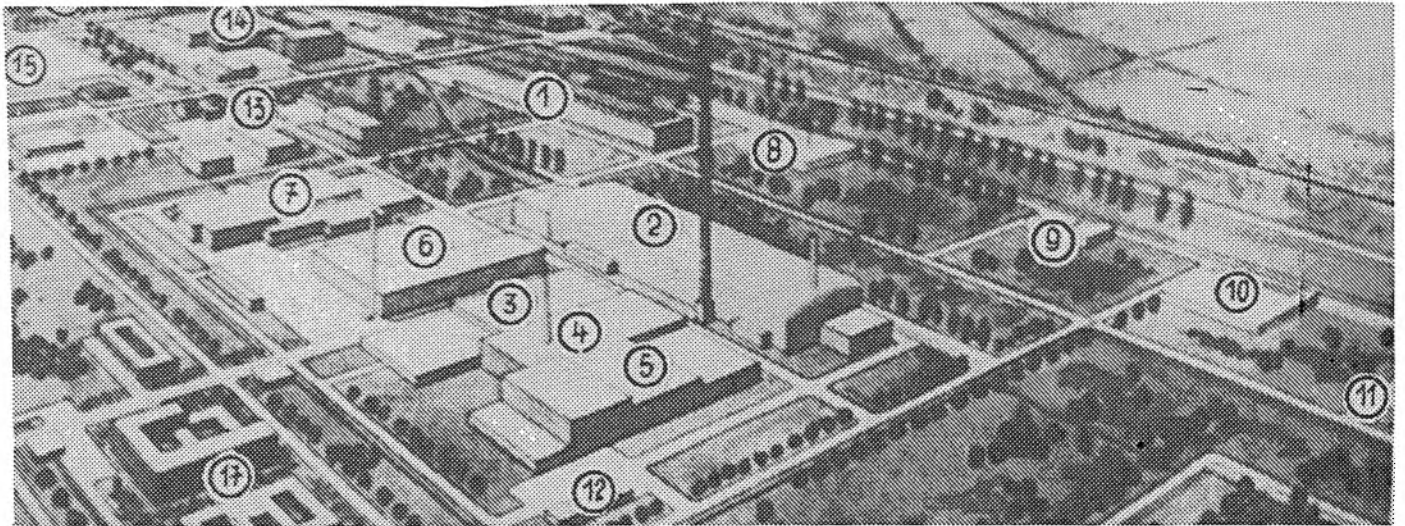
Türkische Arbeiter in der BRD, die an den türkischen Staat 20000 DM zahlen, um ihren Wehrdienst von zwei Jahren auf zwei Monate zu verkürzen, können diesen Betrag nicht als Werbungskosten von der Steuer absetzen. So hat der VI. Senat des Bundesfinanzhofs mit Urteil vom 20. Dezember 1985 entschieden. Er stützt sich dabei auf §12 des Einkommensteuergesetzes und argumentiert, die teilweise Befreiung vom Wehrdienst berühre in erheblichem Maße die Lebensführung des Steuerpflichtigen, so daß hier das im Gesetz ausgesprochene Abzugs-

verbot anzuwenden sei. Der Bundesfinanzhof wertet die Reduzierung des Wehrdienstes als Erleichterung. In Wirklichkeit sehen sich die türkischen Arbeiter in einer Zwangslage. Wenn sie den Wehrdienst ableisten, müssen sie bei dem westdeutschen Kapitalisten kündigen und müssen darüber hinaus damit rechnen, nach Beendigung des Wehrdienstes die Arbeit nicht im selben Betrieb wiederaufnehmen zu können, wenn sie überhaupt wieder in die BRD einreisen können. Die Nutznießer der Regelung sind demnach die Banken und der türkische Staat, der die Devisen kassiert. - (anl)

NATO einig: USA sollen neue C-Waffen bauen

Auf der NATO-Frühjahrstagung am 22.5. haben die Verteidigungsminister die Pläne der USA gebilligt, ab 1987 moderne chemische Waffen zu bauen - auch wenn nicht alle NATO-Länder diese Waffen in ihren Ländern zum

Einsatz kommen lassen wollen. Der US-Kongreß wird voraussichtlich jetzt das Geld bewilligen; er hatte dafür die ausdrückliche Bestätigung der NATO zur Voraussetzung gemacht. Die positive Haltung der BRD zur Neuproduktion der C-Waffen hat Wörner am 15.5. im Bundestag begründet: Ab 1992 werden danach die bei den US-Streitkräften in der BRD gelagerten alten C-Waffen weggeschafft, der Lagerungsort der neuen liegt in den USA. Sie dürfen dann erst mit ausdrücklicher Genehmigung der BRD eingeflogen und eingesetzt werden. Erstmals hat damit die BRD ein Mitscheidungsrecht für den Einsatz von C-Waffen in Europa. Die zukünftige Lagerung der chemischen Waffen in den USA deutet darüber hinaus darauf hin, daß der mögliche Einsatzort nicht nur auf den europäischen Kriegsschauplatz beschränkt bleibt, sondern auf begrenzte Kriege wie z.B. gegen Libyen ausgedehnt wird. - (jok)



In großen Demonstrationen wurde die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf angegriffen. Sie ist Bestandteil des westdeutschen Militärprogramms. Strauß, seit Jahrzehnten Vertreter der Forderung nach "Atomwaffen in deutscher Hand", verteidigt die Unverzichtbarkeit von Wackersdorf, und die CSU verlangt geschlossen schärfere Gesetze zur politischen Unterdrückung. Wackersdorf: 220 Hektar, u.a.: (1) Hauptprozeßgebäude, (4) Uranreinigung, (6,7) Brennelementfertigung.

der Energieproduktion zu senken, soll weiter fortgesetzt werden. Dazu werden neue, preisgünstigere und profitablere Kerntechnologien und Reaktoren gebraucht.

– Die westdeutschen Konzerne wollen ihre Weltmarkt-Führungsposition auf dem Sektor des Maschinen- und Anlagenbaus weiter ausbauen und den Export von neuen Reaktortypen und sog. "energiesparenden Hochtechnologien" ankurbeln.

– Zu alledem ist eine hochmonopolisierte Energiewirtschaft notwendig, die die erforderlichen finanziellen Mittel zentralisiert und die Entwicklungs- und Unterhaltungskosten auf die Werktätigen als "Stromverbraucher" abwälzt.

Klar ist aber auch, daß es keine gemeinsamen "Energieinteressen" zwischen Lohnabhängigen und der herr-

schenden Klasse gibt. Die imperialistischen Konzerne wollen billige Energie als Produktionsfaktor. Die Lohnabhängigen brauchen zur Sicherung ihrer Reproduktion kommunale Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen: warmen und gesunden Wohnraum, Verkehrseinrichtungen, Schutz gegen die Folgen der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb ist die Forderung nach sofortiger Abschaltung aller Kernkraftwerke eine gesellschaftliche Schutzforderung, die auf kommunaler-, Länder- und Bundesbene mit den geeigneten Mitteln betrieben und unterstützt werden muß. Zum Aufbau einer langfristig stabilen Front gegen die imperialistische Energiewirtschaft muß sie aber mit Forderungen gegen die herrschende Energiewirtschaft und nicht nur gegen die technischen Energieträger

verbunden werden. Wichtige Ausgangspunkte für solche Forderungen enthalten die Ausarbeitungen der Grünen für Gesetzesentwürfe zur "Rekommunalisierung der Energiewirtschaft" ("Neuordnung der Energiewirtschaft und Novellierung des Energierechts", Bundesdrucksache). Die "Meßinitiativen" der Regierung – Kernkraftwerke sollen gemessen werden, Ministerin Süsmuth vermißt Kinder – dienen nicht zuletzt dazu, der Debatte um solche Forderungen zuvorkommen.

Quellenhinweise: Spektrum der Wissenschaft 5/80, 12/84, 5/86; Kommunistischer Bund, "Griff zur Bombe"; H. Krupp, A. Schmalenstör, "Atome für den Krieg"; Hennicke, Johnson, Kohler, Seifried, "Die Energiewende ist möglich, für eine neue Energiepolitik der Kommunen". – (dif, chc)

Ein "europäischer" Kriegssatellit?

Das Europäische Parlament beriet am 16. Mai über die "sicherheitspolitische Zusammenarbeit" in der EG. Hans-Gert Pöttering (CDU/CSU) als einer der Betreiber dieser Debatte nutzte die Gelegenheit, um mehr militärische Interventionsbereitschaft "Europas" zu verlangen. "Das jüngste Beispiel Libyen zeige, daß Europa schlecht beraten sei, nichts zu tun. Die Europäer müßten den Verantwortungsnationalismus hinter sich lassen. Die Europäische Gemeinschaft sei ... auch eine Sicherheitsgemeinschaft." SPD-Sprecher Hänsch ergänzte, "die Verhandlungen in Genf, bei denen auch über das Schicksal von 320 Mio. Europäern entschieden werde, zeigten doch den echten Mangel an europäischer Sicherheitspolitik." Mit 233 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen forderten die Abge-

ordneten von den Verteidigungsministern der EG "die Schaffung einer ständigen Beratungsgruppe zur europäischen Sicherheit" und "die Entwicklung von Plänen für einen ... westeuropäischen Beobachtungssatelliten". Weltraumrüstung auf europäisch – im Europaparlament sind sowohl CDU/CSU wie die SPD für dieses aggressive Programm. – (rül)

Nachschlag für Bundeswehr: 35 neue MRCA-Tornados

Finanzminister Stoltenberg hat der Bundeswehr anstandslos 3,3 Milliarden DM zusätzlich zum bestehenden Beschaffungsprogramm bewilligt; 35 weitere Kampfflugzeuge MRCA-Tornado sollen davon für die Luftwaffe beschafft werden. Die neuen Tornados werden mit einer Spezial-Elektronik bestückt, die besonders zur Ortung und Zerstörung gegnerischer elektronischer Anlagen wie z.B. Radar geeignet ist. Damit hat allein die Bundes-

wehr insgesamt 357 Tornados in Auftrag gegeben. Die Luftwaffe wird dadurch erneut an Schlagkraft in die Tiefe des Feindeslandes gewinnen; gleichzeitig wird dafür gesorgt, daß die Rüstungsindustrie mit dem Ablauf des bisherigen Beschaffungsprogramms nicht in einen möglichen Engpaß gerät. MBB bestreitet den 40-prozentigen Produktionsanteil der BRD am MRCA-Tornado-Projekt (Großbritannien hat ebenfalls 40%, Italien 20%). (FAZ, 20.5.86 – jok)

Bundesbank: Emminger inspiziert Philippinen

"Bestandsaufnahme in den Philippinen" – unter dieser Überschrift meldete Mitte Mai das "Handelsblatt", Bundesaußenminister Genscher habe "den früheren Bundesbankpräsidenten Dr. Otmar Emminger für eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation auf dem Inselreich gewinnen können". Emminger könne dabei auf die

FDP-Bundesparteitag

Liberales selbstsicher für Europa-Expansionismus

Die Medien haben in der Öffentlichkeit den Eindruck verbreitet, daß der FDP-Parteitag die Politik der Regierungskoalition kritisch betrachte und Vorbehalte insbesondere in der Energiepolitik erhebt. Dieser Eindruck wird durch die politische Opposition eher verstärkt, weil diese die liberale Politik nicht angreift, sondern z.B. wie Petra Kelly von den Grünen einfach davon ausgeht, die FDP wäre so ziemlich am Ende und würde in Niedersachsen nicht in den Landtag kommen. Die Liberalen sehen das ganz anders. Hausmann erklärte gelassen: "Eine Stimme für die FDP ist viel sicherer für die bürgerliche Mehrheit als das risikoreiche Setzen auf die absolute Mehrheit der Union."

Der FDP-Parteitag hat keineswegs die Politik der Regierung einer Kritik unterzogen, sondern hat die expansionistische Politik von Außenminister Genscher gefeiert. Der Parteitag verabschiedete eine Resolution über die Schwerpunkte liberaler Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, die für die BRD einen Führungsanspruch gegenüber anderen Ländern erhebt: "Wir stehen vor der Aufgabe, die Architektur für eine friedliche, stabile Ordnung der Welt von morgen zu entwerfen."

Die FDP stellt die Europapolitik stark in den Mittelpunkt und unterscheidet sich darin von Teilen der CDU/CSU. Das ist aber nicht weniger aggressiv. Das gemeinsame Technologieprogramm Eureka mit anderen Staaten der EG wird von der FDP – verglichen mit SDI – als friedfertig dargestellt und damit begründet, daß

Rahmenbedingungen geschaffen würden, "unter denen die Staaten Europas technologisch zusammenwachsen und die Kräfte einer freien Wirtschaft sich ungehindert entfalten können." Eureka ist ein militärisches Technologieprogramm, mit dem die EG-Staaten ihr Kriegsbündnis stärken wollen. Die FDP verbreitet konservative und reaktionäre Ideologien und will den "wachsenden europäischen Patriotismus fördern". In diesem Zusammenhang tritt die FDP für eine starke Bundeswehr ein. Die FDP will eine Verteidigungspolitik, die "Europa innerhalb des Bündnisses immer mehr zu einem nicht nur gleichberechtigten, sondern auch gleichgewichtigen Partner Nordamerikas macht." Diese FDP-Positionen greift man keineswegs mit Kritik am SDI-Programm an, dazu lagen ablehnende Anträge von den Jungen Liberalen dem Parteitag vor, oder mit Kritik am NATO-Bündnis. FDP-Genscher behauptete in einem Interview vor dem Parteitag, daß die "Bipolarität Washington – Moskau" ihrem Ende entgegen gehe. Die FDP tritt für ein militärisches und wirtschaftliches Technologieprogramm in Europa ein, daß für die westdeutsche Industrie profitabel ist und gesicherte Existenzen bei der Mittelklasse schafft. Für Europa und dann mit der NATO, mit solchen Positionen wollen sie sich Anhang verschaffen.

Der FDP-Parteitag hat sich für eine vorzeitige Steuerreform eingesetzt. Er fordert "Entlastung der übermäßig besteuerten Bürger" und die "Steuerbelastungen der Unternehmen deutlich zu verringern", finanziert durch "Subventionsabbau". Was das heißt, erklärt der Antrag zu "Liberales Perspektiven für mehr Beschäftigung" mehr als deutlich: "In unserer Gesellschaft gibt es genug Arbeit. Vielfach

ist die Arbeitskraft aber zu teuer geworden. Wer Arbeitskräfte nachfragt, muß sich das leisten können. Die Arbeitskraft muß für ihn bezahlbar sein. Damit mehr Arbeitskräfte nachgefragt werden, muß Arbeit wieder rentabel werden. Die Schere zwischen den Lohnkosten (einschl. Lohnnebenkosten) des Arbeitgebers und dem Nettolohn des Arbeitnehmers muß kleiner werden."

Die FDP tritt für einen forcierten Angriff auf die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen ein und macht die "nivellierende Sockellohnpolitik" der Gewerkschaften "mitverantwortlich" für die Rationalisierung und hohe Arbeitslosigkeit. Der FDP-Parteitag hat insbesondere mit seinen Beschlüssen zur Steuer- und Wirtschaftspolitik ein regelrechtes Hetzprogramm gegen die Lohnabhängigen gefaßt, das nicht nur von den Gewerkschaften öffentlich kritisiert werden sollte.

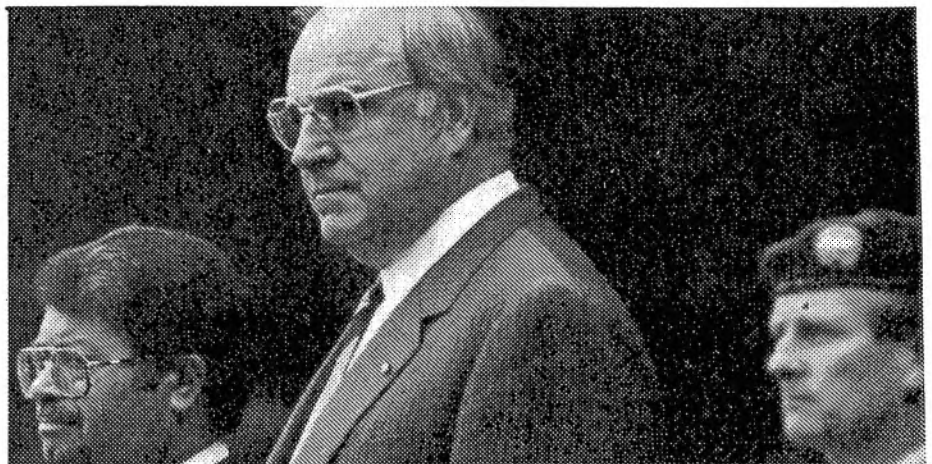
Quellenhinweis: Antragsmaterial zum 37. ord. Bundesparteitag der FDP und Pressedienst der FDP vom 6. und 21. Mai 1986; "Die Zeit" vom 23.05.1986; Express vom 25.05.1986 – (jöd)

Thälmann-Mord-Prozeß

Ein Schuldspruch nach 42 Jahren

Entgegen vielen Befürchtungen und wohl auch einigen Hoffnungen endete der Prozeß gegen den ehemaligen Lehrer Wolfgang Otto, angeklagt wegen Beihilfe an der Ermordung des Vorsitzenden der KPD und Reichstagsabgeordneten Thälmann, mit einer Verurteilung. Das Krefelder Landgericht unter dem Vorsitzenden Richter Dr. Heinz Joseph Paul kam zu dem Schluß, daß der Angeklagte Otto der

"volle Unterstützung der in den Philippinen engagierten deutschen Wirtschaft, der Stiftungen sowie kirchlichen Organisationen zählen." Noch im Oktober wolle die Bundesregierung auf einer Konferenz "deutscher Unternehmen, Banken und Verbände" über "ein geplantes verstärktes Engagement" beraten. Die Inspektionsreise Emmingers sei mit den USA abgestimmt, die die Unterstützung der EG wünschten, um das Regime Aquino zu stabilisieren. Genscher: "Wir können es nicht zulassen, daß die Demokratie in den Philippinen mißlingt. Ein Fehlschlag würde für die gesamte Region sehr negative Folgen haben." Gemeint ist: Der bewaffnete antiimperialistische Widerstand auf den Philippinen unter Führung der kommunistischen Neuen Volksarmee soll zerschlagen werden, um der deutschen Wirtschaft auf den Philippinen neue Kapitalanlagemöglichkeiten zu erobern. (Handelsblatt, 15.5., S. 2 – rül)



Eine angeblich "beiden Seiten gerechte" Verschärfung der Ausländergesetze hat von Weizsäcker zu Beginn seiner Türkeireise angekündigt. Er wolle die Verhandlungen über Militärhilfe und Kapitalexperte der BRD und über die Behandlung türkischer Lohnabhängiger in der BRD vorantreiben. Das Ergebnis dürfe die BRD wie die türkischen Lohnabhängigen in der BRD "nicht unzumutbar" belasten. So treibt man Ausländerunterdrückung voran und behauptet auch noch, Gerechtigkeit zu üben! Bild: Ministerpräsident Özal bei Kohl in Bonn. – (rül)

Beihilfe an der Ermordung Thälmanns schuldig und darum zu 4 Jahren Haft kostenpflichtig zu verurteilen ist. Der Verteidiger des ehemaligen Stabschefes Otto, Rechtsanwalt Steinacker, empfahl seinem Mandanten, in die Berufung zu gehen.

Der Vorsitzende Richter Paul führte in der Urteilsbegründung aus, daß das Gericht zu klären hatte: a) den Zeitpunkt und die Umstände der Ermordung Thälmanns und b) die Frage nach der Beteiligung des Angeklagten Otto.

Nach 32 Verhandlungstagen kam das Gericht zu dem Schluß, daß Thälmann unzweifelhaft im Krematorium des KZ Buchenwald zwischen dem 14. und 24. August 1944 erschossen worden ist. Zahlreiche Zeugenaussagen haben dies belegt. Lediglich über das genaue Datum verbleibt weiterhin Unklarheit. Es muß aber nach dem 14.8.44 gewesen sein, weil an diesem Tag Hitler den schriftlichen Befehl zur Hinrichtung gab. Als wahrscheinliches Datum ist die Nacht vom 17. auf den 18.8. 1944 anzusehen. Die Version, der KPD-Vorsitzende sei bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen, bezeichnete Paul als "vorsätzliches Täuschungsmanöver".

Für die Beteiligung, zumindest aber für die Beihilfe Ottos an der Ermordung Thälmanns sprechen nach Ansicht des Gerichts vor allem zwei Punkte: 1. Die Erschießung Thälmanns war keine Hals-über-Kopf-Aktion, sondern eine Kommandosache zur Vernichtung des politischen Gegners, und 2. war zur Durchführung der Aktion "durch und durch erfahrenes Personal" notwendig. Dazu gehörte der in 5 1/2 Jahren KZ-Dienst ausgebildete Spieß Wolfgang Otto, damals Leiter der Schreibstube und verantwortlich für den vorschriftsmäßigen Ablauf von Exekutionen.

Entgegen dem Verlauf in anderen NS-Verbrecher-Prozessen gereichte es dem SS-Mann Otto nicht zur Entlastung, durch und durch ein Biedermann zu sein. Im Gegenteil, das Gericht kam zu dem Schluß, daß der "humanistisch gebildete, religiös erzogene und durchaus feinsinnige, intellektuell begabte Angeklagte" sich der Abscheulichkeit der in Buchenwald verübten Verbrechen voll bewußt war. Dies hat nach Ansicht des Gerichts auch seine eigene Verteidigungsstrategie belegt. Er beteuerte, stets nur Schreibtischarbeit verrichtet, nie aber selbst Hand mit angelegt zu haben.

Die Bedeutung dieses Urteils liegt nicht in der Genugtuung, daß endlich der Mord an Thälmann gesühnt ist, sondern wohl vor allem darin, daß endlich einmal einer der Schreibtischtäter aus der Bürokratie des Schreckens verurteilt worden ist, und zwar genau wegen seiner Funktion, den reibungslosen Ablauf des KZ-Vernichtungsbetriebes zu garantieren. — (rub)

Lohnabschluß Metall

Kein Ausgleich der Reallohnverluste — zu wenig für die unteren Lohngruppen

Die Zufriedenheit des bürgerlichen Lagers über den Lohnabschluß in der Metallindustrie ist ungeteilt. Die Kapitalisten und ihre Funktionäre schenken sich diesmal auch das sonst übliche unheilschwangere Gemunkel, daß irgendwo irgendwelche Gefahren für irgendwen oder irgendwas lauern könnten. Gesamtmetall-Kirchner erklärt — und die bürgerlichen Kommentatoren schreiben ihn ab aufs Wort —, der Abschluß sei ein vernünftiger Kompromiß, der die Lohnentwicklung der letzten Jahre fortschreibe, nicht aus dem Rahmen anderer Abschlüsse falle, die inländischen Konjunkturkräfte stärke und nicht preissteigernd wirke. Also die "Lohnvernunft '86", die Gesamtmetall mit Plakaten und Anzeigen verlangt hat.

Die bürgerliche Öffentlichkeit suhlt sich in der Bemerkung des baden-württembergischen IGM-Verhandlungsführers Walter Riester, das Ergebnis bringe mehr an realem Kaufkraftzuwachs als jeder Abschluß der

Lohnabschluß. Erstens gleicht er keineswegs die Lohnverluste der letzten Jahre aus. Der reale Nettolohn je beschäftigtem Lohnabhängigen in der BRD ist von 1980 bis 1985 um 6 % gesunken. Dabei haben sich in vielen Lohnabhängigenhaushalten die Einkommensverluste aus Reallohnneinbußen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Leistungskürzungen summiert. Dadurch sind von 1980 bis 1984, soweit entsprechende Angaben reichen, in Arbeiterfamilien 10,4 % Kaufkraftverlust zusammengekommen. (1) Der Lohnabschluß gleicht nur einen Teil dieser Verluste aus. Es ist den Kapitalisten gelungen, bei ausgezeichneter konjunktureller Lage eine Nachholbewegung zu verhindern. BDA-Esser hatte dieses Ziel im Januar so formuliert: "Nichts wäre verhängnisvoller für den Gesundungsprozeß von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wenn jetzt unter der vorgeschobenen Behauptung eines Nachholbedarfs für die zurückliegenden Jahre von gewerkschaftli-



Warnstreik und Demonstration bei Bosch in Stuttgart. Die Kampfbereitschaft für einen Tarifabschluß, der allen etwas nützt, war groß. Allein in Baden-Württemberg beteiligten sich vom 7.5. bis 15.5. nach Angaben der IGM 144 800.

letzten zehn Jahre. Sie verweist auf Preisstabilität und Steuerreform. Beides mache den Abschluß — obwohl brutto nicht besonders hoch — zu einem echten Kaufkraftgewinn. Damit zahle sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung jetzt auch für die Arbeitnehmer aus. Der Lohnabschluß also ein Gewinn für alle Seiten? Keineswegs.

Die aktuell niedrige Inflation bewirkt zwar, daß die realen Einkommen in diesem Jahr im Vergleich zum letzten steigen, daß sich für viele Lohnabhängige die wirtschaftliche Lage besser darstellt als 1985. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit über diesen

cher Seite eine neue Umverteilungsoffensive in der Lohnpolitik eingeleitet würde". (2)

Zweitens reicht der Abschluß besonders in den unteren Einkommensbereichen nicht aus. Wo bisher schon das Geld zum Leben nicht oder kaum gelangt hat, langt es auch jetzt nicht. Das betrifft vor allem Arbeiterinnen, weibliche Angestellte und ausländische Arbeiter. Strukturelle Verbesserungen für die unteren Lohngruppen, wie sie in den meisten Tarifgebieten gefordert waren, wurden verhindert. Schlechte Arbeiten werden weiterhin schlecht bezahlt. In dieser Hinsicht hat die Lohnbewegung eine schmerzli-

Bürgerliche Presse zum Lohnabschluß Metall

Stuttgarter Nachrichten, 16.5.86

"... Das Ergebnis trägt – wie bei Tarifabschlüssen üblich – alle Anzeichen eines Kompromisses. Beide Seiten werden jetzt nicht in Jubel ausbrechen. Andererseits ist der Abschluß, der im Schnitt Einkommensverbesserungen von 4,6 Prozent beschert, vernünftig. Die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie ist, einmal abgesehen von den Werften, gut. Nach Jahren der Reallohn-Stagnation war es in diesem Jahr möglich, den Arbeitnehmern Anteil am Erfolg der Branche zu geben. Bei einer Inflationsrate von nahe null Prozent bleibt, auch nach dem Zugriff des Fiskus, den 653000 Beschäftigten in Nordwürttemberg/Nordbaden ein deutliches Plus im Geldbeutel ... (Franz-Josef Nicolai)"

FAZ, 17.5.86

"Der erste Schritt. Klr. ... Die neue Belastung hält sich in dem von den Banken vorgegebenen Rahmen und weicht nicht von der Kostenbelastung vorhergehender Jahre ab. Für die Gewerkschaft brachte Stuttgart allerdings ein 'Traumergebnis'. 4,6 Prozent entsprechen angesichts einer Preissteigerung von nahezu Null fast voll einer realen Lohnsteigerung, wie sie Gewerkschaften selbst in Boomzeiten kaum durchsetzen konnten".

Stuttgarter Zeitung, 17.5.86

"Positives Zeichen. Von Burkhard von Pappenheim ... Denn auch wenn in einigen Tarifgebieten der Siedelfinger Abschluß nach unten verän-

dert werden sollte, so bleibt er doch respektabel. 4,6 Prozent, das ist durchaus der 'ordentliche Schluck aus der Pulle', den die IG Metall zu Beginn der Tarifrunde den Arbeitgebern abfordern wollte. Zwar werden die Preise, die derzeit sogar sinken, Ende des Jahres wieder steigen. Gleichwohl bringt der Kompromiß wegen der geringen Inflation den höchsten Kaufkraftzuwachs seit zehn Jahren. Über einen längeren Zeitraum hinweg sind den Beschäftigten durch Steuerprogression und steigende Preise die Verbesserungen wieder genommen worden. Den diesjährigen Tarifabschluß werden sie im Geldbeutel spüren ..."

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 17.5.86

"Ulrich Horn: Abschluß bei Metall. Die Arbeitgeber der Metallindustrie hatten sich zu Beginn der Tarifverhandlungen entschlossen, nicht über ein Gesamtvolumen von 4,6 vH zu gehen. In Baden-Württemberg, Hessen und NRW wurde, rechnet man die Einmal-Zahlung und die 4,4 vH Lohnerhöhung zusammen, bei 4,6 vH abgeschlossen. Die Arbeitgeber können also durchaus zufrieden sein. Können es auch die Arbeitnehmer?"

... Angesichts der hohen Mobilisierungsbereitschaft der Belegschaften, die noch kurz vor dem Abschluß Warnstreiks durchführten, wäre bei härteren Verhandlungen möglicherweise noch etwas mehr zu erreichen gewesen. Die 4,6 vH könnte man also durchaus als mäßig bezeichnen.

Man muß sie aber wohl eher als maßvoll ansehen. Die IG Metall denkt offenbar schon daran, daß 1987 erneut über die Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt werden soll ..."

||| Lohnvernunft '86

Denn diesmal ist die Lohnerhöhung mehr wert.



Einmalig niedrige Preissteigerungen sorgen dafür, daß die Tariflohnerhöhung auch in den Taschen der Arbeitnehmer ankommt. Den Grundstein der Stabilität legen die Tarifpartner selbst. Von vorgehenden Oligopreisen für, daß bei der Tarifierung sogar eine „Null“ vor dem Komma steht. Ein kräftiger Schluck aus der „Pulle“ würde jetzt alles verderben. Ein Abschluß mit Ausmaß bringt unter dem Strich mehr.

Lohnvernunft '86 – Eine gemeinsame Aufgabe der Tarifpartner.

Handelsblatt, 20.5.86

"Ein Unentschieden. Von Hans Mundorf. Das Ergebnis des Pilotabschlusses von Stuttgart (4,4 % für 11 Monate, 230 DM für den ersten Monat) liegt mit einem Volumen von 4,6 % im Rahmen der lohnpolitischen Vernunft, und das gilt auch dann, wenn es, nicht auf das Effektiv-, sondern auf das Tarifniveau bezogen, 4,8 % ausmachen könnte. Preispolitisch wird dieser Abschluß keinen Schaden stiften, konjunkturpolitisch ist er zu begrüßen. Daß die Metall-Arbeitnehmer von einer Kaufkraftverbesserung profitieren, wie sie seit mehr als einem Jahrzehnt einmalig ist, und das unter einer Regierung Kohl kurz vor der Bundestagswahl, wird nur für die Funktionäre der IG Metall, nicht aber für die Basis dieser Gewerkschaft peinlich sein. Keine der beiden Tarifparteien hat also durch ein Knockout gesiegt ..."

che Niederlage erlitten. Daran ändert die Einmalzahlung nichts. Die 230 DM werden in der Regel wohl zusammen mit der Nachzahlung der 4,4 % für Mai im Juni ausgezahlt. Netto rückt die Einmalzahlung dadurch für viele in den Bereich der sonstigen monatlichen Erhöhung. Es wird also nicht mal für den April eine spürbare Verbesserung im Sieb bleiben.

Die Kapitalisten sind gegen die Forderungen nach Besserstellung der unteren Lohngruppen mit der Parole von der "Bezahlung nach Leistung" angetreten. Stahl in Baden-Württemberg wie auch Kapitalistenvertreter in den anderen Tarifgebieten sind über die berufstätigen Frauen hergezogen, sie gingen häufig nur deshalb zur Arbeit, weil sie mit einem zweiten Einkommen überhöhte Ansprüche befriedigen wollten. Worte helfen gegen solche Diskriminierungen nicht, nur eine Lohnnivellierung weist sie in die Schranken. Die aber hat es nicht gege-

ben.

Die schwungvolle Ausdehnung geschützter Arbeitsverhältnisse besonders in den unteren Einkommenszonen ist deshalb nicht behindert. Und die Aussichten der Kapitalisten, weitere Flexibilisierungen der Arbeitszeit durchzusetzen, sind auch nicht getrübt worden. Sie werden eine neuerliche Kampagne für Arbeitszeitverkürzung im kommenden Jahr zum Anlaß nehmen, vermehrte Wochenend- und Nachtarbeit als Mittel zur Aufbesserung niedriger Einkommen anzubieten.

Den Kapitalisten läßt der Lohnabschluß großen finanziellen Handlungsspielraum für Rationalisierung und imperialistische Geschäfte, Unternehmensaufkäufe, Expansionsfeldzüge. Insbesondere in den großen Konzernen sind riesige Geldmittel überschüssig. Nur zu berechtigt wäre, wenn jetzt Belegschaften eine betriebliche Nachbesserung des Ab-

schlusses – womöglich besonders in den unteren Lohngruppen – verlangen würden.

Die IG Metall hat den Lohnabschluß unterschrieben, obwohl er die wesentliche Zielsetzung "strukturelle Besserstellung der unteren Lohngruppen" nicht erfüllt. Die Durchsetzung dieses Ziels hätte nachhaltigen Streit mit den Kapitalisten bedeutet. Den aber wollten die maßgeblichen sozialdemokratischen Kräfte in der Gewerkschaft offenkundig vermeiden. Deshalb wurden die Lohninteressen von Frauen und ausländischen Arbeitern geopfert. Das wird der SPD aber bei den Wahlen nichts nützen. Die Regierungsparteien werden erklären, die Lohnentwicklung sei der "Zurückhaltung der Tarifpartner" und im übrigen der großartigen Regierungspolitik zu verdanken.

Quellenhinweis: (1) Memorandum '86, S. 53 ff.; (2) Der Arbeitgeber 1/86 – (alk, rok)

37. Sudetendeutscher Tag

Kohl & Strauß: "Für ein Europa freier Völker" Ihr Ziel: Revision der Nachkriegsordnung

Vom 5. – 18.5. fand in München der "37. Sudetendeutsche Tag" statt. Höhepunkt der Veranstaltung, an der insgesamt 15000 teilnahmen, war die Schlußkundgebung, auf der neben "Schirmherr" Strauß und dem zuständigen Minister Neubauer zum ersten Mal der Bundeskanzler vor 40000 Zuhörern sprach.

Die "Sudetendeutschen" sind die größte Gruppe sogenannter "Vertriebenen" in Bayern. Heute leben ca. drei Mio. in der BRD, davon eine Mio. in Bayern und 100000 in München. Bereits 1950 hat Bayern die "Schirmherrschaft" über die Sudetendeutschen übernommen. Strauß: "Die Sudetendeutschen sind ... seit Jahrzehnten offiziell als vierter Stamm Bayerns neben Altbayern, Schwaben und Franken anerkannt". In ihrer "Eichstätter Erklärung" fordern die Sudetendeutschen: "Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat ... Keine Neugestaltung Europas kann an dem zentralen Problem einer neuen staatsrechtlichen Ordnung des Donauraums und der übrigen von der Sowjetunion seit 1945 besetzten Gebiete vorübergehen ..."

Nach dem Krieg wurde München zu einem Zentrum revanchistischer Kräfte ausgebaut. Neben den Vertriebenenverbänden tummeln sich hier unzählige reaktionäre und faschistische Gruppen und reaktionäre Exilverbände wie der "slowakische Weltkongress". Rechtzeitig zu dem Treffen wurde das "Haus des Deutschen Ostens" als Propagandazentrale der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" eingeweiht. OB Kronawitter (SPD) hielt auch eine Rede. Er sagte u.a. "Nie wieder Krieg! Nie wieder Vertreibung! ... Die Heimat lebt, solange sie die Menschen nicht aufgeben."

Wie auf dem Bild zu sehen, sprachen Kohl und die anderen vor einer Karte, die die Grenzen von 1938 zeigt, die Gebietsansprüche der Sudetendeutschen auf dem Gebiet der heutigen CSSR eingezeichnet. Und obwohl sich alle gegen den "Vorwurf des Revanchismus" verwahrten, ging es doch in den Reden, bei der Ehrung eines Mitgliedes des "Slowakischen Weltkongresses" mit dem "Karlspreis", in den Blättern der NPD und der Republikaner um ein gemeinsames Ziel: die Gebietsansprüche der Sudetendeutschen Landsmannschaft innerhalb eines Großdeutschlands bzw. innerhalb eines "Europas freier Völker" nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern durch die Teilnahme Kohls nachhaltig zu fördern mit dem Ziel einer Revision der Nachkriegsordnung.

Kohl führte u.a. aus: "Wenn Sie an

Pfingsten zusammenkommen, dann bekennen Sie sich öffentlich zu ihrer alten Heimat, zu Menschenrechten und Selbstbestimmung. Sie bekennen sich zu Ihrem Brauchtum, Ihrer Kultur, Ihrer Geschichte ... Es ist Ihr gutes Recht, heute ... (hier) zu sein, ein Recht, das Ihnen niemand bestreiten darf. Es ist grotesk, wenn Sie deshalb jemand des Revanchismus verdächtigt ... Ebenso wenig kann dem Bundeskanzler der BRD das selbstverständliche Recht abgestritten werden, in Ihrer Mitte zu sein. ... Vertreibung war und bleibt Unrecht. Die historische Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken!"

Strauß definierte dann die "Rechtsposition" genauer: Ausgehend von der Demagogie, die Sudetendeutsche Landsmannschaft sei die größte "Friedensbewegung", da sie schon in ihrer

auf löslich verbunden sind." Im Klartext: Nur durch Beseitigung der in Osteuropa herrschenden planwirtschaftlichen Gesellschaftssysteme kann das Großeuropa geschaffen werden, das in der Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Mächten den Kampf um die Weltherrschaft ausfechten kann.

Die CDU/CSU setzt dabei auf angebliche "Überlegenheit der Technik" und aufs militärische Niederzwingen bzw. Erpressen der RGW-Staaten. Dazu Strauß: "Die rasend schnelle Entwicklung naturwissenschaftlicher Forschung und ihrer technischen Anwendung setzt neue Maßstäbe. Sie stellt auch die kommunistischen Zwangssysteme vor neue Anforderungen. Die kommunistischen Staaten werden ihr System verändern müssen, um ... mit der Entwicklung in der freien Welt mithalten zu können. Darum sind Aussagen wie: 'Enger mit dem Osten kooperieren – Streben nach technischer Überlegenheit ist eine Politik der Vergangenheit' nicht von diplomatischer Weitsicht, sondern von historischer Kurzsicht geprägt. Das



Kohl bei den Sudetendeutschen vor einer Karte mit den Grenzen des Deutschen Reiches von 1938.

Charta 1950 auf "Gewalt" verzichtet habe, führte er aus: "... Aber eine Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn ist nicht durch einen Verzicht der deutschen Heimatvertriebenen auf ihr Heimatrecht zu erreichen ... Die ostpolitischen Verträge regeln das friedliche Zusammenleben, setzen aber den Verhandlungen einer gesamtdeutschen, demokratisch legitimierten Regierung keine Grenzen." Eine dauerhafte "Friedensordnung in Europa ist nur dadurch zu erreichen, daß alle Völker das Selbstbestimmungsrecht erhalten und daß alle Staaten ihren Bürgern die klassischen Rechte und Freiheiten gewähren, die mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit un-

gilt seit Tschernobyl umso mehr." Kohl setzte nach, indem er "Schadensersatz" von der UdSSR wegen Tschernobyl forderte. Zum Zweck der Kriegsvorbereitung gegen diese Staaten die offizielle Förderung der Revanchisten, aber auch Bündnisangebote an Kräfte in diesen Staaten, die "Öffnung nach Westen" wünschen. Strauß versäumte es nicht, "gewisse freiheitliche Entwicklungen" in Ungarn lobend zu erwähnen.

Den Faschisten ist das Ganze zu europäisch und zu wenig national. Die NPD verteilte ein Extrablatt mit 50000 Auflage und warf den CDU/CSU-Politikern den "Verrat am deutschen Nationalstaat" vor. – (Isr, ror)

Der Widerstand gegen das Revanchistentreffen blieb gering

Die Auseinandersetzung der linken Opposition in München mit dem "Sudetendeutschen Tag", seinen Inhalten und Forderungen blieb leider sehr gering. Selbst Organisationen wie die Marxistische Gruppe und der Arbeiterbund haben sich unseres Wissens nicht dazu geäußert. Auch ist es nicht gelungen, gemeinsame Aktionen gegen die Veranstaltung durchzuführen. Man muß davon ausgehen, daß die Aufwertung des revanchistischen Gedankenguts für die großdeutschen Pläne in und mit der EG von den meisten Organisationen der Linken immer noch unterschätzt wird.

Befaßt mit den Treffen haben sich die VVN/BdA, die Volksfront, die Antifaschistische Aktion und die Stadtratsfraktion der GRÜNEN/ALM.

VVN/BdA

In einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) kritisierte die VVN/BdA die Unterstützung der Stadt München für den Sudetendeutschen Tag: "Wir halten es für absurd, ausgerechnet im UNO-Jahr des Friedens eine Vereinigung zu unterstützen, die mit keinem anderen Ziel antritt als einem Großdeutschland in den Grenzen von 1938 ... in der ehemalige Funktionäre der faschistischen Henlein-Partei und ihrer Nachfolger, zusammengeschlossen im Wittikobund, maßgebliche Stellen besetzt halten ..." und die mehr und mehr "zu einem Anziehungspunkt für neofaschistische Aktivitäten werden". Gefordert wurde: keine finanzielle Unterstützung des "Sudetendeutschen Tages" durch die Stadt München und kein Auftreten von OB Kronawitter auf Veranstaltungen.

Am 15.5. führte die VVN eine Informations- und Diskussionsveranstaltung unter dem Titel "Ohne Anerkennung der bestehenden Grenzen – kein Friede in Europa" durch.

Volksfront/Antifaschistische Aktion

In einem gemeinsamen Flugblatt gingen die beiden Organisationen unter der Überschrift "Das Sudetenland bleibt tschechisch – Gegen Revanchismus, Faschismus und Krieg" u.a. auf das Motto des "Sudetendeutschen Tages" ein:

"... 'Gerechtigkeit schafft Frieden!' Gerechtigkeit? Welche Gerechtigkeit also?

Nicht etwa endlich Gerechtigkeit gegenüber den Völkern, die das faschistische Deutschland überfallen, ausgeplündert und zu Millionen niedergemetzelt hat: Nämlich durch Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, der territorialen und staatlichen Aufteilung dieses Teils von Europa.

Nicht etwa durch endliches Verbot aller faschistischen, revanchistischen und aggressiv gegen andere Völker gerichteten Propaganda und Organisationen, die nach zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, den dritten Überfall (diesmal vielleicht als 'Befreiungskrieg' deklariert) gegen die Völker des Ostens wünschen und vorbereiten ...

Und schließlich: Wieso werden die Nachkriegsgrenzen nicht anerkannt, die 'deutsche Frage' offengehalten? Wieso wird das Münchner Abkommen von 1938, das die Annexion der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland besiegelte und durch das über 700000 Tschechen vertrieben wurden ('deutsche Heimat'?! nicht für null und nichts erklärt?"



Rechtzeitig zum "Sudetendeutschen Tag" wurde im November 1985 das "Sudetendeutsche Haus", angegliedert an das "Haus des Deutschen Ostens" (Bild) eröffnet. Die Baukosten betrugen rund 22 Mio. DM, die Hälfte davon, 10,5 Mio. DM bezahlte der Freistaat Bayern.

Die Gesamtkosten des "Sudetendeutschen Tages" 1986 beliefen sich auf 870000 DM. Beteiligt daran waren das Bundesministerium des Innern mit 20000 DM, das Bayer. Staatsministerium mit 95000 DM und die Landeshauptstadt München mit 50000 DM.

Im Münchner Stadtrat lehnte nur die Fraktion der Grünen/ALM, gestützt auf den offenen Brief der VVN, eine finanzielle Unterstützung ab.

Aus einer Protesterklärung der CSSR

Das "Föderale Ministerium der CSSR für Auswärtige Angelegenheiten" veröffentlichte am 20.5.86 eine Erklärung, aus der wir im folgenden zitieren:

"Die diesjährigen Pfingsten verliefen in der BRD im Zeichen der Zusammenkünfte von zahlreichen revanchistischen Organisationen, an denen die Nachkriegsordnung in Europa in Frage gestellt wurde. Unter diesen war das 37. Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München ... Zum erstenmal in der Geschichte dieser revanchistischen Zusammenkünfte, an denen regelmäßig die Angriffe gegen die tschechoslowakische territoriale Integrität und gegen unsere Gesellschaftsordnung erklingen, nahm an diesem Treffen ... auch der Bundeskanzler H. Kohl teil. Die Äußerungen des Revanchismus sind besonders gefährlich im Zusammenhang mit der gespannten Lage, die eine Folgerung der fortgesetzten aggressiven Politik des US-Imperialismus und der extremen Nato-Kreise ist. Diese Lage wird durch die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in der BRD und in einigen anderen Ländern Westeuropas und durch die Einschaltung des westdeutschen und des westeuropäischen Potentials in das US-Programm der Militarisierung des Kosmos sowie durch das Projekt der Ergänzung um die europäische Variante der 'star wars', durch die Vorbereitung zur Produktion und Stationierung der binären chemischen Waffen in Europa charakterisiert.

Die Revanchisten in der BRD halten unzweifelhaft diese gespannte internationale Lage für besonders geeignet für ihre Ziele. Mit ihrer Tätigkeit wirken sie auf die weitere Zuspitzung im Rahmen der Bemühungen um die Revision der Nachkriegsregelung in Europa hin ... Die offizielle Unterstützung des 37. Sudetendeutschen Treffens steht im Widerspruch mit dem Geist des Vertrages zwischen der CSSR und der BRD vom Jahre 1973 und der gemeinsamen Erklärung von 1978. In diesen Dokumenten wird ... 'die Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenze jetzt und auch künftighin' ... erklärt."

Quellenhinweis: Pressemitteilung Sudetendeutscher Tag München; versch. Ausgaben der Süddt. Ztg.

Bangladesh

Die Imperialisten verewigen Armut, Unterentwicklung und neokoloniale Abhängigkeit

Bangladesh hatte 1985 knapp 100 Mio. Einwohner; 90% der Bevölkerung leben auf dem Land. Mit einer flächenmäßigen Ausdehnung von 144.000 qkm ist das Land dichter besiedelt als die Niederlande. Die Bevölkerung wächst jährlich um 2,7%; fast 50% der Einwohner des Landes sind unter 16 Jahren.

Bangladesh, bis 1947 als Teil Indiens Teil des britischen Kolonialreichs und durch die willkürlichen Grenzfestlegungen bei der Unabhängigkeitserklärung des indischen Subkontinents 1947 als "Ostpakistan" Pakistan zugeschlagen, von dem es mehrere 1000 km entfernt und durch den Staat Indien getrennt war, ist seit dem Unabhängigkeitskrieg 1971 selbständig. Das Staatsgebiet konzentriert sich auf das fruchtbare Mündungsdelta des Ganges-Flusses. Die Fruchtbarkeit der Böden und die günstigen Bewässerungsverhältnisse garantieren drei Ernten im Jahr. Aber über ein Drittel der Landbevölkerung ist landlos, vegetiert als Kleinpächter oder auch Landarbeiter auf den Teefarmen Bangladeshs, die zu 60% immer noch von britischen Konzernen kontrolliert werden. Seit der Beendigung der britischen Kolonialherrschaft hat sich der Anteil der Landlosen an der Landbevölkerung verdreifacht. Demgegenüber besitzen Mittel- und Großbauern sowie in den Städten lebende Großgrundbesitzer 62% der gesamten Anbaufläche, machen aber nur 15% der Bevölkerung aus.

Der Name Bangladesh steht heute im Westen für Hunger- und Flutkatastrophen, für ein Land, das großenteils von Nahrungsmittelimporten und -hilfe abhängig ist, für ein Land, dessen Bevölkerungsmehrheit chronisch unterernährt ist und von Mangelkrankheiten heimgesucht wird, dessen Bevölkerung zu 80% unter der von der UNO definierten Armutsgrenze lebt – kurz: Bangladesh gilt als typisch für Länder, die nur noch von den Almosen der Industrieländer am Leben gehalten werden. Dieses Bild vermittelte auch die Berichterstattung der Medien in der BRD, als vor wenigen Monaten Bundespräsident Weizsäcker und Außenminister Genscher in Bangladesh auftauchten.

Anfang des 18. Jahrhunderts bezeichnete ein britischer Reisender Ostbengalen – das heutige Bangladesh – als "ein wundervolles Land, dessen Reichtum und Überfluß weder Krieg noch Pest und Gewaltherrschaft zerstören können". 1757 stürzte die Britische Ostindienkompanie den Herrscher von Bengalen und installierte fortan Marionetten, die ihr den

Steuereinzug übertrugen. Die Kompanie betrieb den Steuereinzug so perfekt, daß nach fünf Jahren der Hunger fast ein Drittel der Bevölkerung Bengalens vernichtet hatte.

Das Land wurde den Bauern geraubt und die Besitztitel einer schmalen Schicht von Kompradoren übertragen, die die Pächter erbarmungslos ausaugten. Resultat des Eingriffs in die agrarischen Produktionsverhältnisse: Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion, Auslaugung des Bodens, zunehmende Landarmut. Die Kompanie zerstörte die Vielseitigkeit der agrarischen Produktion und setzte stattdessen den Plantagenanbau von Tee und Jute durch; für beide Rohstoffe wurde Bengalen der Hauptlieferant des Weltmarktes.

Ebenso zerstörten die britischen Imperialisten die städtische Kleinindustrie Bengalens, insbesondere das Webereigewerbe. Stattdessen mußte das Land die Produkte der britischen Textilindustrie aufnehmen, so daß der Generalgouverneur der Ostindienkompanie 1835 nach London berichtete:



Die Regierung von Bangladesh benutzt die Hilfslieferungen von Getreide u.a. dazu, die Staatskassen zu füllen und damit z.B. bei den westlichen Imperialisten Maschinen oder Waffen zu bezahlen. Nach verschiedenen Untersuchungen bekommen die Ärmsten gerade 20% der Getreidelieferungen.

"Die Knochen der Baumwollweber bleichen auf den Ebenen Indiens." Städte wie Dacca, die heutige Hauptstadt von Bangladesh, verloren im 19. Jahrhundert 4/5 ihrer Einwohnerzahl.

Weder die Unabhängigkeit für Indien und Pakistan 1947 noch die Abtrennung Bangladeshs von Pakistan 1971 haben für das Land an der Ganges-Mündung zu einer Befreiung der Produktivkräfte geführt. Der Prozeß der

zunehmenden Verelendung der Masse der Bevölkerung, die Stagnation der Wirtschaft haben sich fortgesetzt, und die westlichen Imperialisten und die nach 1975 sich abwechselnden westlich orientierten Militärregimes haben alles zur Verewigung der Unterentwicklung getan.

Wie es um die Landwirtschaft bestellt ist, geht daraus hervor, daß Bangladesh jährlich ca. 20% seines Getreidebedarfs über Hilfsprogramme etc. einführen muß, um die schlimmsten Hungersnöte zu verhindern. Das Importgetreide landet dann zumeist in den Händen von Regierungsbeamten und Offizieren, die es profitabel weiterverkaufen. Vor allem aber: Der Import von EG- und US-Getreideüberschüssen zu Dumpingpreisen ist das beste Mittel für die Imperialisten, die Entwicklung einer ausreichenden Nahrungsmittelbasis im Land zu verhindern und sich dadurch feste Absatzmärkte zu sichern und zugleich die mit den Imperialisten kollaborierenden Schichten von Beamten, Offizieren und Großhändlern bei Laune und Kasse zu halten.

Der innere Grund für die Stagnation der landwirtschaftlichen Entwicklung: An den Produktionsverhältnissen hat sich seit der Kolonialzeit nichts geändert.

1983 verkündete die Militärregierung unter General Ershad eine Land-

reform, die u.a. als Höchstpacht für die Ablieferung an den Grundbesitzer einen Satz von 66% vorsah. Die staatlicherseits forcierte Entwicklung ländlicher Industrien zur Verarbeitung der agrarischen Rohstoffe ist nichts anderes als ein Programm zum Import von kompletten Fabriken, zum Freisetzen ländlicher Arbeitskraft und zur weiteren Absenkung der agrarischen Erzeugerpreise. So verbot die Regie-

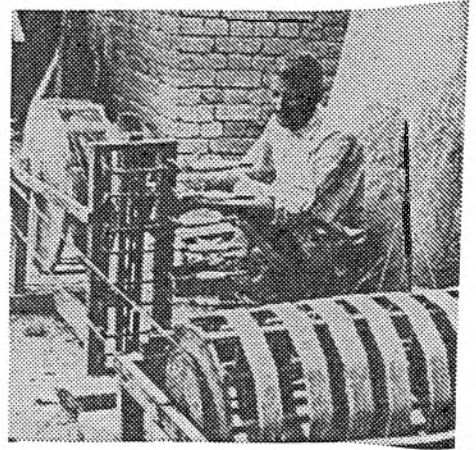
rung nach der Inbetriebnahme großer, von den Imperialisten gekaufter Zuckerfabriken den weiteren Betrieb bauerlicher Zuckerfabriken. Die Installation moderner Reismühlen hat tausende Frauen auf dem Land brotlos gemacht.

Das Schmiermittel, das den Imperialisten den schrankenlosen Zugriff auf die Ressourcen des Landes erlaubt, ist die offizielle Entwicklungshilfe. Auch wenn es einen anderen Eindruck macht: Bangladesh bekommt nichts umsonst. Jede DM nicht rückzahlbarer Entwicklungshilfe, jede kostenlose Getreidelieferung, jeder Kredit zu Vorzugsbedingungen verwandelt sich unter den konkreten Bedingungen in ein Instrument des Abtransports von Ressourcen zu Schleuderpreisen, des Maschinenimports zu Phantasiepreisen, der Verewigung der Eigentums- und Machtverhältnisse.

Vor wenigen Monaten haben die Weltbank mit ihren "Töchtern" Asiatische Entwicklungsbank ADB und Internationale Entwicklungsagentur IDA sowie die staatseigene BRD-Bank

Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW – die BRD ist der größte Geber von Entwicklungshilfe – der Regierung von Bangladesh neue Auflagen verordnet. Grund: Der Regierung, die für die Vergabe und Kontrolle projektgebundener Mittel der Entwicklungshilfe haftet, war es nicht gelungen, bei einer größeren Zahl industrieller Projekte die Rückzahlung der Kreditmittel zu garantieren.

Offensichtlich hatten in vielen Fällen die Spekulanten aus den herrschenden Klassen des Landes – Großgrundbesitzer, große Händler, Beamte und Offiziere – die Mittel für andere Zwecke verwandt – auch für profitable Geldanlagen in den imperialistischen Ländern. Für die Rückzahlung der Mittel muß jetzt die Staatskasse aufkommen; d.h. Arbeiter, Pächter und Kleinbauern müssen für die Tilgung der Schulden der herrschenden Klassen bluten. Die nicht rückzahlungsfähigen Betriebe sollen verstaatlicht und für ausländisches Kapital geöffnet werden. Außerdem verlangen Weltbank und die westdeutsche KfW,



Weberei in Bangladesh. Die in den letzten Jahren entstandenen Fabriken produzieren fast ausschließlich für den Weltmarkt.

daß die Regierung ihnen Kapitalanteil und direkte Mitsprache in den staatlichen Banken Bangladeshs einräumt, die die Kreditvergabe koordinieren. Damit wäre das Land unter Weltbank- und BRD-Aufsicht gestellt.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Asia Yearbook 1986, Hongkong 1985; T. Learmont, F. Rolt: Underdeveloping Bangladesh: 225 Years of British Involvement, London 1981; UNCTAD: The Least Developed Countries, 1985 Report; SZ, div. Ausgaben; Fröbel/Heinrichs/Kreye: Umbruch in der Weltwirtschaft, Hamburg 1986 – (wom)

Textil: Aufstieg und Fall einer "Weltmarktfabrik"

Ende 1985 verhängte die US-Regierung Importbeschränkungen für Textilien aus Bangladesh, darunter für Hemden, Jacken und Hosen aus Baumwolle. Die Militärregierung unter General Ershad nahm diese Beschränkungen hin und legte den lokalen Textilfabriken Produktionskürzungen auf. Bis Ende Januar 1986 waren daraufhin 250 von insgesamt 550 Textilbetrieben dichtgemacht und 88000 von insgesamt 200000 Beschäftigten in der Textilindustrie – zu 90% Frauen – arbeitslos geworden. In einer großen Streikbewegung wehrten sich die Textilarbeiter gegen die Entlassungen.

Der Aufstieg und Fall der Textilindustrie von Bangladesh ist typisch für die von den westlichen Imperialisten gerade den ärmsten und abhängigsten Entwicklungsländern aufgezwungene Politik der Entwicklung exportorientierter Industrien – orientiert auf kurzfristige Konjunkturen, schnellste und reibungslose Ausplünderung von Arbeitskräften und Rohstoffen. Die fast ausschließlich für den Export produzierenden Textilfabriken entstanden Anfang der 80er Jahre quasi aus dem Nichts. Mit Krediten aus den imperialistischen Entwicklungsprogrammen für Bangladesh unterstützt, zogen örtliche Bourgeois, Offiziere und hohe Staatsbeamte wie auch Textilkonzerne aus den imperialistischen Ländern Textilfabriken auf. Billigste Arbeitskräfte waren und sind im Überfluß vorhanden, die Lohnstückkosten liegen weit unter denen für

Textilprodukte z.B. aus Hongkong, aber auch aus Indien. 1982 exportierte Bangladesh Textilien gerade im Werte von knapp 8 Mio., 1983 für 24 Mio. und 1984 für fast 100 Mio. \$. 75% der Textilexporte, neben Tee und Jute die einzige Devisenquelle für das Land, gingen bislang in die USA.

Die Expansion der Textilindustrie, von der Weltbank und den internationalen Gläubigern verordnet, wurde direkt von der Regierung im Rahmen eines großangelegten Programms organisiert. Nach diesem Programm war bis 1986 die Gründung weiterer 200 Textilbetriebe vorgesehen, dazu der staatlich geförderte Aufbau von 80 Betrieben der Zulieferindustrie – Färbereien, Fabriken für Verpackungsmaterialien etc. Das Programm ist keineswegs zur Hauptsache aus "Entwicklungshilfe" finanziert; vielmehr haben die besitzenden Klassen von Bangladesh dafür die knappen Ressourcen des Landes verschleudert – mit der Aussicht auf schnelle, hohe Profite und wachsende Guthaben bei den Banken in den Metropolen des Imperialismus.

Der Textilboom hat die aus den letzten zwei Jahrhunderten resultierenden kolonialen Verzerrungen in der Produktionsstruktur des Landes vertieft, die Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt verstärkt – wie der Niedergang der Textilproduktion beweist. Inzwischen haben die USA die Quoten für Textilimporte aus Bangladesh wieder leicht erhöht, und auch die EG erwägt Importerleichterungen. Textilindustrielle wittern schon wieder einen neuen Boom für Bangladesh.

Indien

Börsenboom nach Bekanntgabe des Haushaltes 86/87

Die Neuvorstellung des Haushaltes für das Wirtschaftsjahr 1986/87 im Rahmen des laufenden Siebenjahresplans hat auf den indischen Finanzmärkten hektische Betriebsamkeit ausgelöst. Vor allem die Kurse der derzeit favorisierten Industriezweige (Hochtechnologie, Elektronik) schnellten in die Höhe. Während der letzten Planungsperiode, die zum 31.3.1986 auslief, mußte die indische Regierung das größte Außenhandelsdefizit bilanzieren, das Indien jemals hatte. Die indische Rupie fiel im Verhältnis zu den europäischen Währungen um 18% und gegenüber dem US\$ um 8%.

Das neue Programm sieht eine Neuverschuldung von jährlich ca. 2 Mrd. US\$ vor. Die Weltbank hat als größter Kreditgeber heftig kritisiert, daß damit das ehrgeizige Modernisierungsprogramm nicht realisierbar sei. Es müsse vielmehr von einer jährlichen durchschnittlichen Neuverschuldung von ca. 4,5 Mrd US\$ ausgegangen werden, wenn die 5%-Wachstumsrate des Siebenjahresplanes eingehalten werden solle.

Die imperialistischen Länder kön-

nen jetzt, nachdem wichtige gesetzliche Import- und Investitionsschranken aufgehoben worden sind (vor allem im Bereich Elektronik und Anlagenbau) relativ ungehemmt auf den indischen Markt strömen. Japan und die USA machen davon bereits heftigen Gebrauch. In den letzten sechs Monaten hat Indien seine Importe um 25 %, die Exporte nur um 0,7 % gesteigert. Obwohl die Europäische Gemeinschaft der größte Handelspartner Indiens ist (1985: Einfuhren aus der EG für 4,6 Mrd US\$, Exporte 2,9 US\$), halten sich die BRD-Imperialisten nach wie vor zurück. Allerdings zeigte sich Kohl bei seinem Indien-Besuch vom 26. = 29.4. über die Aufhebung der Importschranken erfreut.

Um die Mittelklasse, die nach wie vor der Hauptträger der Gandhi'schen Erneuerungspolitik ist, an sich zu binden, wurden auch die Importe von Konsumartikeln, wie Unterhaltungselektronik und bestimmten Luxusgütern, gesteigert.

Auffällig ist, daß es der linken Opposition und den Richtungsgewerkschaften erst jetzt gelingt, gemeinsam eine Position gegen diese Politik zu entwickeln. Dies mag daran liegen, daß die Zahl derjenigen, die unter äußerster Armut leben muß, stillschweigend zunimmt und die Regierung einen Teil der früheren Opposition gegen I. Gandhi an sich binden konnte. Inzwischen wächst die Zahl der Kritiker des Regierungskurses, weil diese Politik finanziell hauptsächlich durch die guten Ernten der letzten drei Jahre abgedeckt – eine allzu dünne Decke.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review 3.4./I.5.86; Frontier 22.2./8.3.86, India Bulletin. – (cog)

Republik Kanaky

Gaullistische Regierung will Kolonialstatus erhalten

Ende 1984 wurde in der französischen Kolonie Neukaledonien (im Pazifik gelegen, Entfernung von Frankreich: 20000 km) die Provisorische Republik Kanaky gegründet, mit dem Führer der FLNKS (Front de libération nationale kanak et socialiste – nationale kanakische sozialistische Befreiungsfront), Jean-Marie Tjibaou, als Präsidenten. Neukaledonien hat für Frankreich wichtige wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Es steht an dritter Stelle der Welt-Nickelproduktion, das französische Kapital beherrscht die Nickelgesellschaft Neukaledoniens. Auch die sozialistische Regierung Frankreichs vertrat, daß es notwendig sei, "Frankreichs Platz in einer strategisch wichtigen Zone des Globus" zu sichern.

Der sozialistischen Regierung war es seit den Regionalwahlen im Herbst

1985, bei denen die FLNKS die Mehrheit in drei von vier Regionalräten errang, gelungen, weitergehende Forderungen zu kanalisieren, zum einen mit den Minimalzugeständnissen des "Statuts Pisani", das mehr Eigenständigkeit im Bereich der Finanzen für die Kommunen vorsah, eine Umverteilung des Bodens zugunsten der einheimischen Bevölkerung gegenüber den "Caldoches" (französische Kolonialisten), sowie die Gewährleistung von Arbeiterrechten (Wahl von Betriebsräten, Sicherheit am Arbeitsplatz), wie sie im "Mutterland" bestehen; zum anderen mit dem Plan für ein Referendum für 1987, mit dem Ziel, eine "Indépendance-Association" ("Unabhängigkeit" mit Anbindung an Frankreich) durchzusetzen. Dies hätte zur Folge, daß Neukaledonien bezüglich Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen und Justiz direkt von Frankreich abhängig bleiben würde.

Die gaullistische Regierung will nun durch ihren jetzigen Minister für die "Départements und Territorien in Übersee", B. Pons, die Zugeständnisse des Statuts Pisani zurücknehmen und den Kolonialstatus Neukaledoniens mit einem neuen Gesetzesvorschlag vollständig erhalten. Gleichzeitig wurde die militärische Präsenz noch erhöht, alle "sensiblen Punkte" (Flughafen, Stauwerke etc.) werden durch Fallschirmjäger bewacht. Mitterand schwingt sich jetzt zum Wähler "der elementaren Rechte der Minderheiten" auf. Letzte Woche führten die Führer der FLNKS Gespräche mit Mitterand, der jetzt durch Anrufung des Verfassungsrates das Gesetzesvorhaben von Pons verhindern will.

Dem Vorhaben der französischen Regierung kommt die augenblickliche Schwäche der FLNKS zugute. Die militärische Schlagkraft ist zur Zeit nicht sehr hoch, so daß die "Le Monde" den Vergleich zur FLN des algerischen Unabhängigkeitskrieges als lächerlich ansieht. Außerdem steht die Politik Tjibaous, dem Statut Pisani zugestimmt zu haben und jetzt bei Mitterand Hilfe zu suchen, im Gegensatz zu seiner früheren Aussage, "die französischen Kolonialisten von rechts oder links bleiben nationalistische, französische Kolonialisten ...". Innerhalb der FLNKS gibt es jedoch Stimmen, wie die des H.C. Uregei, die Tjibaous Politik als zu gemäßigt ansehen. Uregei nahm im März an der "Konferenz der Befreiungsbewegungen" teil, die in Tripolis stattfand. Unterstützt wird die Politik Uregeis auch von benachbarten Befreiungsbewegungen wie dem "Free Papua Movement", während z.B. Australien befürchtet, die Politik der Gaullisten könnte ein Wiederaufleben der Kämpfe verursachen.

Quellenhinweis: verschiedene Ausgaben von "Le Monde". – (sur)

Belgien

Rentenalter erhöht, noch weniger Arbeitslosengeld

Die belgische Regierung, vor drei Jahren schon einmal EG-weit Vorreiter bei Angriffen auf die Lohnabhängigen, will diese Rolle offenbar fortsetzen. Nachdem sie sich vom Parlament schon vor Monaten Sondervollmachten zur "Verringerung der Staatsausgaben" hatte geben lassen, verkündete Premier Martens am 21. Mai:

– Die Ausgaben für Schulbildung sollen um 1,6 Mrd. DM gesenkt, 4800 junge Lehrer entlassen werden;

– das Arbeitslosengeld, schon in den vergangenen Jahren mehrfach gekürzt, soll nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf 40 % des letzten Lohns sin-



Brüssel: Eisenbahner demonstrieren gegen die Haushaltspläne der Regierung Martens.

ken. Sind zwei Familienmitglieder arbeitslos, sinkt das Arbeitslosengeld für einen sogar auf 35 % des letzten Lohns. Das sowie weitere Kürzungen sollen den sowieso schon gewaltigen Druck auf die Arbeitslosen (in Belgien sind knapp 14 % der Lohnabhängigen arbeitslos) noch weiter steigern und den Kapitalisten ermöglichen, sie zu noch schlechter bezahlter Arbeit anzustellen.

– Weitere Kürzungen betreffen die Ausbildungsförderung. So soll die Studienförderung für Studenten auf die Hälfte gesenkt werden, Lehrlingen werden die Freifahrkarten gestrichen.

– Schließlich will die Regierung bei der Post 4800 Lohnabhängige entlassen, die Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände senken, 6000 Krankenhausbetten streichen und öffentliche Betriebe an private Kapitalisten verkaufen.

Zusätzlich erreichten die belgischen Kapitalisten, die in den letzten Jahren mit Regierungshilfe die Löhne um real fast 20 % senken konnten, weitere Steuersenkungen. Die Körperschaftssteuer fällt von 45 % auf 43 % – eine Maßnahme, die mit Sicherheit

schon bald die westdeutschen Kapitalisten veranlassen wird, auch solche Steuerenkungen zu verlangen.

Die wohl kaltschnäuzigste Maßnahme aber dürfte die Anhebung des Rentenalters sein. Noch in diesem Jahr will die Regierung das Rentenalter für Frauen von 60 auf 65 Jahre anheben. Für viele ältere lohnabhängige Frauen, deren Gesundheit schon jetzt schwer angeschlagen ist, kommt das einem Todesurteil gleich. Sollen sie doch künftig arbeiten, bis sie umfallen!

Alle Maßnahmen zusammen sollen, so die Regierung, das Defizit im laufenden Haushalt von 600 Mrd. bfr. (36 Mrd. DM) auf 410 Mrd. bfr. im nächsten Jahr senken. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum dürfte der Zinsertrag, den die Kapitalisten für ihre belgischen Staatsschuldbriefe einstreichen, von 460 Mrd. bfr. auf knapp 500 Mrd. bfr. ansteigen.

Schon vor Verkündung des Regierungsprogramms haben die Gewerkschaften mit landesweiten Streiks begonnen, um die Beschlüsse der Regierung zu Fall zu bringen. Nach einem ersten landesweiten Streik am 6. Mai traten am 13. Mai erneut die Eisenbahner in den Streik. Letzte Woche schlossen sich ihnen zuerst die Lehrer, dann weitere Lohnabhängige im öffentlichen Dienst und in den Häfen an. Für den 22. und 23. Mai rief der Gewerkschaftsbund ABVV auch die Lohnabhängigen bei privaten Kapitalisten zu Warnstreiks auf. Für den 31. Mai mobilisiert der ABVV jetzt landesweit zu einer Protestdemonstration nach Brüssel. Vorher, am 27. Mai, will der (christliche) Gewerkschaftsbund ACV über sein weiteres Vorgehen entscheiden. Von dieser Entscheidung hängt viel ab. Schert der ACV aus der gewerkschaftlichen Front gegen die Regierung aus, hat diese schon fast gewonnen.

Quellenhinweis: *Solidair*, 30.4., 7.5. 86; *De Morgen*, 21.5.; *De Werker*, 17.5. – (rül)

BASF

Zwei Jahre Angriffsaussperrung gegen US-Belegschaft

Noch vor dem Auslaufen des Tarifvertrages setzten die Kapitalisten im BASF-Tochterunternehmen Wyandotte Corporation in Geismar/Louisiana am 15. Juni 1984 die 370 Gewerkschaftsmitglieder mit einer Angriffsaussperrung auf die Straße. Die Gewerkschaft OCAW (Öl-, Chemie- und Atomarbeiter) hatte Lohnkürzungen und die Beseitigung des Arbeitsplatzschutzes für ältere Arbeiter abgelehnt. Die Anweisung zu dem wohl vorbereiteten Angriff kam aus der BASF-Zentrale in Ludwigshafen. Schon 1983 hatte ein Vertreter des

US-Unternehmens erklärt, "sie hätten Anweisungen aus Deutschland, alle Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten loszuwerden ... sie hätten das schon in zwei Werken durchgeführt, und Wyandotte wäre das nächste in der Reihe".

Nach der Angriffsaussperrung führte die Geschäftsleitung die Produktion weiter mit ungenügend ausgebildeten Arbeitern, die sie von Zeitarbeitsfirmen holte. Die Unfallzahlen sind seitdem gestiegen. Die Gewerkschaft hat nachgewiesen, daß viermal öfter Gase entweichen, die die Arbeiter und die Bevölkerung bedrohen. In dem Werk Geismar werden hochgiftige Chemikalien produziert: Phosphor, Isocyanate und Herbizide.

In Verhandlungen im Januar 1986 weitete die BASF ihre Forderungen aus. Außer der Ersetzung von 110 gewerkschaftlichen Arbeitern in der Instandhaltung durch 65 Zeitarbeiter verlangt sie jetzt u.a.: Ersetzung von 56 Arbeitern aus der Produktion durch Zeitarbeiter; von den ursprünglich 370 Arbeitern sollen 196 Arbeitern Stellen angeboten werden, mit dem Recht der Firma, jeden aus beliebigem Grund

zurückzuweisen; uneingeschränktes Recht der Firma, jedes Gewerkschaftsmitglied zu jeder Zeit durch einen Zeitarbeiter zu ersetzen.

Als OCAW-Vertreter mit der IG Chemie am 6.3.1986 in Hannover Gespräche führten und anschließend eine Pressekonferenz abhielten, verbreitete die BASF mit Datum vom 5.3.1986 Pressematerial, in der sie der OCAW "Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit" vorwarf und Unterwerfung verlangte: "Die Wartungs- und Reparaturarbeiten, die früher von 110 OCAW-Mitgliedern geleistet wurden, werden heute von 65 Arbeitern einer Fremdfirma verrichtet. Die OCAW war nicht bereit, für ihre Mitglieder ein entsprechendes Angebot zu machen." Der IG Chemie-Vorstand hat bisher eine Solidaritäts-Spende von 10000\$ übergeben. Die Vertrauensleute von BASF-Ludwigshafen forderten die Aufhebung der Aussperrung und die Wiedereinstellung aller.

Quellenhinweis: Broschüre "Solidarität mit den ausgesperrten BASF-Kollegen in Geismar/USA", Kontaktadresse: M. Sadoni, Weiherhofstr. 27, Ludwigshafen Oppau – (gba)

Afghanistan

Blockieren die USA ein Abkommen über die politische Lösung des Konflikts?

Am 6. Mai begann in Genf die siebte Runde der Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan über die Beilegung des Afghanistan-Konflikts. Die pakistanische Regierung verhandelt im wesentlichen für die USA, die sich die afghanischen Aufständischen mit Waffen und Geld aufgepöppelt haben und Afghanistan zum Stützpunkt ihrer Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion machen wollen. Die afghanische Regierung verhandelt auch

für die Sowjetunion, die seit 1979 Truppen zum Kampf gegen die Aufständischen in Afghanistan stationiert hat, zur Zeit schätzungsweise über 100000 Soldaten.

Verhandelt wird über einen Zeitplan für den Abzug der sowjetischen Truppen. In den früheren Verhandlungsrunden hatten die Parteien bereits weitgehende Übereinstimmung über drei andere Punkte erzielt:

– über Nichteinmischung: Pakistan



Sowjetische Truppen in Afghanistan. Westliche Schätzungen sprechen von mehreren zehntausend, zurückhaltendere von 9000 gefallenen SU-Soldaten.



Am Wochenende traf auf der philippinischen Insel Mindanao, Zentrum des Befreiungskampfes der Neuen Volksarmee NPA, Präsidentin Corazon Aquino mit 150 Guerillakämpfern der NPA zusammen. Frau Aquino hatte mehrfach der NPA einen Waffenstillstand angeboten. Vertreter der NPA, der KP und der Frontorganisation NDF hatten das Angebot begrüßt und Verhandlungen über eine weitere Demokratisierung verlangt, zugleich aber erklärt, die aktuelle Lage mache einen Waffenstillstand unmöglich. Konkret: Verteidigungsminister Enrile und Stabschef Ramos haben mit US-Unterstützung Ausrottungsoperationen gegen die NPA verstärkt. — (wom)

Neues Umschuldungsabkommen mit Jugoslawien

Im April unterzeichneten die Gläubigerstaaten Jugoslawiens ein neues Umschuldungsabkommen. Beteiligt sind daran 15 "westliche Industriationen" und Kuwait. Mit dem Abkommen werden 85% der zwischen Mai 86 und April 88 fällig werdenden Tilgungen über 1,4 Mrd. Dollar umgeschuldet und die Rückzahlung bei "vier Freijahren" auf neun Jahre gestreckt. Diese Vereinbarung wird jeweils im Mai anhand der Wirtschaftsentwicklung Jugoslawiens überprüft, zudem berichtet der IWF halbjährlich über die "Lage in Jugoslawien". Ende 1985 war Jugoslawien nach eigenen Angaben mit 19,8 Mrd. Dollar im Ausland

verschuldet.

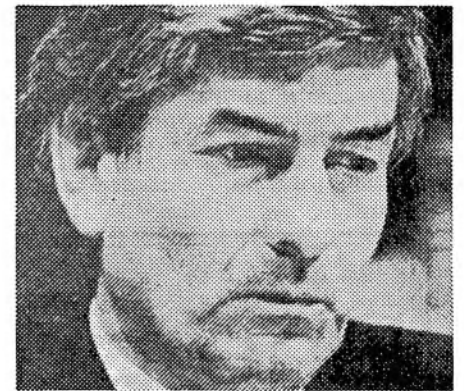
Quellenhinweis: Südd. Zeitg. v. 20.5. 86 — (lsc)

Frankreich: Rechte will Fernsehen privatisieren

In seltener Einmütigkeit streikten am 21.5. alle Beschäftigten der drei staatlichen Fernsehanstalten. Es konnten lediglich zwei halbstündige Nachrichtensendungen ausgestrahlt werden. Die Rechte hatte durch ihren Minister Léotard zuvor im Parlament verkünden lassen, sie werde den Sender TF1 privaten Bewerbern zum Verkauf anbieten. Erster Anwärter ist der Großverleger und Parteifreund des Premiers Chirac, Hersant, der schon den Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt dominiert. — (pel)

Niederlande: Christdemokraten gestärkt

Mit einer deutlichen Stärkung der Christdemokraten unter dem früheren Metallkapitalistenchef und jetzigen Premierminister Lubbers (Bild) endeten am 22. Mai die Parlamentswahlen in den Niederlanden. Die CDA gewann 54 der 150 Parlamentssitze, neun mehr als bei den letzten Wahlen, und wurde stärkste Partei. Die Sozialdemokraten, die der CDA eine große Koalition angeboten hatten, erhielten 52 Sitze, fünf mehr. Die zweite Regierungspartei, die liberale VVD, die unter ihrem als "dynamischer Jugendlicher" auftretenden Vorsitzenden Nijpels vor vier Jahren starke Stimmengewinne erreicht hatte, verlor neun ihrer 36 Sitze, blieb aber mit



deutlichem Abstand drittstärkste Partei. Damit können CDA und VVD ihre Regierungskoalition fortsetzen. Erst eine Woche vor den Wahlen hatten beide Parteien eine Senkung des Arbeitslosengeldes von 80% auf 70% des Lohns und weitere Sparmaßnahmen angekündigt. Die Kommunistische Partei ist erstmals seit 1945 nicht mehr im Parlament. — (rül)

unterläßt die Unterstützung der Aufständischen. Diese werden jetzt z.T. in Pakistan ausgebildet, sie operieren meist von dort aus, vor allem aber gelangen die Waffen aus den USA und anderen imperialistischen Ländern über Pakistan an die Aufständischen;

— über internationale Garantierklärungen: Die USA und die Sowjetunion werden danach Garantiemächte für die Blockfreiheit und Unabhängigkeit Afghanistans;

— über die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan. (1)

Diese drei Punkte sollen in Kraft treten, sobald die Parteien sich über den vierten, den Abzug der sowjetischen Truppen, geeinigt haben.

Die Sowjetunion hatte die Initiative für die siebte und wahrscheinlich entscheidende Verhandlungsrunde ergriffen. Sie hat in den über sechs Jahren ihrer Intervention zwei wichtige Erfahrungen machen müssen. Erstens hat ihre bewaffnete Einmischung die

von der Nationaldemokratischen Partei Afghanistans (NDPA) in Angriff genommenen sozialen Umwälzungen nicht gesichert, sondern der Konterrevolution viele neue Kräfte zugeführt. (2) Viele einfache Bauern schlossen sich den bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer an. Die Folge war, daß die sowjetischen Truppen in wachsendem Maße aktiv in den Bürgerkrieg eingegriffen haben. Zweitens war die Sowjetunion trotz ihres gesteigerten Einsatzes nicht imstande, den Bürgerkrieg durch entscheidende militärische Erfolge zu beenden. Ihre Verluste sind hoch.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion aus beiden Erfahrungen Konsequenzen zieht und daß sie bestrebt ist, ihre militärische Intervention zu beenden und ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen.

Im Dezember 1985 rief die KPdSU in einem Artikel in der "Prawda" auf zu einem "positiven Dialog zwischen

öffentlichen und politischen Kräften (in Afghanistan — d.Red.), einschließlich derjenigen ..., die bisher gegenüber der Revolution feindliche Positionen beziehen". Auch das Eingeständnis, daß in der Erzwingung von sozialen Reformen "Fehler" gemacht worden seien und daß der Widerstand in einem "rückständigen, halbfeudalen Land" "nicht verwunderlich" sei, deutet stark auf eine Änderung ihres Kurses hin. (3)

In der Politik der NDPA wird eine Änderung ebenfalls seit geraumer Zeit erkennbar. Es ist unmöglich, von hier aus zu beurteilen, welchen Rückhalt diese Partei und die von ihr gestellte Regierung unter den verschiedenen Klassen in Afghanistan haben. Die westlichen Gerüchte über ein Auseinanderbrechen der NDPA, über einen fortgeschrittenen Zerfall der afghanischen Armee u.a.m. sind interessiert und zumindest stark übertrieben. Doch ist dem ZK der NDPA zu

Spanien: "libysche" Agenten, französisches Kommando

Die spanische Regierung hat die libysche Botschaft der Verbindung mit spanischen rechtsradikalen Kreisen beschuldigt. Inzwischen berichtet das spanische Magazin Cambio: In Spanien sei der größte Geheimdienstskandal aufgefliegen. Vier bis sechs hohe Polizeioffiziere werden des Drogenhandels und der Deckung von Mordanschlägen angeklagt. Gleichzeitig wurde ein Ring von sog. "Terroristen" aufgedeckt, angeblich von der libyschen Botschaft in Madrid geleitet. Der Chef der Gruppe sei Agent des französischen Geheimdienstes. — (chc)

Italien: Kapitalisten müssen nachzahlen

Drei Jahre lang hatten sich die italienischen Industriellen geweigert, Inflationsschläge zum Lohn auch für die Dezimalstellen des Preisindex zu zahlen. Die Gewerkschaften hatten dagegen darauf bestanden, daß ein neuer Zuschlag fällig wird, sobald sich die bei der vierteljährlichen Neuberechnung der Zuschläge zunächst "abgeschnittenen" Stellen hinter dem Komma zu einem vollen Indexpunkt addieren. Die Hartnäckigkeit der Kapitalisten hat die Arbeiter zuletzt den Gegenwert von zwei Indexpunkten, das sind umgerechnet fast 20 DM im Monat, gekostet. Am 8. Mai hat der Industriellenverband endlich unterschrieben, künftig für die beiden Punkte Zuschläge zu zahlen. Rückwirkend gibt es pauschal 100000 Lire (umgerechnet 145 DM). Ein kleiner Erfolg, der aber eine große Niederlage nur wenig verüßt. Im vergangenen Winter hatten die Gewerkschaften nach jahrelangen Auseinandersetzungen einer Senkung und Differenzierung der Zuschläge zugestimmt. Jetzt wurde das neue

Verfahren erstmals angewandt. (vgl. Politische Berichte 1/86) Ab Mai kriegt ein durchschnittlicher Industriearbeiter 19442 Lire mehr. Nach dem alten System wären es 27 200 Lire Festgeld für alle gewesen. — (ulg)

NATO-Staaten unterstützen Südafrikas Terror

Ein Antrag der afrikanischen Staaten im UN-Sicherheitsrat, Wirtschaftsanktionen gegen Südafrika zu verhängen, weil die RSA Bombenanschläge auf ein Flüchtlingslager in Sambia und jeweils zwei Hotels in Botswana und Zimbabwe durchgeführt hat, ist

gescheitert. Die USA legten Veto ein, und Großbritannien stimmte gegen den Antrag. Alle NATO-Staaten kritisierten die Überfälle, weil sie den "Dialog" mit der Opposition gefährdeten. Ihre materielle Hilfe für das Siedlerregime wollen die NATO-Staaten weiter leisten. Die Überfälle der RSA richten sich gegen den Befreiungskampf und seine Unterstützung in den Frontstaaten. Im überfallenen Lager in Sambia leben vor allem Flüchtlinge aus Mozambique, in Botswana überfiel die RSA ein Büro des Verbandes der schwarzen Gewerkschaften im südlichen Afrika. — (uld)



Frauen aus dem südafrikanischen Township Crossroads protestieren vor dem Parlamentsgebäude in Kapstadt gegen die Terroraktionen, mit denen die Bewohner von Crossroads aus dem Ghetto vertrieben werden sollen. Die südafrikanische Regierung wollte die Siedlung Crossroads vollständig auflösen und die Bewohner zwangsumsiedeln. Im Verlauf der Aufstandsbewegung hatte Botha im Januar erklärt, Crossroads sollte nun nicht mehr umgesiedelt werden. Seit zwei Wochen terrorisieren rechte Gruppen mit Unterstützung der Polizei das Ghetto. Sie zündeten die Siedlung an, über 20000 Bewohner sind obdachlos. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurde dieser Versuch, die Umsiedlung durch Terror durchzusetzen, als "Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Schwarzen" dargestellt. — (uld)

glauben, das Ende vergangenen Jahres große Schwierigkeiten der Revolution zugeb und diese nicht nur auf die innere und äußere Konterrevolution, sondern auch auf eigene "Fehler, Abweichungen und Irrtümer" zurückführte. (4)

Die Kursänderung zielt darauf ab, die der Konterrevolution selbst zugeführten Kräfte wieder zurückzugewinnen und die politische Basis des Regimes zu verbreitern. Dem dient u.a. die Einbeziehung von Parteilosen in den Revolutionsrat, die Regierung und die lokale Verwaltung. Dem mag auch der Rücktritt des offensichtlich kranken Parteivorsitzenden Karmal dienen, der 1979 die militärische Unterstützung der Sowjetunion angefordert hatte. Aber ohne den Abzug der sowjetischen Truppen wird die Kursänderung nur halbherzig sein und erfolglos bleiben.

Die Sowjetunion hat dem die Verhandlungen vermittelnden UNO-Ver-

treter Cordovez nach westlichen Berichten (5) angeboten, den Rückzug ihrer Truppen sechs Monate nach Unterzeichnung des angestrebten Abkommens zu beginnen und innerhalb von vier Jahren zu beenden. Treffen die Berichte zu, dann scheint die Sowjetunion auf Zeit spielen zu wollen. Allerdings ist unwahrscheinlich, daß sie ein Abkommen auf dieser Grundlage erreichen kann. Andere Berichte wollen wissen, daß die Sowjetunion bereit sei, innerhalb von zwölf Monaten aus Afghanistan abzuziehen. (6)

Die entscheidende Frage ist, und davon wird abhängen, ob überhaupt ein Abkommen erzielt werden kann: Kann die Sowjetunion bei einem Rückzug verhindern, daß die US-Imperialisten und ihre Verbündeten Afghanistan in ihren Stützpunkt gegen die Sowjetunion verwandeln?

Die USA trumpfen auf. Sie haben ihre Unterstützung für die Aufständischen 1985 auf 280 Mio. \$ aufgestockt

und zusätzlich noch einmal 250 Mio. gezahlt. Im April, also kurz vor den Verhandlungen, kündigten sie an, daß sie die Aufständischen mit tragbaren Raketen vom Typ "Stinger" beliefern wollen. Damit könnten diese den Einsatz der gefährlichsten Waffe der sowjetischen Truppen, des Kampfhubschraubers Mi-24, erheblich einschränken. In dem Fall könnte die Sowjetunion veranlaßt werden, mehr Infanterie einzusetzen, ihren Einsatz also zu verstärken statt abzubauen. Auch der US-Zeitplan ist für die Sowjetunion unannehmbar: Die USA verlangen den vollständigen Abzug innerhalb von drei bis sechs Monaten. Und schließlich: Die Aufständischen haben schon erklärt, daß sie sich an keine Neutralitätserklärung gegenüber der Sowjetunion gebunden fühlen.

Quellenhinweis: (1) NZZ, 19./20.5.; (2) s. Pol.Ber. 26/84, S. 12ff; (3) nach: NZZ, 24.12.85; (4) NZZ, 12.1.86; (5) FR, 6.5.86; (6) Spiegel, 24.2.86 — (scc)

* Veröffentlichungen *

"§ 116 AFG. Der Kampf um das Streikrecht"

Das Bändchen ist dem Inhalt nach zu schließen nach dem Aktionstag 6. März, aber vor der Verabschiedung des geänderten § 116 AFG redaktionell abgeschlossen worden. Deshalb enthält es keine Beurteilung der Ergebnisse der Kampagne insgesamt, die man sich wünschen würde.

Die enthaltenen neun Aufsätze behandeln vor allem politische und juristische Aspekte der Gesetzesänderung und des Kampfs dagegen. Wer die zahlreichen gewerkschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Monate verfolgt hat, kennt die Gesichtspunkte weitgehend. Entsprechendes gilt für die betrieblichen Erfahrungsberichte (Daimler-Benz und MAN Salzgitter/Braunschweig).

Aufschlußreich ist der Aufsatz von Thomas Klebe und Siegfried Roth "Die Verursacher in der Rolle des Opfers. Produktionsverflechtungen und Arbeitskampf". Er beleuchtet die Einsparung von Lagern in der Automobilindustrie mithilfe der sogenannten Logistik-Konzepte. Die Autoren kommen u.a. zu folgendem Ergebnis: "Die sogenannten logistischen Gesamtkosten dürften in diesem Zeitraum, bezogen auf Pkw, um rund ein Viertel pro Stück gesunken sein. Damit hat Daimler Kosten in Milliardenhöhe vermieden. Die Kosten, die dem Unternehmen durch einen Arbeitskampf entstehen, machen hiervon nur einen Bruchteil aus. Die durchschnittliche Reichweite an Fertigungsmaterial von Lieferanten wurde bei anderen Herstellern sogar noch mehr verringert. So wurde sie beispielsweise bei BMW, bezogen auf alle Zulieferteile, auf zirka sieben Arbeitstage verkürzt. Den Spitzenwert im Schnitt aller Teile erreichte bislang FORD mit fünf Arbeitstagen ... Die Spitzenwerte bei einzelnen Teilen liegen bei 0,5 Tagen! Mit anderen Worten: Zweimal täglich werden die Teile geliefert, die wenige Stunden später eingebaut werden".

Eine Dokumentation am Ende enthält u.a. den § 116 alte Fassung, die Neutralitätsanordnung und den Gesetzestext der Bundesregierung. (Wolfgang Apitzsch, Thomas Klebe, Manfred Schumann (Hrsg.), § 116 AFG, Kampf um das Streikrecht, VSA-Verlag, Hamburg, 1986, 12,80 DM – rok)

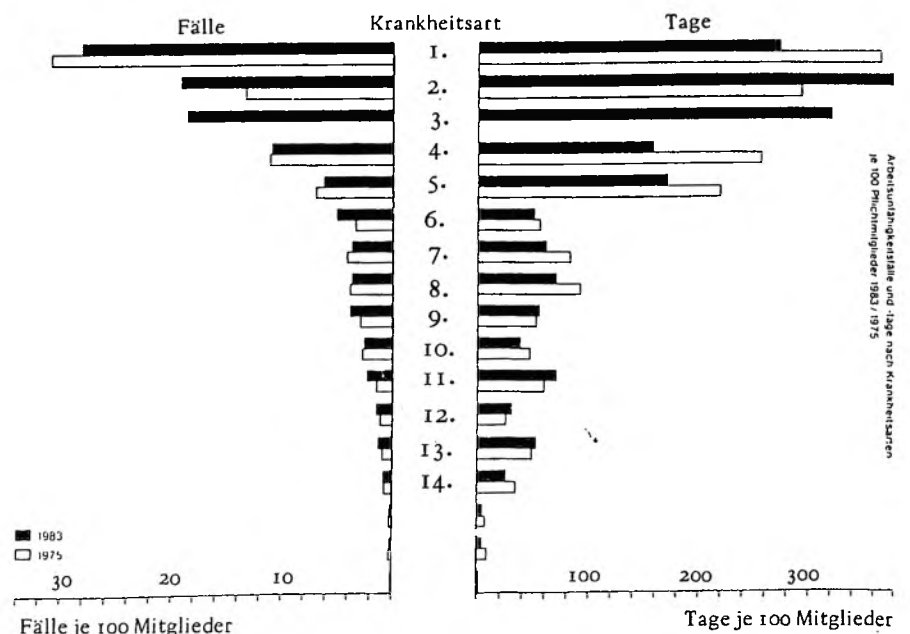
Chronische Krankheiten nehmen zu

Der Bundesverband der AOK veröffentlicht eine Reihe von statistischen Auswertungen zur "Veränderung im

Krankheitsbild der Bevölkerung". Die Abbildung verdeutlicht, daß die chronischen Erkrankungen erheblich zunehmen, die mit einem degenerativen Verschleiß einhergehen. So sind die Atemwegserkrankungen deutlich zurückgegangen und die Erkrankungen am Skelett-, Muskel- und Bindegewebe, die ein Erscheinungsbild sind für körperlichen Verschleiß durch Überbeanspruchung, stark angestiegen. Die Zahl dieser Verschleißerkrankungen hat von 1975 bis 1983 um 44,4 Prozent zugenommen! Noch höher liegt die Zunahme der Fälle von psychiatrischen Krankheiten (plus 57,4 Prozent), allerdings auf niedrigem Niveau.

Angaben zum Schaubild: Die Krankheitsarten von oben nach unten:

1. Krankheiten der Atmungsorgane, 2. Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, 3. Krankheiten der Verdauungsorgane, 4. Krankheiten des Kreislaufs, 5. Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane, 6. Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen, 7. Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes, 8. Psychiatrische Krankheiten, 9. Komplikationen der Schwangerschaft etc., 10. Neubildungen, 11. Stoffwechselkrankheiten und des Immunsystems, 12. Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe, 13. Anomalien, 14. Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben. (AOK Bundesverband, Veränderungen im Krankheitsbild der Bevölkerung. aus: Nachrichten Öffentliche Dienste, Transport, Verkehr, Woche 22/86; erscheint im GNN-Verlag)



Revanchistische Städtepatenschaft

Die Bielefelder Antifaschistische Koordination (VVN/BdA, Grün/Bunte, Jusos, DKP, Friedensliste, Falken, Volksfront, Autonome Gruppen u.a.) ist Herausgeber einer Untersuchung des Soziologen H.G. Pütz über die Städtepatenschaft, die Bielefeld mit der ehemaligen ostdeutschen Stadt Gumbinnen (heute UdSSR) unterhält. Aus dem Vorwort der Koordination: "Die ... Broschüre leistet eine sorgfältige Untersuchung der Aktivitäten, Schriften und Aussagen der 'Kreisgemeinschaft Gumbinnen'. Sie weist nach, daß der Vorwurf des Revanchismus völlig zu recht erhoben wird. (Wir) wenden uns gegen jede Form des Revanchismus. Gerade die 'Vertriebenen'-verbände stellen sich als Aufgabe, die Grenzeinteilung als Ergebnis des 2. Weltkrieges als 'Raub am deutschen Volk' umzulügen und Gebietsforderungen für ehemals ostdeutsche Gebiete zu stellen ... (sie) gehören zu den eifrigsten Propagandisten von Militarismus und Antikommunismus. Solche Auffassungen sind Nährboden für faschistische Umtriebe, und wir Antifaschisten bekämpfen sie deshalb."

Außerdem enthält die Broschüre eine Zusammenstellung der insgesamt von der Stadt Bielefeld für diese Patenschaft ausgegebenen Haushaltsmittel und auch der nicht über den offiziellen Haushalt laufenden finanziellen Zuwendungen. (H.G. Pütz, Gumbinnen heißt heute Gusev, Hrsg. Antifaschistische Koordination, c/o Ossietzky-Zentrum, Mühlenstr. 54, 4800 Bielefeld, 62 S., 1986, 6,00 DM – ads).

SPD-Programmdiskussion

Von Schmidt zu Rau: Nach dem "Modell Deutschland" das "Modell Europa"?

Bisher konnte man davon ausgehen, daß bei den wirtschaftspolitischen Grundsätzen eine deutliche Trennungslinie zwischen der konservativ-liberalen Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition existiert. In Schlagworten gefaßt: "Angebotsorientiert" CDU/CSU und FDP, ungefähr so: Wirtschaftsbüte erfordere kostengünstigere Produktion, insbes. die Ware Arbeitskraft müsse billiger als bisher angeboten werden. "Nachfrage- oder kaufkraftorientiert" dagegen als wirtschaftspolitischer Grundsatz der SPD, wiederum ungefähr: Wohlstand erfordere Wirtschaftsbüte, und dies mache vor allem eine Belebung der Nachfrage nötig insbes. durch verschiedenste Sorten Staatsprogramme. Der "Wirtschaftspolitische Kongreß" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. Mai in Hamburg hat nun auch auf diesem Gebiete die theoretischen Positionen soweit nach rechts revidiert, daß eine von der SPD erstrebte Regierung mit den Unionsparteien, wie man so sagt, einen reichen Fundus an koalitionspolitischer Übereinstimmung besäße. Da der Entwurf für das wirtschaftspolitische Programm in der überarbeiteten Form noch nicht vorliegt, geben wir im folgenden anhand von grundsätzlichen Äußerungen aus Reden auf dem Kongreß einen Überblick über den künftigen Wirtschaftskurs der SPD.

Der unternehmende Unternehmer

Zunächst Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister von Hamburg, zur Bedeutung der "Angebotsseite", wie sie sich aus der – von keinem Sozialdemokraten angezweifelte – Verflechtung mit dem Weltmarkt ergäbe:

"Wirtschaftspolitisch entscheidend ist also zunächst die nationale 'Angebotsseite' im Sinne volkswirtschaftlicher Wettbewerbsbedingungen in Ordnung zu halten. Verflechtung heißt nicht nur mehr Wettbewerb, sondern häufig eben auch Wettbewerbsverzerrungen. Und Sicherung der heimischen Unternehmen heißt folglich Anpassung an die Wettbewerbsbedingungen, also in erster Linie an die Kosten der Wettbewerber. Wirtschaftspolitisch führt damit die wachsende Internationalisierung unserer Wirtschaft zu einer zunehmenden Bedeutung der Lage des Einzelbetriebes im Wettbewerb. Oder anders ausgedrückt: Wo geographische und politische Grenzen durch Technik wirtschaftlich aufgehoben werden, dort gewinnt unternehmerisches Handeln an Gewicht. Betriebswirtschaftliche Überlegungen treten gegenüber volkswirtschaftlichen Überlegungen in den Vordergrund.

Man darf die Gefährlichkeit dieser Entwicklung nicht unterschätzen ... Nicht nur die anonyme Macht der Weltkonjunktur schafft Probleme, auch der Zwang soziale Errungenschaften, wie zum Beispiel das Verbot der Sonntagsarbeit, angesichts kapitalintensiver Arbeitsplätze und ihrer betriebswirtschaftlich unterschiedlichen Nutzung in verschiedenen Ländern in Frage zu stellen, gehört hierher."

An einem eventuellen SPD-Nachfolger für Blüm werde es also nicht scheitern, wenn das Verbot der Sonn-

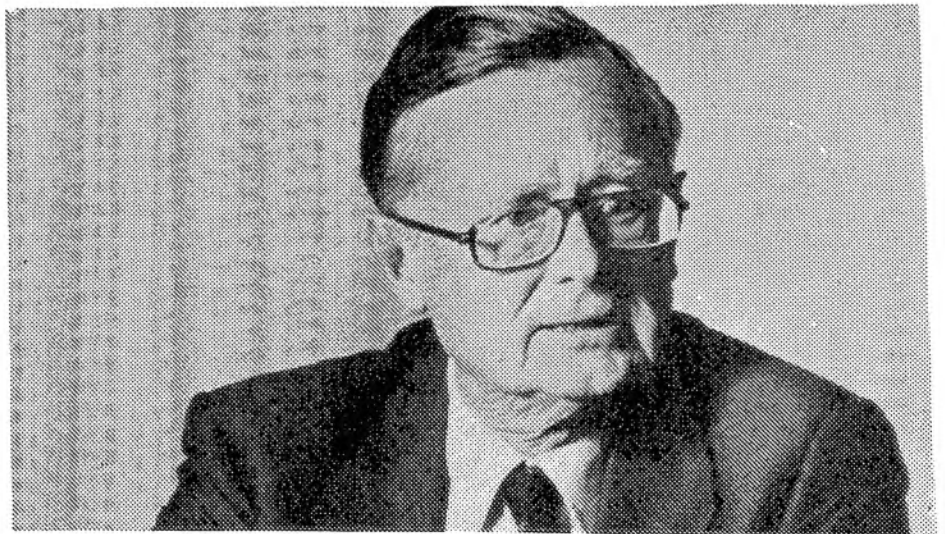
tagsarbeit fallen müßte, um die "nationale Angebotsseite in Ordnung zu halten", so zunächst als Zusicherung direkt an die Kapitaleigner (als Repräsentanten dieses Lagers waren im übrigen als Gastredner des Kongresses eingeladen: Fels, Präsident des Inst. d. Deutschen Wirtschaft und H. Weiss, Schloemann-Siemag Vorstandsvorsitzender, Wirtschaftsrat der CDU). Nun weiter an die Adresse derjenigen in der SPD, die vielleicht auf stärkere staatliche Zügelung der Marktkräfte drängen:

Klaus von Dohnanyi: "Ich möchte am Schluß noch einige Bemerkungen zur innerparteilichen Debatte über die Wirtschaftspolitik machen. In den letzten Monaten ist ein Streit ausgebrochen über die Frage mehr Markt oder mehr Staat. Ich halte diesen Streit in dieser abstrakten Form für völlig unproduktiv ... Wichtiger als dieser Streit scheint mit deswegen zu

sein, daß wir in unserer wirtschaftspolitischen Debatte ein anderes, ein offeneres Verhältnis zum Unternehmen und zum Unternehmer und zu ihrer bedeutenden gesellschaftlichen Leistung gewinnen ... Ich habe versucht zu zeigen, warum in einer immer tiefer verflochtenen Weltwirtschaft betriebswirtschaftliche Aspekte und damit die Lage des einzelnen Unternehmens von wachsender Bedeutung sein werden ... Während man aber über soziologische und vielleicht auch über volkswirtschaftliche Fragen in einer relativ großen Bandbreite verschiedener Meinungen diskutieren kann, sind betriebswirtschaftliche Fragen weitgehend objektiv überprüfbar. Ob ein Unternehmen in dem einen Land gegenüber einem Unternehmen in einem anderen Land durch die Steuergesetzgebung oder durch die Sozialgesetzgebung, durch Umweltauflagen oder durch Subventionen bevorzugt oder benachteiligt ist, das entzieht sich weitgehend der Meinung, das kann nämlich faktischer Feststellung unterworfen werden."

Wenn also Sonntagsarbeit ebenso wie Rentenkürzung, Abschaffung von Steuern aufs Kapital sozusagen eine Frage des betriebswirtschaftlichen Sachzwanges sind, wer will da noch solche Maßnahmen als doch eher einseitig im Kapitalisteninteresse verurteilen?

Wieder von Dohnanyi: "Es geht vielmehr darum, auch in der innerparteilichen Debatte deutlich zu machen, daß auch der sozialste Unternehmer nur unter Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann, die ihm Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Und daß es daher eine der elementaren Verpflichtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sein muß zu prüfen, ob solche Bedingungen gegeben sind. Worum es geht, ist also nicht ein Nachgeben gegenüber Unternehmerinteressen, sondern ist die sachkundi-



Prof. Dr. Karl Schiller, mit F.J. Strauß als Finanzminister einst Wirtschaftsminister der Großen Koalition Ende der 60er Jahre, lange von der SPD als zu rechts geschnitten, war auf dem Wirtschaftskongreß der SPD in Hamburg viel gelobter Gastredner.

ge Bereitschaft, Argumente zu prüfen; Unternehmer-Argumente nicht von vornherein zurückzuweisen als 'Arbeitgebergerede' oder 'Unternehmerinteressen'...

Wenn wir die absolute Mehrheit in der Bundesrepublik erringen wollen, so könnten wir dies nur, wenn uns die Kompetenz im Bereich der Wirtschaftspolitik von der Mehrheit der Bevölkerung zugetraut wird. Dies wiederum erreichen wir nur, wenn deutlich wird, daß wir wissen, wie Unternehmen arbeiten, was ihnen zumutbar und was ihnen nicht zumutbar ist."

So ist nun endlich die Zumutbarkeit für den Unternehmer zum Kriterium sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gemacht!

"Sozialer EG-Binnenmarkt"

Man könnte uns nun vorwerfen, wir hätten gerade einen solchen SPD-Politiker herausgegriffen, der schon längst als "Nadelstreifen-Sozialist" in der eigenen Partei umstritten und in theoretischen Dingen doch eher am rechten Rande des offiziellen Spektrums angesiedelt sei. Nun gut, wir zitieren gerne auch andere, die ihre Parteikarriere als Juso-Vorsitzende begonnen haben: Heidemarie Wieczorek-Zeul, heute Europa-Abgeordnete. Zunächst ihre ebenfalls mit Weltmarktinteressen begründete Absage an eine Kaufkraft-Stärken-Politik, wie sie bisher von jenen gefordert wurde, die man so als SPD-Linke bezeichnet:

"Die traditionelle Form sozialdemokratischer Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, nämlich die Nachfrage zu stärken, wird bei starker außenwirtschaftlicher Verflechtung wirkungslos, da national in vielen Bereichen die Nachfrage nicht mehr zuverlässig gesteuert werden kann. Dies ist die schmerzhafteste Erfahrung der französischen Sozialisten, die zu Beginn ihrer Regierungszeit 1981 eine Politik der Stärkung der Einkommen und der Nachfrage betrieben und feststellen mußten, daß eine solche Politik statt Arbeitsplätze in Frankreich zu sichern, Arbeitsplätze z.B. in der Bundesrepublik schuf."

Nun war auch bisher schon der Begründungszusammenhang von Kaufkraftsteigern/Arbeitsplatzeschaffen/Wohlstand sichern unter allerlei Vorbehalten – sog. Sachzwänge der Marktwirtschaft – gestellt, vor allem dann, wenn es galt, ihn in Regierungspolitik umzusetzen. Nun fordert man aber direkt die Schaffung und Stärkung des Marktes als notwendige Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze (von mehr Kaufkraft und Wohlstand ist überhaupt nicht mehr die Rede) und nähert sich so schnurstracks den angebotsorientierten Anhänger der Marktwirtschaft. Wieczorek-Zeul:

"Die Konsequenz der SPD muß daher lauten: unsere Wirtschaftspolitik

zu europäisieren, damit wir uns als Europäer, als Deutsche selbst behaupten können... Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, die allenthalben akzeptiert ist, ist die endgültige Verwirklichung des Binnenmarktes für Personen, Waren und Dienstleistungen und die Beseitigung technischer Schranken. Ohne einen einheitlichen großen Markt, der über 310 Millionen Verbraucher zählt, ist z.B. die Entwicklung neuer alternativer Technologien weniger kostengünstig und damit sind ihre Chancen auf dem Weltmarkt ungünstiger."

Wie sollen nun die Segnungen dieses EG-Binnenmarktes den Arbeitern zugute kommen? Als Arbeitsplätze...

"Unsere Antworten auf der europäi-

Welt, durch das Millionen von Arbeitsplätzen in der EG gesichert werden."

"Anachronismus Klassenkampf"

Zum Anwanzen ans bürgerlichen Lager gehört auch die unvermeidliche Beteuerung, die SPD verstünde viel besser als die Konservativen, die Arbeiterbewegung gewissermaßen als Nutztier für die Nationalwirtschaft zu zähmen. Hierzu Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD:

"Klassenkampf von oben wie von unten ist am Ende des 20. Jahrhunderts ein sozialer und ökonomischer Anachronismus, den sich keiner leisten sollte. Wir brauchen jeweils soziale Kompromisse auf Zeit. Deshalb hat



"Europäischer Binnenmarkt für Personen": Die Absicht der Imperialisten ist dabei die Löhne und Arbeitsbedingungen auf den niedrigsten Standard zu drücken.

schen Ebene müssen in ihrem ökonomischen Kern in einer neuen und anderen Industrie- und Technologiestrategie bestehen, die auf Rationalisierung bei Rohstoff- und Energieverbrauch abstellt, statt bei menschlicher Arbeitskraft...

... und was bewegt das Kapital, das ja von der SPD unangefochten als Organisator des Produktionsprozesses anerkannt wird, statt Energie menschliche Arbeitskraft einzusetzen? Der niedrige Preis der Arbeitskraft. Und daß dieser sinkt, dafür wird durch die Herstellung eines "europäischen Binnenmarktes für Personen" schon gesorgt.

Die Vision von nationaler Stärke, sei sie nun auf das "Modell Deutschland" oder die Vorstellung einer Supermacht EG bezogen, ist stets mit Chauvinismus und aggressivem Imperialismus verbunden. Und so stehen für Wieczorek-Zeul weitere Opfer des Programms "Arbeitsplätze durch ein starkes Europas" schon fest:

"Die Außenhandelspolitik der EG bietet ein spezielles Instrumentarium gegenüber anderen Regionen der

der Staat die Aufgabe, den sozialen Frieden zu fördern, obgleich er niemals ganz erreicht werden wird. Der soziale Frieden ist eine Produktivkraft. Wir Sozialdemokraten werden ihn wieder herstellen."

Zum Schluß nun noch etwas zu der Hoffnung "35-Stunden-Kampf + SPD-Wahlen...". Hierzu Kanzlerkandidat Johannes Rau:

"Ich in zurückhaltend mit Versprechen für die kommende Regierungsperiode in Bonn... Arbeitszeitverkürzung darf freilich nicht dazu führen, daß teure Maschinen immer länger stillliegen. Je kapitalintensiver die Arbeitsplätze, desto mehr wird es zu einer betrieblichen Notwendigkeit und zu einem Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, diese Maschinen möglichst intensiv einzusetzen... Es gibt auch schon konkrete Beispiele. Bei BMW zum Beispiel haben sich Geschäftsleitung und Betriebsrat auf ein Dreischichten-Modell geeinigt."

Quellenhinweis: Redemanuskripte, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Service der SPD für Presse, Funk, TV, 9.5.86 – (alk)

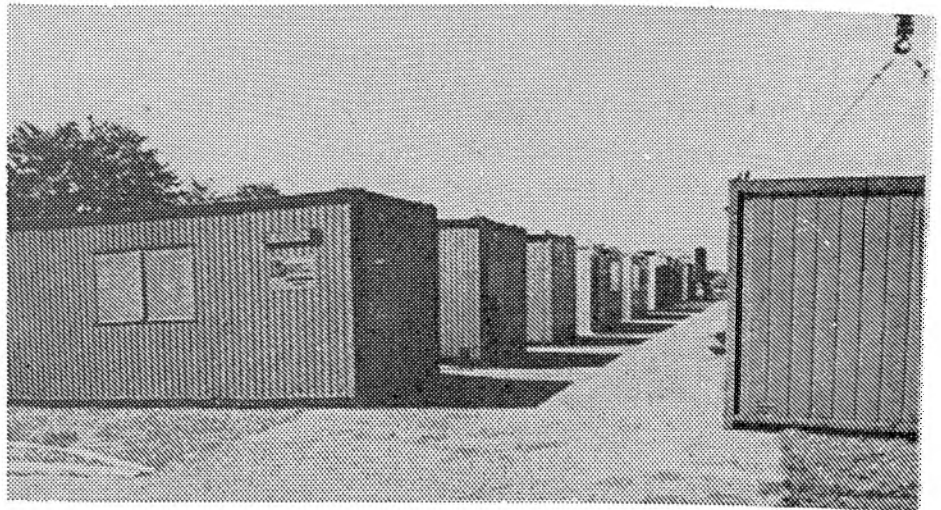
Staatliche Rückendeckung für faschistische Totschläger

Hamburg. Nach dem dritten Prozeßtag gegen fünf Skinheads wird deutlich, daß Staatsanwalt und Richter den Zusammenhang von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und faschistischen Skinbands mit dem Mord am türkischen Arbeiter R. Avci verschleiern wollen. Er war während einer Hetzjagd durch Skins angefahren und dann zu Tode geprügelt worden. (Gerichtsmediziner: "Der Schädel war durch die Schläge in Fünf-Mark-Stück große Scherben zersplittert.") Die Staatsanwaltschaft plädiert auf Totschlag, nicht Mord, da die Tat ein unkontrollierter Racheakt gewesen sei. Die Angeklagten hätten sich durch das Versprühen von Tränengas durch die gehetzten Türken ja provoziert gefühlt. Den Richter interessiert mehr die Ampelphase, während R. Avci angefahren wurde, als die Vergangenheit der Angeklagten. Kein Wort dazu, daß schon zwei mehrmals wegen Nazi-Propaganda und Volksverhetzung vor Gericht standen, ein anderer zweimal wegen Körperverletzung. Die ersten Vernehmungen nach dem Mord wurden durch einen Beamten durchgeführt, dessen Sohn ein stadtbekannter Skin ist. — (mij)

Bewaffneter Aufmarsch von Rechtsradikalen

Dortmund. Die "schwersten Krawalle seit zehn Jahren" vermeldete die Presse nach dem Fußball-Länderspiel BRD – Niederlande. Zu erfahren war dennoch zunächst nichts: Polizeipräsident Manner verhängte eine totale Nachrichtensperre, im Polizeibericht tauchten die Vorfälle nicht auf. Erst Recherchen der Presse brachten die Sache ans Licht. Die Polizeiführung bestreitet inzwischen, daß sie ein Informationsverbot verhängt habe. Feststellen läßt sich bislang folgendes:

Nach dem Spiel wurde die Polizei von rund 350 "Fans" mit Eisenstangen, Molotow-Cocktails, Schlagringen, Steinen u.a. angegriffen, es soll mehrere Verletzte gegeben haben, 37 Schläger wurden festgenommen. Polizisten berichteten, es habe sich um einen "organisierten Angriff" gehandelt. Bereits am Nachmittag hatten Gruppen von je 10–20 Skinheads mehrfach versucht, eine Anti-AKW-Demonstration mit "Sieg heil" und "Ausländer raus"-Parolen sowie Tätlichkeiten zu provozieren. Fest steht, daß die Schlägertrupps aus der ganzen BRD angereist waren und daß größere Gruppen von Skinheads darunter waren. Aufgrund der Geheimhaltungspolitik der Polizeiführung ist unklar, ob der Angriff auf die Polizei das eigentliche Ziel der Aktion war. Die GRÜNEN verlangten, die Vorfälle auf die Tagesordnung des Polizei-Beirats zu setzen. — (Mak)



Westberlin. Der Senat hat wegen eines angeblich über Pfingsten zu erwartenden "starken Asylantenstroms" einen Parkplatz vor der Bundesgartenschau beschlagnahmt und dort 25 Baucontainer als Lagerbaracken für Asylbewerber aufstellen lassen. Die SPD kritisierte die fehlende Absprache mit dem Bezirk, deshalb werden die Container in ein Randgebiet verlegt. — (gug)

SPD-Anfrage zur Konservativen Aktion

Westberlin. Wegen der am 10. Mai von der Konservativen Aktion durchgeführten Veranstaltung zur Freilassung des Kriegsverbrechers R. Hess hatte die SPD eine Anfrage an den jetzigen Innensenator Kewenig gerichtet. Auf die Frage, ob der Tag der Veranstaltung in der Nähe des Tages der Befreiung vom Faschismus nicht an sich schon eine Provokation darstelle, antwortete der Innensenator nicht. Stattdessen erinnerte Kewenig an die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten, in der dieser ebenfalls die Freilassung von Hess gefordert hatte, und schloß sich im Namen des Senats dieser Forderung an. Außerdem widersprach Kewenig ausdrücklich der Position der SPD, daß es sich bei der Konservativen Aktion um eine rechtsradikale Organisation handle. Die geäußerte Ankündigung, "notfalls werden die Jugendlichen der Konservativen Aktion das Tor der Spandauer Zitadelle einrennen", sei nur symbolisch zu verstehen. — (gug)

Angriff auf Unterstützung für Asylbewerber

Hildesheim. Am 6. Mai wurde die Kurdin Guzide Erkis, Mitglied der KKKW, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber eine noch gültige Duldungserlaubnis besitzt, überfallartig vor dem Celler Sozialamt festgenommen. Sie sollte noch am selben Abend nach Istanbul geflogen werden. Nachdem ein "Abschiebe-Stopp" erreicht wurde, wurde G. Erkis am 6. Mai ins Hildesheimer Gefängnis gebracht. Unter öffentlichem Druck (17 Kurden traten am 7. Mai in Celle in den Hungerstreik, Demonstrationen in Hildesheim und Celle) zog die Stadt Celle den Abschiebeantrag zurück. Laut Presse stellte der Rechtsanwalt er-

neut einen Asylantrag mit der Begründung, daß G. Erkis nun durch diese Protestaktionen in der Türkei politische Verfolgung drohe. Sollte der Asylantrag anerkannt werden, will die Stadt Celle "zum Schutz der Asylbewerber" künftig derartige Demonstrationen für bestimmte türkische Staatsangehörige verbieten. — (anp)

VDS-Fachtagung Medizin bereitet Streik vor

München. Ende April haben Vertreter von 24 Fachschaften der Medizinstudenten eine Urabstimmung unter den Medizinstudenten beschlossen, um eine von der Bundesregierung geplante Änderung der Ausbildungsordnung für Ärzte (AO) zu verhindern. Diese AO beinhaltet weitgehende Prüfungsverschärfungen, die Einführung kriegsmedizinischer Lehrinhalte und die Verlängerung des Studiums von bisher sechs Jahren um weitere zwei Jahre des sogenannten "Arzt im Praktikum" (AiP). Der "AiP" in der vorgesehenen Form gefährdet die Beendigung der Ausbildung, da gar nicht genügend AiP-Stellen vorhanden sind. Die Medizinstudenten erwarten zudem Massenentlassungen von Assistenzärzten an Krankenhäusern in Erwartung billiger Arbeitskräfte (geplant sind netto 700 DM im Monat für AiPler). Sie befürchten, daß die Regierung noch vor den Wahlen die neue AO verabschieden will. Der ÖTV-Hauptvorstand hat den Medizinstudenten seine Bereitschaft erklärt, sie in die ÖTV aufzunehmen, und einen Vertreter der Fachtagung Medizin der VDS in die Verhandlungskommission zum AiP aufgenommen. Zusätzlich wollen die Medizinstudenten eine Kampagne gegen reaktionäre Standesorganisationen wie den Marburger Bund beginnen. (nach: Nachrichten, Analysen, Protokolle, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik, 30.5. — rül)

Reha-Klinik Soltau

Landesregierung Niedersachsen fördert
Krankenversorgung zu Billigstpreisen

Soltau. Am 1. Juli wird die Reha-Klinik GmbH & Co KG eröffnet, ein Spezialkrankenhaus mit neurologisch-orthopädischer Aufgabenstellung, z.B. zur Behandlung von Zuständen nach Operationen am zentralen und peripheren Nervensystem, nach Amputationen, nach Hirnverletzungen, nach Schlaganfall, zur Rehabilitation von schweren Verletzungen des Bewegungsapparates. Der Pflegesatz soll "sehr günstig für die Kostenträger" sein, nämlich nur 180 DM im Reha-Bereich, 217 DM im Akutbereich. So ist der Geschäftsführer der AOK Soltau begeistert und hofft, daß über die Konkurrenz der Reha-Klinik mit dem Soltauer Kreiskrankenhaus auch dort "eine möglichst weitreichende Beeinflussung der Entwicklung hin zu optimal günstigen Kosten ... erfolgt". (1)

entsprechenden Zweck verfolgen. Als er vor dem Konkurs stand, weil u.a. die Landesregierung kein Geld mehr herausrücken wollte, da sie sich nicht sicher war, daß ihr Konzept einer "wirtschaftlichen" Klinik noch aufgehen würde, übernahm Hurrle die Trägerschaft. Nicht mehr als 6 Mio. DM zur Bedienung ausstehender Kredite soll Hurrle für die Übernahme gezahlt haben. Dafür erhielt er einen Bau, in dem 28,5 Mio. DM steckten, vorwiegend "öffentliche Gelder", davon knapp 20 Mio. DM vom Land Niedersachsen. Für die Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts verbürgte sich die Landesregierung dann noch bei der Norddeutschen Landesbank mit 22 Mio. DM.

217 Betten wird die Klinik haben. Nur 110 davon sollen "Rehabilitati-

lenschlüssel von etwa 1:4 entspricht. In ähnlichen Einrichtungen im Kreis liegt der Stellenschlüssel bei 1:2,5 bis 1:2,9, und da ist schon eine ausreichende Pflege kaum gewährleistet.

Doch nicht nur der miserable Stellenschlüssel soll für "optimale Wirtschaftlichkeit" sorgen. Bewerbern wurden rund 500 DM weniger als Tariflohn geboten, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld null. Zu den Arbeitsverhältnissen in seinen anderen Firmen stellte Hurrle klar: Es gäbe weder den "üblichen Tarifvertrag" noch einen "Firmentarif". "In meinem Unternehmen gelte eine Arbeits- und Sozialordnung – für alle und damit transparent. Was das Einkommen angeht, so gibt es meinerseits Lohn- und Gehaltsrichtlinien – in Anpassung an die freie Wirtschaft." (1)

Die Durchsetzung solcher Verhältnisse wird dadurch begünstigt, daß Hurrle offensichtlich jeden Zusammenschluß der Beschäftigten auszuschalten versucht. In den bestehenden neun Kliniken konnten die Beschäftigten nur zwei Betriebsräte durchsetzen. In den anderen Einrichtungen bestehe laut Hurrle "kein Bedarf". "Im übrigen" erfolge "enge Zusammenarbeit mit dem Personal in unseren Häusern unabhängig davon, ob ein Betriebsrat existiert oder nicht". (1)

Quellenhinweis: Böhme Zeitung, verschiedene Ausgaben, u.a. vom 19.10.85 (1), 29.3.86 (2) – (sts)



Hurrle erhält von Ministerpräsident Späth die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Ob er in Niedersachsen lange auf Ähnliches warten muß?

Den Mann, der diesen Pflegesatz anbieten kann, hat die niedersächsische Landesregierung in das Krankenhaus gehievt. Er heißt Rüdiger Hurrle und ist Geschäftsführer der Hurrle GmbH mit Sitz in Durbach bei Offenburg (Baden-Württemberg), dem Träger der Reha-Klinik. Hurrle ist Chef von 35 Unternehmen, darunter einem Verbund von neun Krankenhäusern. Dank der Vermittlung der Landesregierung hat er einen wahrhaft guten Schnitt gemacht. 1981 – Sozialminister Schnipkoweit legte den Grundstein – gehörte der Bau noch einem Trägerverein, in dem vorwiegend örtliche Prominenz saß, zusammen mit dem Landkreis Soltau-Fallingb. und der Stadt Soltau. Zur Mitfinanzierung des Vorhabens suchte der Verein Organisationen und Verbände, die einen der Aufgabenstellung der Klinik

onsbetten" sein. Gegen Protest der örtlichen Ärztekammer und kassenärztlichen Vereinigung werden von den restlichen 107 "Akutbetten" 100 von der Landesregierung in den Bettenbedarfsplan aufgenommen, während sie in den letzten dreieinhalb Jahren 175 Betten im Landkreis gestrichen hat. Insgesamt peilt Hurrle 295 Betten an, "um konkurrenzfähig zu sein und zu bleiben, um auch optimale Wirtschaftlichkeit für den Klinikbetrieb zu erreichen". (2)

"Optimale Wirtschaftlichkeit", was sich dann in den niedrigen Pflegesätzen niederschlägt, will Hurrle durch intensivste Arbeitsleistungen erreichen. Nur etwa 195 Beschäftigte bei den 217 Betten sind vorgesehen, für den Pflegedienst bei der oben genannten Aufgabenstellung nicht mehr als rund 50 Fachkräfte, was einem Stel-

DGB-Veranstaltung

Infarkttrisiko am
Arbeitsplatz

München. Die neue Veranstaltungsreihe des DGB-Bildungswerkes Kreis München heißt "Moment mal ... am Montag". Zu einem brandaktuellen Thema sollen Experten, Kolleginnen und Kollegen miteinander diskutieren. Themenvorschläge werden von der Leitung des Bildungswerkes gerne entgegengenommen. Im April war das Thema die Ladenschlußgesetzgebung.

Unter dem Motto "Herz im Stress" fand im Mai die zweite Diskussionsveranstaltung statt. Das Motto nimmt Bezug auf den gleichnamigen wissenschaftlichen Tatsachenroman von J.P. Stössel, der als Referent eingeladen war, dazu der Betriebsratsvorsitzende eines großen Metallbetriebes und ein Personalratsmitglied vom Fernmeldeamt 1 München (s.a. Politische Berichte Nr. 3/86, S. 18).

So sind z.B. in der Annahmestelle des Fernmeldeamtes 67% der Beschäftigten zwischen 21 und 35 Jahren alt. Nur so können sie die – für ältere Kollegen unerträgliche – Steigerung der Arbeitshetze durchstehen. Die nicht einhaltbaren Terminvorgaben,

die unzulängliche Ausrüstung der Arbeitsplätze führen zu nervöser Erschöpfung, Schlafstörungen und Magen-Darmerkrankungen. Der Arbeitgeber nutzt offensichtlich die noch unverbrauchte Arbeitskraft der jüngeren Beschäftigten, verknüpft mit Kostenargumenten und dem mittlerweile endlosen Druck der Arbeitslosigkeit.

Kollegen aus der Druck- und Metallindustrie berichten, daß die in den letzten Jahren durchgesetzte Steigerung der Arbeitsleistung zu einem neuen "Durchschnitt" geführt hat, den abzulehnen oder zu bekämpfen für den einzelnen Arbeiter fast unmöglich geworden ist. Dies verbunden mit gehässigen Schikanen und Leistungskontrollen bis auch die letzte Pore des Arbeitstages gestopft ist. Da reichen die Arbeitsplätze im Lager oder an der Pforte natürlich nicht aus, wenn der Arbeiter nach seinem Herzinfarkt auf "Leichtarbeit" umgesetzt werden muß.

Soll eine echte Vorsorge getroffen werden, dann muß dieser Entwicklung selbst Grenzen gesetzt werden. Der DGB hat das über seiner Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und die Arbeitsplatzbeschaffung vernachlässigt. Das soll jetzt anders werden, "denn die Hauptursachen für Krankheit kommen von der Arbeit, darauf müssen wir in den Gewerkschaftsorganen mehr achten", war eine der Schlußfolgerungen. – (jüt)

Psychiatrie:

Sozialpsychiatrische Dienste – Verbesserung der Versorgung?

Mannheim/Weinheim. Die baden-württembergische Landesregierung hat jetzt nach einigem Hin und Her grundsätzlich dem Aufbau sozialpsychiatrischer Dienste zugestimmt. Die Mittel für Modelleinrichtungen in der Psychiatrie laufen dieses Jahr aus. In verschiedenen Gebieten gibt es bereits derartige Dienste, die bislang über das Modellprogramm finanziert wurden. Der genehmigte Personalschlüssel 50000 Einwohner auf eine Fachkraft wurde von der SPD im Landtag kritisiert. Sie fordert ein Verhältnis von 50000 : 3.

Die Landesregierung hat nun Förderrichtlinien herausgegeben, da diese Dienste in erster Linie von den freien Wohlfahrtsverbänden eingerichtet werden. Danach ist das Ziel der Einrichtung solcher sozialpsychiatrischer Dienste die Versorgung chronisch psychisch Kranker. Schwerpunkt liegt auf der ambulanten Betreuung. Hierbei soll die Aufgabe in erster Linie die Verweisung an die entsprechenden Einrichtungen (Ärzte, Kliniken, Therapeuten) und die Vermittlung entsprechender Hilfen sein. In Baden-

Württemberg gibt es bereits 35 Stellen über das laufende Programm. 35 weitere sollen hinzukommen.

SPD-MdL Daffinger (Weinheim) hat die niedrige Besetzung der Dienste als "politisches Feigenblatt" kritisiert. Allerdings muß man dabei die gesamte Psychiatrieplanung des Landes berücksichtigen. Dort zeichnet sich der Trend ab, in den großen psychiatrischen Landeskrankenhäusern den Abbau von sogenannten Langzeitbetten zu betreiben. Diese "hoffnungslosen" Fälle werden in Heime verlegt (Pflegerheime, Dauerwohnheime), die die Verwahrung kostengünstiger anbieten. An einer intensiven ambulanten Versorgung besteht seitens der Landesregierung keinerlei Interesse, da hier weder die Kostenfrage (wer ist für die Behandlung zuständig, Kasse oder Sozialhilfe?) noch der kurzfristige Effekt zu beurteilen ist. Es bleibt bei der Zentralversorgung der Behandlungsfälle in den Großkrankenhäusern.

Mannheim verfügt über ein eigenes psychiatrisches Krankenhaus mit entsprechender psychiatrischer Ambulanz. Von dort wird die Einrichtung eines "unabhängigen" psychiatrischen Dienstes abgelehnt. Dieser sei mit der guten psychiatrischen Versorgung bereits abgedeckt. Der DAK-Geschäftsführer M. Paplowski hat für die Kassen in Weinheim verkündet, daß diese auch bereit wären, die sozialpsychiatrischen Dienste wegen ihrer kostendämpfenden Funktion finanziell zu unterstützen. Es könnte ein "langwieriger Krankenhausaufenthalt erspart oder eine frühzeitige Entlassung aus dem Krankenhaus ermöglicht" werden (RNZ 10.5.86). Es könne so auch auf teure Psychiatrieambulanzen an Krankenhäusern verzichtet werden. Die Einrichtung sozialpsychiatrischer Dienste soll also auch zur Begründung von Kosteneinsparungen in der ambulanten klinischen Versorgung herhalten.

Quellenhinweis: Förderrichtlinienentwurf der Landesregierung v. 16.4.86; Rhein-Neckar-Zeitung div. Ausg. – (cog)

Burschentag 1986

Hasselmann: "Im Geist ... tief verbunden"

Celle. 'Bier im Bauch, Schmiß im Gesicht und Chfesssel in Aussicht' – vom 21. bis 25. Mai 1986 traf sich die Deutsche Burschenschaft (DB) erneut in Celle: Etwa 400 Delegierte von 131 Burschenschaften an 36 Hochschulen in der BRD und Österreichs mit knapp 3000 Studenten und 22000 "Alten Herren" – eine der großen studentischen Corporationen.

1980 war Celle in deren Augen "ein voller Erfolg", ohne jede Störung;

diesmal war es etwas anders. Ein Aktionsbündnis aus Grünen, Antifa, DKP, VVN, Volksfront, Jusos, Frauengruppe und KKWK mobilisierte gegen den Burschentag; ca. 100 demonstrierten am 24.6. Überregionale Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten kritische Berichte. Schäbig die Rolle der SPD-Fraktion: Die im Vorfeld gefällte "Burschenschaftseiche" von 1980 nutzte sie, um den Burschen die Krücke zu halten; auf ihren Antrag verurteilte der Verwaltungsausschuß des Rates den "Baumfrevler" als "Gewalt gegen die unschuldige Natur". Ansonsten nichts.



OB Hörstmann empfängt 20 Burschen

Die Stadt sponserte das Treffen mit 25000 DM. Oberbürgermeister Hörstmann, CDU und selber Burschenschaftler, sowie Oberstadtdirektor von Witten, Mitglied des wohl noch rechteren Köseener Seniorenconvents, schrieben "herzlichste" Willkommensgrüße; Hörstmann hielt die Festrede auf dem sog. Festkommers. Zuvor hatte er beim Ordnungsamt angefragt, ob die Demo nicht zu verbieten sei.

Die Burschenschaft sei 1935 "verboten worden", so von Witten als Rechtfertigung. Wahr ist, daß die DB sich am 18.10.35 feierlich in den nationalsozialistischen deutschen Studentenbund auflöste: "Das Ziel der deutschen Burschenschaft ... ist durch den Führer und die NSDAP ... erreicht." NPDLer und Neonazis sind bei den Burschen gern gesehen; "unerwünscht" sind Ausländer, Sozialisten, Frauen und Zivildienstleistende, alles, was nicht stramm "deutsch" denkt.

Die zum Burschentag gestellten Anträge, u.a. Aufhebung des NSDAP-Verbots in Österreich, gegen die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg, Sonderkommissionen für Ausländerkriminalität, wurden wohl unter dem öffentlichen Druck nicht verhandelt. Der Chef der nds. CDU, W. Hasselmann, schreibt dem Burschentag: "Ich bin Ihnen im Geist und politischen Anliegen tief verbunden." – (akl)

Private Reinigung an der Universität Bielefeld

"Nicht Quadratmeter putzen wir; wir putzen Quadratkilometer!"

Bielefeld. Ende Februar beschließen die ÖTV-Vertrauensleute, die private Reinigung an der Universität Bielefeld unter die Lupe zu nehmen. Ziel soll sein, die Privatisierung rückgängig zu machen. Ablesbar am Dreck in der Uni steht zu vermuten, daß die Arbeitsbedingungen der ca. 110 Putzfrauen und -männer schlecht sein müssen. Zunächst befragen die Vertrauensleute einige Putzfrauen und bekommen für die Verhältnisse im privaten Reinigungsgewerbe Übliches, gemessen an den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst Ungeheuerliches zu hören. Die Putzfrauen, die bei der Firma Quix mit Sitz in Münster angestellt sind, erzählen u.a.:

Bis Anfang 1986 mußten einige

behauptet, die Arbeitszeit habe immer nur 2 Stunden betragen. Nach ihren Arbeitsverträgen aber, die die Putzfrauen von Quix wohlweislich nicht ausgehändigt bekamen, beträgt die Arbeitszeit entweder 2,5 oder 2,15 Stunden. Nur wenige Frauen und Männer arbeiten zwischen vier und acht Stunden am Tag. Anfang Februar schreibt Quix an die Universität: "Die Beschäftigungsverhältnisse wurden auf 4 bis 8 Stunden tägliche Arbeitszeit aufgestockt, womit nunmehr ca. 50% sozialversicherungspflichtiges Personal zum Einsatz kommt." Nach Kenntnis der ÖTV und der IG Bau Steine Erden eine glatte Lüge.

In einigen Arbeitsverträgen stehen solch nette Bestimmungen wie: "Der

BR an den Kanzler der Uni, in dem sich der BR über angeblich falsche Angaben in einem ÖTV-Flugblatt über die Arbeitsbedingungen bei Quix beschwert, erfahren die Putzfrauen, daß eine ihrer Vorarbeiterinnen BR-Mitglied ist. Sie hatte sich als solches bisher nicht zu erkennen gegeben.

In dem ÖTV-Flugblatt von Anfang April wird u.a. behauptet, daß Putzfrauen in einigen Bereichen der Uni über 1000 qm in zwei Stunden zu reinigen haben. Quix' Anwälte drohen der ÖTV Schadensersatzklage wegen Kreditgefährdungshandlung an, falls die ÖTV dies und die Reduzierung der Arbeitszeit weiterhin behauptet. Die Arbeitszeit sei nie reduziert worden, die Reviergrößen betrügen 1000 qm und die Stundenleistung 280 qm. (Im öffentlichen Dienst sind 140-180 qm/Stunde üblich.) Tatsächlich aber stimmen die Behauptungen der Vertrauensleute: So beträgt die Reviergröße einer Putzfrau z.B. 2626 qm; in zwei Stunden täglich soll sie 1036 qm putzen.

So erhält Quix für die Knebelung der Frauen und eine dreckige Uni über 1 Mio. DM pro Jahr. Davon sollen laut Vertrag 80% auf Lohnkosten entfallen; nach überschlägigen Rechnungen der Vertrauensleute ist das jedoch nicht der Fall. Der Kanzler der Uni, vom Personalrat auf einige Ungeheimheiten angesprochen, erklärt, die Uni habe Untersuchungen angestellt und alles für Rechts befunden. Dennoch wolle er noch einmal die Putzleistung überprüfen.

Inzwischen sind die Putzfrauen massenhaft in die IG BSE eingetreten. Im Februar gab es zwei Mitglieder, heute sind es über 90; ein für das Reinigungsgewerbe absolut unüblicher Organisationsgrad. Auf zwei weiteren Versammlungen wird die Tarifausschließung im Reinigungsgewerbe NRW besprochen. Die IG BSE fordert 4,5%, die Kapitalisten wollen eine sog. Nettolohnvereinbarung; d.h. die Putzfrauen mit einem Lohn unter 410 DM sollen Lohnsteuern zahlen. In der Urabstimmung stimmen alle Putzfrauen für Streik, der am 28.4. morgens um 6 Uhr beginnt und drei Tage dauert. Zwei Mal wurden bis zu 35 von Quix angeheuerte Streikbrecher nach jeweils einiger Zeit zu einem geordneten Auszug aus der Uni bewegt. Einen halben Tag lang blieb die Cafeteria der Uni wegen Dreck geschlossen. Der neue Tarifvertrag sieht 4,8% mehr Lohn vor, allerdings erst ab 1.6.86; der alte war schon im Oktober 1985 ausgelaufen.

Nach dem Streik hat Quix einige Putzfrauen neu eingestellt, allerdings auch nur für je zwei Stunden am Tag, und mehreren Frauen die Reinigungsfläche reduziert. Die Entlassung einer Putzfrau, die sich geweigert hatte, bestimmte Arbeiten zu machen, mußte Quix zurücknehmen. Die Auseinandersetzung geht weiter. — (elb)



Im Februar bezahlte Quix den Putzfrauen nur zwei Stunden täglich, obwohl sie bis Mitte des Monats 2,5 Stunden pro Tag gearbeitet hatten.

Putzfrauen, die länger als 2,5 Stunden am Tag arbeiten wollten, auf mehreren Namen arbeiten, so daß Quix für sie keine Sozialabgaben zahlte. Wurden die Frauen krank, mußten sie ihren Lohn für die Krankentage in bar an Quix zurückzahlen, obwohl sie Anspruch auf Lohnfortzahlung hatten. Oder die Frauen wurden aufgefordert, für die Zeit ihrer Krankheit eine Ersatzputzfrau zu stellen, die sie dann selbst zu bezahlen hatten. Einer ganzen Reihe von Putzfrauen wurde ein großer Teil des Urlaubs 1985 und das tarifliche zusätzliche Urlaubsgeld vorenthalten. Zulagen für die Reinigung von Toiletten gibt es nicht.

Am 18.2. wird den Putzfrauen in einem Brief von Quix mitgeteilt: "Die reine Arbeitszeit (ohne Wegezeit) beträgt 2 Stunden täglich." Damit verlieren die Frauen, die bislang 2,5 Stunden pro Tag gearbeitet hatten, ihren Anspruch auf Lohnfortzahlung. Quix

Arbeitnehmer erklärt sich im Falle einer tariflichen Lohnerhöhung oder aus betrieblichen Gründen mit einer Reduzierung der täglichen Arbeitszeit einverstanden, um ein Überschreiten der Sozialversicherungsfreigrenze auszuschließen." Demgegenüber bestimmt der Vertrag zwischen Quix und Universität, "mit den Reinigungskräften keine Beschäftigungsverträge abzuschließen, die gegen gesetzliche oder tarifrechtliche Bestimmungen verstoßen."

Die Reduzierung der Arbeitszeit bei gleichbleibender Reinigungsfläche empört die Putzfrauen sehr. Auf der ersten Gewerkschaftsversammlung am 17.3. beschließen die Frauen, einen eigenen Betriebsrat zu wählen. Vom in Münster vorhandenen Betriebsrat hatten sie bisher nichts erfahren; kein Wunder, denn der BR-Vorsitzende ist Leiter des Einkaufs von Quix. Erst durch einen Brief des

Kernkraftwerke

7. Juni 1986: Brokdorf darf nicht ans Netz!

Norderstedt. Im November 1973 läßt die NWK über die Landesregierung mitteilen, daß sie in Brokdorf ein Kernkraftwerk bauen zu lassen wünsche. Der schnell anwachsenden Bewegung "Kein Kernkraftwerk in Brokdorf" kann Ministerpräsident Stoltenberg nur begegnen, indem er in einer Nacht- und Nebelaktion den Bauplatz besetzen und mit dem Bau beginnen läßt. In einem Aufruf der Bürgerinitiative Eckernförde, des Landesverbandes Umweltschutz und des Arbeitskreises Umweltschutz Kiel anläßlich einer Demonstration zum Kieler Landtag vom 23.11.76 hieß es:

"Weil wir wissen, daß trotz der Besteuerung der Kernindustrie die heutigen Kernkraftwerke unsicher sind...; daß den Bauern durch radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und der Milch die Existenzgrundlage... entzogen wird;

daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Schäden am Erbgut im höchsten Maße gefährdet ist;

...daß die Grundlagen für die Energieversorgung auch 1985 vorhanden sind; aber der Bau von Kernkraftwerken nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung des Strompreises die gewaltigen Investitionen bezahlen;

das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können;

das Plutonium, das in Kernkraftwerken erzeugt wird, zum Bau von Atombomben und damit der Kriegsvorbereitung dienen kann; deshalb sind wir gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf!"

Was damals für viele wie eine ungeheuerliche Anklage gegen den Staatsapparat und die Betreiber der AKWs klang, hat sich im letzten Jahrzehnt als die völlig korrekte Beschreibung der Wirklichkeit herausgestellt. Wenn das AKW Brokdorf im Juni ans Netz gehen sollte – was inzwischen bereits dementiert wird – wird auch keine einzige Kilowattstunde mehr benötigt. Hamburg hat schon jetzt eine Überkapazität von 6000 Megawatt zu 1800 Megawatt, die in Spitzenzeiten abgefordert werden, der Normalverbrauch liegt noch weit darunter. Die Investitionen der HEW wurden über kräftige Strompreiserhöhungen durch den Hamburger Senat saniert, die nach Schätzungen des GAL-Energieexperten ab 1984 jährlich 120 bis 180 DM pro Haushalt betrugen. Verluste der HEW durch Anteilsverkauf an die



5.4.86: 500 AKW-Gegner öffnen die Tore zum Kernkraftwerk in Brokdorf

NWK und PEAG (Preußen-Elektra-AG) wegen zu erwartendem Stromüberschuß müssen in Höhe von wenigstens 340 Mio. DM auf den privaten Verbraucher und Steuerzahler abgewälzt werden. Die BRD bewegt sich zielstrebig weiter in Richtung Atomkraft durch eigenes Plutonium, z.B. aus der WAA Wackersdorf, die damit das genaue Gegenteil einer Entsorgungsanlage wird. Gut, daß mehrere Bls im norddeutschen Raum am 5. April bereits vor Tschernobyl an einem Protesttag am AKW Brokdorf – gestützt durch diese Argumente und Erfahrungen – den Kampf wieder aufgenommen haben. Brokdorf darf nicht ans Netz gehen! Dem dient auch die Demonstration am 7. Juni. – (edl)

Stadtreinigung

Hamburger Senat verordnet Tagelöhnerarbeit

Hamburg. Am 22.5. hat der Senat insgesamt 1000 Tagewerke für die Sperrmüllabfuhr genehmigt. Vom Arbeitsamt sollen tageweise Arbeitslose als Aushilfsmüllwerker zum Sperrmüllabfahren vermittelt werden. Der Tageslohn wird vom Arbeitslosengeld abgezogen. Der Personalrat erfuhr erst aus der Presse davon.

Die geplante Einführung von Tagelöhnerarbeit im Hamburger öffentlichen Dienst ist der Höhepunkt einer gezielten Kampagne gegen die zu 90% gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei der Müllabfuhr, die vom Rechnungshof 1984 eingeleitet wurde. Er verlangte die Kürzung der Prämienlöhne und eine Reduzierung der tariflich festgelegten Kolonnenstärke von insgesamt sechs Arbeitern. Seit Sommer 1985 arbeitet ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, der neben einem "neuen Entsorgungskonzept" hauptsächlich angebliche Kungeleien der ÖTV mit dem jeweiligen Bausenator zugunsten der Beschäftigten zutage fördern soll. Im

Herbst klagten einige CDU-Abgeordnete auf Rückzahlung von Müllgebühren, um der Forderung des Rechnungshofes nach einer Neuberechnung der Gebühren Nachdruck zu verleihen. Silvester hetzte die Springerpresse gegen das "illegale" Einsammeln von Trinkgeldern zum Jahreswechsel. Der Bausenator leitete daraufhin Disziplinarverfahren gegen einzelne Arbeiter ein. Seit Ende letzten Jahres sitzt die Rationalisierungsfirma McKinsey den Beschäftigten zusätzlich im Nacken.

Anfang 1986 konnte die ÖTV gerichtlich die tarifmäßige Besetzung der Hausmüllkolonnen durchsetzen, mittlerweile lag die durchschnittliche Kolonnenbesetzung bei 4,7 Mann. Der Senat zog daraufhin Arbeiter beim Sperrmüll ab und ging in die Berufung. Den Arbeitern in der Müllverbrennungsanlage drohte er Prämienkürzungen von bis zu DM 500,- monatlich an. Die Arbeiter streikten spontan (Bild), die Verhandlungen um eine neue Prämienregelung sind bis Ende 1986 vertagt. Im März verfolgten Journalisten der Bild-Zeitung Sperrmüllkolonnen und deckten einen weiteren "Skandal" auf: Manche Arbeiter nahmen sich wie Tausende anderer Leute Sachen mit. Der Bausenator ließ fünf Kolonnenführer zu Aufladern abgruppieren, weitere zehn Auflader erhielten Abmahnungen. Und im Mai jetzt stinkt es zum Himmel: Der Sperrmüll lag tagelang auf der Straße.

Die Einführung der Tagelöhnerarbeit ist ein Versuch, den Bereich der unstetigen Arbeitsverhältnisse in Hamburg auszubauen. Ab 1988 soll nämlich der gesamte Sperrmüll nur noch auf Abruf statt wie jetzt dreimal im Jahr in allen Straßen abgeholt werden. Für dieses Konzept braucht der Senat den Arbeiter auf Abruf. Die jahrelange Unterbesetzung hat bei der Müllabfuhr mittlerweile zu einem Krankenstand von 14% geführt. – (mek)



Landtagswahlen in Niedersachsen

Keine Wahlbeteiligung der FAP – Neugruppierungen im neokonservativen/faschistischen Lager

Hannover. Bereits vor dem Wahltag zum niedersächsischen Landtag wird deutlich, daß die reaktionäre Sammlungsbewegung an der rechten Seite E. Albrechts sich neu formiert und weitgehend unbeachtet von linker und antifaschistischer Kritik sich festigen konnte. In allen 100 Wahlkreisen kandidieren die "Patrioten für Deutschland", in immerhin 32 Kreisen "Die Weissen" (eine national-ökologische Partei, die sich Ende '85 gründete).

Förderung der FAP

Die FAP kandidiert nun doch nicht. Aber mit ihr hat die Landesregierung öffentliche Aufwertung faschistischer Politik und Organisationen aufs Brutalste betrieben, und die Kritik daran ist noch nicht ausreichend.

Bereits im Dezember 1985 hat Innenminister Möcklinghoff anläßlich des Antrags der GRÜNEN nach Verbot der FAP (wegen "Verfassungsfeindlichkeit") die FAP in Schutz genommen und ihre Wahlbeteiligung abgesegnet. "Die verschiedentlich anklingenden rechtsextremistischen Tendenzen in dem national-konservativ geprägten Programm sind jedoch nicht so eindeutig, daß eine gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung der Partei unzweifelhaft feststellbar wäre." Zu ihrer Zulassung machte er nur die Erfüllung von "formellen und organisatorischen Voraussetzungen" (nach dem Parteiengesetz) zur Voraussetzung.

Die Landesregierung hat für die ordnungsgemäße Durchführung des FAP-Landesparteitags gesorgt. In strengster Geheimhaltung und offensichtlicher Absprache mit Polizeiführung/Innenministerium wurde dieser am 8. Februar in Hameln durchgeführt, nachdem der ursprüngliche Versammlungsort durch eine Gegendemonstration gefährdet war. Rechtzeitig zur Sammlung der Wahlunterstützungsunterschriften sorgte die Landesregierung für landesweite Publizität der FAP. Hetze gegen Antifaschisten, Belagerung einer Gegendemonstration, schließlich Festnahme von 50 Antifaschisten gingen einem von der Polizei geduldeten und geschützten (nicht angemeldeten) Aufmarsch von 100 FAP'lern am 8. März in Hameln voraus.

Der Landeswahlausschuß setzte unter Führung des vom Innenministerium gestellten Landeswahlleiters diese Förderung fort, indem er die Zulassung als Partei am 7.5. erteilte. VVN/BdA und Volksfront hatten in Presseerklärungen die beabsichtigte Zulassung der FAP angegriffen. Sie verwie-

sen auf das geltende Verbot von faschistischen Organisationen gemäß den Kontrollratsgesetzen (Art. 139 GG). Der Landessekretär der VVN übergab dem Landeswahlausschuß 1 500 Unterschriften gegen die Zulassung der FAP und für deren Verbot und griff mit Unterstützung des antifaschistischen Publikums die Wahlbeteiligung der Faschisten an. Aufgrund des Drucks war der Landeswahlleiter gezwungen, öffentlich zur Verbotsforderung nach Art. 139 Stellung zu nehmen. Die CDU und Landesregie-



Faschistenaufmarsch in Hameln wird durch Albrechts Polizeitruppe geschützt

rung sicherten mit ihren Stimmen im Wahlausschuß die Zulassung der FAP, während nur die Grünen dagegen Stellung bezogen und SPD- und FDP-Vertreter sich stillschweigend der Stimme enthielten. Der Konsens der "FdGO-Demokraten" hatte trotzdem einen offensichtlichen Bruch bezüglich der FAP erhalten. Ermuntert durch die offensive Schützenhilfe der Landesregierung im Landeswahlausschuß leistete sich die FAP noch im Ministeriumsgebäude ihren passenden Abgang. Ein FAP'ler gab aus einem Gas-/Schreckschußrevolver vier Schüsse aus unmittelbarer Nähe auf die Antifaschisten ab und verletzte den Pförtner. Obwohl die Landesregierung sofort wieder versuchte, den faschistischen Angriff zu vernebeln – "korrigierte" Polizeiberichte schoben den Antifaschisten die Verletzung des Pförtners in die Schuhe – schien der FAP nun der Boden zu heiß geworden. Sie reichte keine weiteren Unterlagen (Unterstützungsunterschriften) für eine Kandidatur ein. Nach der Deister-Weser-Zeitung bezeichnete ihr stellv. Gauführer und ursprünglicher

Landtagskandidat Hinzmann die Ausschreitungen im Landeswahlausschuß als Grund für eine Nichtkandidatur.

Die Nichtbeteiligung der FAP ist ein gewisser Erfolg des Wirkens der antifaschistischen Kräfte in Niedersachsen. Zu schwach ist allerdings die Kritik an faschistischen Positionen und die öffentliche Isolierung derselben. Das Aufkeimen von neuen neokonservativen/faschistischen Kräften ist dafür ein Anzeichen. Die Kritik der niedersächsischen Antifaschisten, die jeder FAP-Aktivität teilweise

wirkungsvoll entgegentreten konnten, hat diese neuen Erscheinungen nur schlecht einbezogen, weil zuwenig Gewicht auf die inhaltliche Kritik der Faschisten gelegt wurde.

Patrioten für Deutschland

Im Kasten ist ausführlich auf die Programmatik dieser neuen reaktionären Sammlungsbewegung eingegangen. Sie geht aus von der Initiative der EAP, hat aber schon längst den Charakter eines Anhängsels verloren. Im Oktober letzten Jahres begann mit teilweise bundesweiten Anzeigen eine Mobilisierung für diese neue reaktionäre Strömung. In dem Unterstützungskreis tummeln sich Vertreter der "Vertriebenenverbände", u.a. der Vizepräsident des "Bundes der Vertriebenen" Prof. E. Schlee. Ein Organisator der Ideologiedebatte der Konservativen und Finanzbeschaffer, Freiherr von der Heydte, "Leiter des Instituts für Staatslehre und Politik e.V.", der auch enge Verbindungen zur "Staatsbürgerlichen Vereinigung" unterhält, zählt ebenfalls dazu.

Während die EAP bei den letzten

Landtagswahlen nur in zehn Wahlkreisen kandidieren konnte und zu den Bundestagswahlen nur in vier von 49 Kreisen Direktkandidaten aufstellen konnte, haben die "Patrioten" eine landesweite Kandidatur erreicht. Sie machen mit Ständen, Plakaten und Lautsprecherrundfahrten erhebliche Propagandaanstrengungen, wobei ihre Schwerpunkte im Antikommunismus, Hetze gegen eine "rot-grüne Koalition" und für die wirtschaftliche und militärische Expansion des BRD-Imperialismus liegen. Ihre Wahlbeteiligung wird ein Test sein für verstärktes bundesweites Auftreten.

Die Weissen

Im wesentlichen in ländlichen Wahlkreisen kandidieren "die Weissen", die sich als national-ökologische Partei darstellen. Sie haben sich im Angriff auf die GRÜNEN gebildet, mit deren Geschichte sie einiges verbindet. Der

Landesvorsitzende Beddermann (gerade zum Leiter eines Referats im Landwirtschaftsministerium befördert) war in der Herausbildung der Grünen-Partei ebenso wie sein jetziger Förderer Gruhl eine Kraft, die eine Abgrenzung zur Reaktion verhindern wollte. Nach dem Scheitern an verschiedenen Punkten versucht jetzt diese Neugründung, einen FdGO-Ökologismus auf Werten wie nationale Selbstbestimmung, gegen "Hamstermentalität" – für "echte Solidargemeinschaft", Stärkung der Familie, Mittelstandsförderung und "Lebensschutzpolitik" (gegen Umweltzerstörung) zu verankern. Dabei legen sie Gewicht auf das Ansprechen der alten Mittelklassen. Im Vordergrund stehen ihre nationalistischen Positionen, wofür bekannte Nationalrevolutionäre in der Führung der Weißen tätig sind. Landesvorstandsmitglied Prof. Buchwald (ehemaliger Landesvorsitzender

des BUND) publiziert z.B. in der nationalrevolutionären Zeitschrift "Die neue Zeit"; Udo Reinhardt, stellv. Kreisvorsitzender in Hannover, zeichnete 1977 presserechtlich verantwortlich für das Programm der Nationalrevolutionären Aufbauorganisation (NRAO) und war wegen seiner Auffassungen bei den Grünen ausgeschlossen worden.

Das Programm der "Weissen" ruft dazu auf, sich "in den beiden deutschen Staaten nicht weiter als Schachfiguren internationaler Ränkespiele mißbrauchen" zu lassen, und fordert die Bildung einer "Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten als Zwischenstufe zur Bildung eines deutschen Bundesstaates". Ein "Friedensvertrag soll das besiegeln und u.a. "das Ausscheiden beider deutschen Staaten aus den Pakten" regeln. – (ard, thr)

Programm der "Patrioten für Deutschland"

Neben CDU, SPD, FDP und Grünen kandidieren bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 15. Juni nur noch die "Patrioten für Deutschland" in allen Wahlkreisen. Dies zeigt, daß diese von der EAP initiierte reaktionäre Sammlung doch einigen Zulauf hat und bisher relativ unbehelligt ihre Politik entwickeln konnte. Jedenfalls ist nicht bekannt, daß irgendwo in den Wahlausschüssen öffentlich Anstoß an ihrem Programm genommen worden wäre.

Das Programm der "Patrioten für Deutschland" wendet sich gegen die "Aufgabe der festen Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, wie Neutralisten und 'Nationalrevolutionäre' aller Couleur es anstreben." (Programm S.10) Damit stellen die "Patrioten für Deutschland" sich selbst in die Diskussion unter den verschiedenen faschistischen Kräften. Sie wollen faschistische Ziele durch feste Westenbindung und offene Kriegsvorbereitung verwirklichen. Sie stellen sich nicht gegen die CDU, sondern gegen die "Moskau-Fraktionen" in Parteien und gegen die "Genscheristen", die eine "Große Koalition der Trilateralen" (Aufruf) vorbereiten und die "das Messer gegen Kohl wetzen".

Im "Verfassungsauftrag Wiedervereinigung" (S. 11) sind sie mit der CDU einig. Dieser wird offen chauvinistisch begründet.

Die "östliche Zivilisation", ganz gleich ob "Sowjetregime" oder "Russisch-Orthodoxe Kirche", kenne keine "persönliche Freiheit des Individuums". "Deshalb ist Europa kein 'gemeinsames Haus', sondern getrennt durch zwei fundamental entgegengesetzte Kulturen." (S. 5) Sie

schlußfolgern: "Unter den gegenwärtigen strategischen Bedingungen wären die existierenden Grenzen nur durch einen Zusammenbruch des Sowjetregimes zu verändern." Wer Gebietsansprüche aufgibt, "verläßt die Prinzipien des humanistischen Naturrechts". (S. 10) Mit dem "humanistischen Naturrecht" lassen sich im Namen der "westlichen Kultur" sehr weit gesteckte Gebietsansprüche stellen. Auf die Grenzen von 1937 möchten sie sich nicht einengen lassen. (S. 11) Mehr noch: "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen", hieß es früher. Die Patrioten formulieren es so: "Die Identität der Nation ist bestimmt durch ... (die) souveräne Definition des Staatszieles: die Aufgabe der Nation in der Welt" (S. 11), und sie beklagen, daß das subjektive Bewußtsein keineswegs dem "Volk der Dichter und Denker" entspricht. (S. 11)

Einbindung in den Westen bedeutet für die "Patrioten": Nicht nur Beteiligung, sondern Anheizen und Ausnutzen des "Technologievorsprungs" bei SDI (S. 9), Ausbau der "konventionellen Kampfkraft", "Befreiung" von "nach dem Krieg verhängten Forschungsverböten", insbesondere "eigene Trägerraketen" (S. 17) und eine Blitzkriegsstrategie der NATO. (S. 9)

Um die Ressourcen für den Waffenangriff schnell zu konzentrieren, wird gegen die "liberalistische Wirtschaftslehre" polemisiert und werden bei der alten Nazi-Demagogie vom "raffenden" und "schaffenden" Kapital Anleihen gemacht. Unter dem Vorwand, gegen Spekulationsgewinne vorzugehen, wird im Inneren eine grundlegende Unterscheidung zwischen investiven und nicht investiven Krediten (S. 13) und eine drastische Erhöhung des Forschungsetats (S. 17) gefordert. Die Länder der Dritten Welt sollen bei Reduzierung auf 2%

Zinsen zum Tummelplatz hemmungsloser Kapitalexperte werden, was die "Patrioten" "neue Weltwirtschaftsordnung" nennen. (S. 12/13) Das Ganze soll unter dem Stichwort "Exportoffensive" gegen "Quotendiktatur" (S.4) insbesondere Bauern und die wissenschaftliche Intelligenz ködern.

Zur Durchsetzung dieses Programms vertreten die "Patrioten für Deutschland":

1. blanken Rassismus: Der "biologische Untergang" drohe, da die Afrikaner die westlichen Industriestaaten mit AIDS anstecken (S. 4), "solchen ausländischen Arbeitnehmern, die tatsächlich bereit sind, die politischen, geistigen und kulturellen Normen der Deutschen zu akzeptieren, (soll) die Assimilierung ... so leicht wie möglich" gemacht werden. (S. 25).

2. die Ideologie der "Volksgemeinschaft": Die Expansionsschlacht soll "ein verbindendes Ziel" für "gemeinsame Anstrengungen von Unternehmern und Arbeitnehmern" abgeben, welches "über die Sorge um den privaten Lebensstandard hinausweist" (S. 13) Ohne solche "verbindende Orientierung" käme es zu "klassenkämpferischen Ideologien". (S. 13) Die Gewerkschaften bleiben bei "konstruktiver Mitarbeit" "unange-tastet". (S. 24)

3. Die "Patrioten" streben nicht nur eine gewaltige Verschärfung des Unterdrückungsapparates an (S. 19), sondern ein "republikanisches Repräsentativsystem", indem "Repräsentanten dieser verschiedenen Interessengruppen (Unternehmer, Industriearbeiter, Landwirtschaft, Mittelstand, Handwerk, Einzelhandel, Vertriebe, Eltern ...) direkt als Fürsprecher und Garanten dieser Politik gewählt werden." (S. 7)

C. Freudenberg: 4,3 % Tarifierhöhung

Weinheim. Die Gewerkschaft Leder hat zum 1.5. mit CFW weiter vereinbart: 25 DM mehr für Azubi. 4,3 % ergeben durchschnittlich 127 DM – zwischen 82 und 195 DM. Gefordert waren 6,5 %. Heftig kritisierte der stv. Gewerkschaftsvorsitzende vor den VL die überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen. Durch "die technische Entwicklung" würde einfache Arbeit ohnehin aussterben. Dort "angelegtes (Lohn-) Geld" sei also verloren. Ca. 1/3 der Belegschaft liegt tariflich unter 2500 DM, in der Produktion weit über 50%. – (bef)

Tarifabschluß beim NDR

Hamburg. Zwischen der DGB-Gewerkschaft Rundfunk-, Film- und Fernseh-Union (RFFU), der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG), dem Deutschen Journalistenverband (DJV) und der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) auf der einen Seite und dem Norddeutschen Rundfunk auf der anderen Seite hat es folgenden Tarifabschluß für die 3800 NDR-Mitarbeiter gegeben: In den drei obersten Tarifgruppen erhalten

Stuttgart. 144800 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende waren nach Angaben der IG Metall in Baden-Württemberg innerhalb von 8 Tagen im Warnstreik. Wie bei Bosch in Feuerbach (Bild) wurden Kundengebungen in und vor dem Werksgelände für die Forderung von 150 DM, mind. 7% und 65 DM für Auszubildende durchgeführt. Der Druck war so stark, daß die Große Tarifkommission erst dann zustimmen konnte, als in den anderen Tarifgebieten das Verhandlungsergebnis übernommen war. – (ros)

die Beschäftigten 3,3%, in den zehn unteren Tarifgruppen 3,7% mehr Lohn. In vier Tarifgruppen wird das Urlaubsgeld um 150 DM angehoben, der sogenannte Familienzuschlag soll um 8,6% steigen. Protestaktionen von mehr als 100 NDR-Mitarbeitern begleiteten die sechste Verhandlungsrunde. Die Gewerkschaften und Verbände hatten mit Streik gedroht, wenn das Angebot des Norddeutschen Rundfunks von 3,6% nicht erhöht würde. Es wäre der erste Streik in der 40jährigen Geschichte des Norddeutschen Rundfunks gewesen. (Hamburger Abendblatt vom 15.5.1986 – hao)



Daimler-Benz: Jagd auf Kranke

Mannheim. Die Werkleitung von Mannheim greift zu gezielten Maßnahmen um den Krankenstand zu senken. In einigen Abteilungen wurden Arbeiter nacheinander den ganzen Tag zum Meisterbüro gerufen, wo auch ein Vertreter der Personalabteilung anwesend war. Den Arbeitern wurde vorgeworfen, überdurchschnittlich krank zu sein. Die Personalabteilung wandte sich zwecks Unterstützung ihrer Maßnahmen an die Meister. Sie verschickte zur Zeit Drohbriefe an viele Arbeiter. Der Betriebsrat hat bisher gegen diese Einschüchterungen offiziell nichts unternommen. – (scr)

Erfolg im Kampf um Tarifrrechte

Braunschweig. Die "Welt der Arbeit" berichtete am 17.4.86 über die Anerkennung des Tarifvertrages beim Toshiba-Halbleiterwerk – ein sogenannter "High-Tech"-Betrieb: "Nach im Herbst vergangenen Jahres hatten die Japaner versucht, sich ... vor der Tarifbindung zu drücken: Jeder ... sollte unterschreiben, daß er mit den Toshiba-Regelungen zufrieden sei." Nach einer Betriebsversammlung und Flugblattaktion des Betriebsrates "mußte die Geschäftsleitung zugeben, daß sich über 90% ... für Tarifbindung ausgesprochen hätten." Die Toshiba trat ihrem Metallverband bei und erkennt somit die Tarifverträge an. Vor allem bei den Überstunden und Schichtregelungen hatte die reichlich wirt-

schaftsgeförderte Toshiba den Tarifvertrag unterlaufen. Allerdings, Dreischicht wurde jetzt durch Wechselschicht und eine 32,5 Stunden-Dauernachtschicht für 15 Beschäftigte ersetzt – letzteres ist das Haar in der Suppe. – (wma)

AFG-Protest: Kündigung abgewiesen

Köln. Der Deutsche Ärzte-Verlag kam mit seiner beantragten Zustimmung zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes vor Gericht erneut nicht durch. Wegen der Teilnahme an einer DGB-Protestkundgebung gegen die Änderung des Paragraphen des Arbeitsförderungsgesetzes am 6. März will die Geschäftsleitung drei Betriebsratsmitglieder entlassen. Bereits im April hatte das Kölner Arbeitsgericht die beantragte Kündigung eines anderen Betriebsratsmitgliedes abgelehnt. Am 10.6. wird die dritte Kündigung vom Gericht behandelt. (Quelle: Welt der Arbeit, 22.5.1986) – (gba)

Protestaktion gegen Nichtübernahme

Westberlin. Jugendvertreter und Auszubildende der DPG Berlin protestierten am 13.5.86 gegen die Nichtübernahme von 81 Fernmeldehandwerkern, Kfz-Mechanikern und Elektromechanikern nach der Ausbildung. Der Bezirksvorsitzende Lindenau verurteilte das Vorgehen des Bundespostministeriums, das die Azubis vor die Alternative stellt, entweder einen Arbeitsplatz in der BRD anzunehmen oder arbeitslos zu werden. – (har)



Chile: Am 20.5.1986 hatte das "Nationale Kommando der Werktätigen" (CNT) zu einer Demonstration in der Hauptstadt Santiago aufgerufen, um gegen die seit drei Wochen anhaltenden Terror-Razzien des Regimes in den Arbeiterbezirken Santiagos und der Umgebung zu protestieren. Die Regimetruppen hatten in den Vierteln Haus für Haus durchkämmt. Gegen den Protestmarsch setzte das Regime Soldaten und Polizei ein, die mit Schußwaffen, Tränengas und Wasserwerfen den Protestmarsch angriffen. Bild: Journalistendemonstration am 14.5. gegen die Behinderung von Reportern, die über die Terroraktionen gegen die Arbeiter berichten wollten. – (gba)

Bankenaktionstag

Angriffe auf BRD-Bankkapital Stütze des Südafrika-Regimes

Frankfurt. Der Anlaß, den Bankenaktionstag auf den 16. Mai zu legen, ist die Hauptversammlung der Dresdner Bank AG an diesem Tag in Köln. Von tumultartigen Szenen begleitet wurden die Reden von 'Kritischen Aktionären', z.B. des Publizisten H. Pacht, der Europa-Abgeordneten B. Simons (SPD), der Theologie-Professorin L. Schottroff, des Schauspielers J. Bierbichler und H. Paschlaus sowie I. Wicks (Anti-Apartheid-Bewegung), wurden niedergelacht oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden H. Haeusgen unterbrochen. I. Wicks verlas die Rede des DGB-Kreisvorsitzenden von Ingolstadt, H. Büttner.

Für den Vorstand antwortete W. Röller, die Geschäfte in Südafrika gingen unvermindert weiter. Die größte britische Bank, 'Barclay's', hätte sich zwar aus Südafrika zurückgezogen, "aber das ist nicht unsere Politik".

Rund 30 000 Menschen demonstrierten in 80 Städten der BRD gegen die Geschäfte bundesdeutscher Banken mit Südafrika am 15. und 16. Mai. Sie forderten einen sofortigen Vergabe-Stopp von Krediten und Anleihen nach Südafrika und den Boykott von Krüger-Goldmünzen. Auch in New York und 20 anderen Städten der USA, vor den Filialen westdeutscher Banken in Luxemburg, Genf, Zürich, Wien und London wurde demonstriert.

München. Tausende ziehen durch die Straßen mit einem lebensgroßen 'goldenen Kalb', das von 'Geschäftsleuten' und 'Politikern' angebetet wird. Auf einer rollenden Bühne führen Schauspieler des Münchener Residenztheaters ein Stück gegen Apartheid auf.

Stuttgart. Demonstriert wird unter dem Motto 'Lieber das Geld zum Fenster rauswerfen', als es den Banken für Apartheid-Geschäfte geben. Von Kundgebungsteilnehmern wird ein überdimensionales Fenster aufgebaut, durch das Münzen auf den Asphalt geworfen werden. Eine Veranstaltung findet am Abend statt.

Aachen. 300 Menschen beschloßen, ihre Konten für Großbanken zu kündigen.

Pirmasens. Demonstranten schminken sich als Schwarze und fesseln sich mit dem "Grünen Band der Sympathie" aneinander.



Ca. 50 Mitglieder des Hamburger Bündnisses gegen Apartheid verteilten am 15.5.86 vor dem Eingang der Dresdner Bank am Jungfernstieg Flugblätter gegen das Kredit- und Anleihegeschäft mit Südafrika. Die Kunden wurden aufgefordert, ihre Konten bei der Dresdner Bank zu kündigen.

Bad Laasphe. Die "Menschenrechte" werden in einem Sarg von Demonstrationsteilnehmern zu Grabe getragen.

Frankfurt. Von der Katharinenkirche aus ziehen ca. 60 bis 100 Leute los. Demonstriert wird zur Dresdner Bank-Filiale, vorbei an der Commerzbank und Deutschen Bank, vor der eine Anklagerede gehalten wird, zum Ponto-Platz. Dort wird in einer Rede ein Überblick über die Geschichte Afrikas gegeben und der Forderung 'Kein Geld für Apartheid' Nachdruck verliehen. Die Forderung ist auch auf dem Boden vor den Banken zu lesen. Alle Banken, an denen der Demonstrationzug vorbeigeht, sind verschlossen. Eine Pantomimegruppe nimmt an der Demonstration teil, die die Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika darstellt. Auf einer Veranstaltung spricht M. Matutu (ANC). Hauptsächlich werden die Geschäfte der westdeutschen Banken mit dem Südafrika-Regime (wichtigster Handelspartner sei das weiße Militär) dargestellt und das Argument entkräftet, daß ein Warenboykott auch den Schwarzen schade.

Köln. Am 15. Mai protestierten etwa 100 Leute vor ca. zehn Bankfilialen in Köln, darunter Filialen der Dresdner Bank und der Kölner Stadtparkasse, Aktionen gegen Kredit- und Goldgeschäfte der Banken mit Südafrika. Zu den Aktionen hatten aufgerufen: das Kölner Südafrika-Komitee, das Forum Kölner Christen gegen Apartheid, die Kölner Jungsozialisten, die Kölner Jungdemokraten, die Grünen im Rat der Stadt Köln, Pax Christi Köln, der Arbeitskreis "Kein Geld für Apartheid", die AAB Bonn. Am Abend des 15. Mai beteiligten sich etwa 400 an einer Veranstaltung "Kein Geld für Apartheid", auf der u.a. Vertreter der Grünen im Kölner Rat, der Bankkontenkündigungskampagne, der holländischen Boykott-Aktionseinheit sprachen. Am 16. Mai protestierten etwa 50 Demonstranten vor der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank gegen die Südafrikageschäfte der Dresdner Bank. Anschließend fand eine Demonstration mit ca. 150 Teilnehmern zu verschiedenen Banken statt, den Banken wurden Protestschreiben von Kontoinhabern überreicht. Die Kölner Stadtparkasse hatte ihre Hauptfiliale verschlossen. Die Sparkassenleitung hatte in Vorbereitung auf den Bankentag schon seit sechs Wochen keine Schließfächer und Fächer für Kontoauszüge mehr vermietet. Bei den Aktionen am Donnerstag hatte sie ein großes Polizeiaufgebot angefordert.

(Quellen: Presseinformationen des Arbeitskreises "KEIN GELD FÜR APARTHEID", c/o Ursula Eppele, Siegesstr.9, 8 000 München 40 - rst)



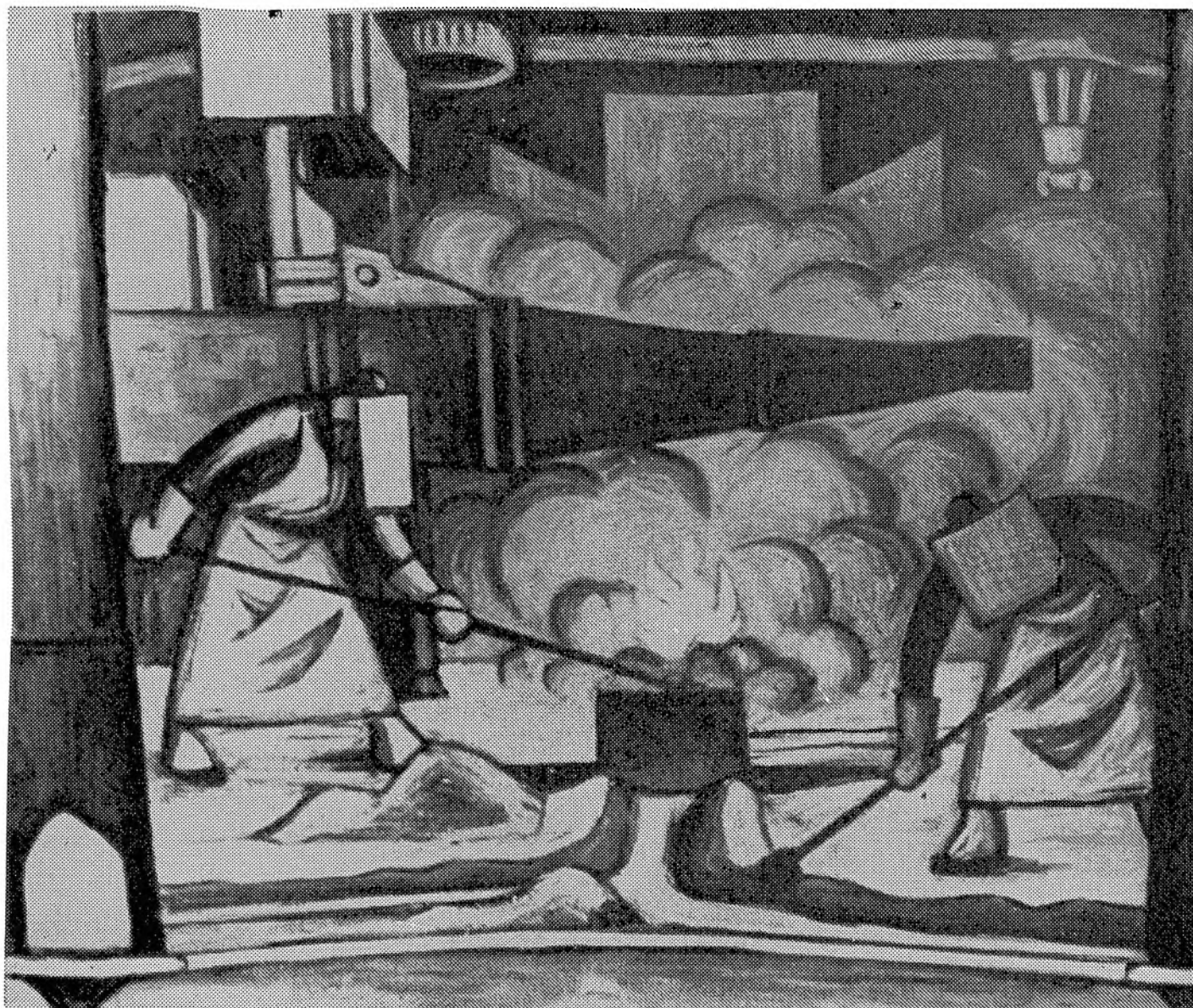
Am 16. Mai demonstrierten ca. 150 Teilnehmer in Köln gegen die Kreditierung des südafrikanischen Rassistenregimes durch westdeutsche Banken. An verschiedenen Banken wurden Briefe gegen die Kreditgeschäfte der Banken übergeben.

Engagierte Kunst

Albert Heinzinger: Ein bedeutender Darsteller der Arbeitswelt

Am 5. Juli 1911 in Kempten/Allgäu geboren, arbeitete der spätere Chemigraph bis 1945 in München. 1938–41 im KZ Papenburger Moor. 1946–47 Studium an der Akademie der

Bildenden Künste München. Seitdem ist er als freischaffender Künstler tätig sowie als Vorsitzender des Schutzverbandes Bildender Künstler München, Mitglied der Neuen Münchener Künstlergenossenschaft und Leiter der Gruppe Neuer Realismus. Durch die Konzentration seiner Arbeit auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen erreichte er starkes Interesse der Gewerkschaftspresse. Anlässlich seines 75. Geburtstages veranstaltet die Neue Münchner Galerie – Kaulbachstraße 75/1 – ab dem 25. Juni eine Werkschau. – (noh)



Hochofenabstich, 1967, 120/100, Öl

Dieses Bild "Hochofenabstich" war 1976 Teil der Ausstellung "Arbeiter in der Kunst", die die IG Metall anlässlich des 25jährigen Bestehens ihres Bildungszentrums in Loehr ausrichtete. Die kunstwissenschaftliche Betreuung übernahm Dr. Gabriele Sprigath, die ihre dadurch gewonnenen Erfahrungen in dem Buch "Bilder anschauen, den eigenen Augen trauen – Bildergespräche" veröffentlicht hat (1986, Jonas-Verlag für Kunst und Literatur, Rosenstr. 12/13, 3550 Marburg). Oswald Todtenberg, Leiter der Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand, hebt in seinem Geleitwort die Bedeutung dieser Arbeit für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Kulturarbeit hervor. Die folgenden Zitate sollen einen kurzen Eindruck der Reaktionen vermitteln, die der "Hochofenabstich" bei den betrachtenden Betriebsräten hervorrief:

" – Darf ich mal als jemand, der so'n bißchen das Hochofengebiet kennt . . ., das ist von einem Laien, der noch nie 'nen Hochofen gesehen hat.
 – Ganz schön beschaulich, was?
 – Jetzt weiß ich ja nicht, ich hab ja von Kunst keine Ahnung – solln das da hinten Qualmwolken sein? Daß man den Ofen nicht mehr sieht. Ich weiß es nicht. Das wird nämlich da so hell, wenn der Abstich kommt, was meinst du wie hell

das da ist!

– Also schützen müssen die sich ja. Das ist ja gut ausgedrückt, daß die da Gesichtsmasken tragen . . .

– Das sind doch wahrscheinlich Schwerarbeiter . . .

– Meiner Meinung nach will der Künstler hier zum Ausdruck bringen, wie verschieden die Arbeitswelten sind. Hier braucht man kein Fachmann, kein Kenner zu sein, um festzustellen, daß es sich hier um eine Gießerei, um einen

Anstich oder Abstich, egal, ich habs jetzt als Laie gesagt, geht. Sehen tut man auf jedem Fall die zwei Arbeiter, unter welchen Umständen – an der Schutzkleidung sichtbar – diese Leute hier malochen.

- Anonymität ...
- Charakter, Gesichtsausdruck, Sinnesäußerungen, – überhaupt nicht gefragt.

- Also für mich als Laie würde ich sagen, so könnte ich mir das vorstellen.

- Auf die Hitze ist noch keiner zu sprechen gekommen. Was meinst, was da für ne Hitze is.

- ... Also wenn man mal davon absieht, daß das nicht ganz naturgerecht ist, das wird wohl auch nie so sein; dafür malt er ja auch, daß er vielleicht was überbewertet, was er eigentlich will. Und für mich geht daraus hervor, daß der Mann, der da steht, eine sehr schwere Arbeit hat, und danach auch eine Schutzkleidung trägt, und man daraus auch erkennen kann, daß da Hitze ist und Staub.

- Vielleicht will er die Anonymität vom einzelnen Arbeiter dadurch ausdrücken. Wenn man das genau anschaut, vom Kopf sieht man eigentlich nicht viel, den hat er ziemlich klein gehalten, im Gegensatz zum Körper. Den Schutzschild wieder groß, so daß der Mann dahinter in der Anonymität verschwindet.

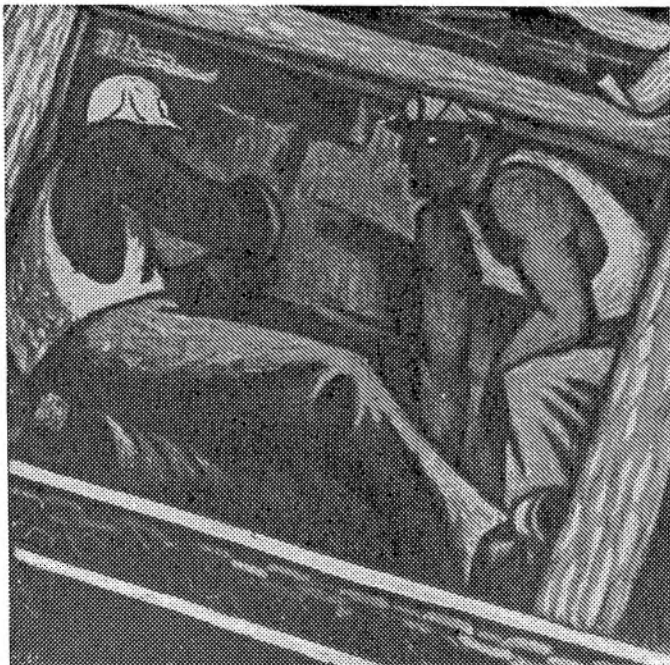
- Ein Rädchen im Betrieb – nicht?

- In den Dimensionen ist doch der Werker verhältnismäßig groß abgebildet gegenüber der Technik, für mich ist erstmal der optische Eindruck, daß der hier im Mittelpunkt steht. Trotzdem sind die Konturen so verwischt, daß man gar nicht den Menschen sehen kann. Der steht zwar im Mittelpunkt, spielt aber offensichtlich trotzdem keine Rolle, und stochert da in seinem Ofen, in seinem Eisen rum. Auch die Umgebung tritt eigentlich zurück von der Darstellung der Person, die gar nicht konkret zu fassen ist ... Das Gesicht ist gar nicht da ... man kann höchstens ahnen, daß sich dahinter 'n Mensch verbirgt ... der tritt also einmal direkt in den Vordergrund, und wenn man genauer hinschaut, dann auch gleich wieder in den Hintergrund. Insofern könnte man sagen, daß der Mensch als derjenige, der arbeitet, im Vordergrund steht, aber bedeutungslos ist.

- Wenn der ausdrücken wollte, daß der Mensch als Arbeitskraft voll gebraucht wird in der Arbeitswelt, dann sagt mir das Bild schon etwas.

- Ja, dann betrachte doch mal die Schürze ... da waren wohl vorher Lehrlinge, die haben geputzt.

- Ja, wollte ich auch gerade sagen. Normalerweise liegt da noch überall zehn Zentimeter Sinterstaub rum ...



Vor Ort, 1962, 100/115, Öl

Ermittlungen gegen die I.G. Farben

Untersuchung der Kriegsinteressen des Chemiemonopols

Der erst jetzt in deutscher Sprache erschienene Bericht "Ermittlungen gegen die I.G. Farben" stammt aus dem Jahr 1945. Er wurde von der Finanzabteilung der 'Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland' erstellt. Bei der Vorlage des Berichtes vor einem Ausschuß des US-Senats kommt der leitende Ermittlungsoffizier Bernstein zu dem abschließenden Satz:

"Wenn die Politik der Alliierten das Ziel verfolgt, daß 'Deutschland nie wieder seine Nachbarn und den Frieden in der Welt bedrohen kann', dann muß die I.G. Farben mit ihren Möglichkeiten zur Rüstungsproduktion zerstört werden."

Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt der Untersuchungsausschuß Bernsteins bereits aufgelöst, verfolgten die USA längst nicht mehr das Ziel der Schwächung und Zersplitterung der westdeutschen Bourgeoisie, sondern ihre Reorganisation als Speerspitze gegen den Sowjetunion. Nur wenig später erfolgte die Aufteilung des Mammutkonzerns I.G. Farben – 87% der Produktionskapazität waren im Krieg nicht zerstört worden – in die drei wesentlichen Bestandteile BASF AG, BAYER AG und HOECHST AG.

Der vorliegende Bericht – erstellt auf Grundlage von beschlagnahmten Akten der I.G.-Zentrale in Frankfurt sowie Aussagen führender I.G.-Betriebsführer – hat dennoch mehr als nur historische Bedeutung: Die zahlreichen Passagen über die Rolle der I.G. bei der Vorbereitung des Krieges, seiner Führung und den Überlegungen für eine "Neuordnung Europas" nach dem Endsieg geben dem interessierten Leser umfangreiches Material darüber an die Hand, welche materiellen Interessen die Grundlage für den Expansionskrieg des Deutschen Reiches waren und wie sie befriedigt wurden.

Die Vorbereitungen der I.G. auf den geplanten Eroberungsfeldzug waren vielfältig. Schon früh unterstützte die I.G. die NSDAP: 1931 und 1932 wurden jeweils etwa 400000 Reichsmark gespendet; 1933 wurde eine Reihe von Sonderzahlungen getätigt, von da an erfolgten regelmäßige Beiträge. Daneben aber weist der Bericht eine Reihe von Geheimzahlungen in Höhe von 4,3 Mio. RM aus, von denen 3,0 Mio. RM in den Jahren 1932–34 erfolgten.

Unmittelbar 1933 begann die I.G. ein riesiges Investitionsprogramm, das bis 1944 4,25 Mio. Reichsmark umfaßte. Ohne die Entwicklung und Produktion von synthetischem Kautschuk und synthetischem Benzin wäre die Kriegsführung auf längere Sicht nicht möglich gewesen. Die Koordination dieser Seite der Kriegsvorbereitungen wurde von Dr. Carl Krauch, dem Aufsichtsratsvorsitzenden, übernommen, der als 'Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung' des Deutschen Reiches regelmäßig an Göring berichtete.

Ein umfangreiches Kapitel widmen die US-Fahnder der schon 1934 begonnenen Tarnung des Vermögens der I.G. Farben v.a. in den USA und in Lateinamerika. Über Schweizer Banken, Strohmänner, Treuhandverträge usw. sollten die I.G.-Beteiligungen und -Patente vor einer Beschlagnahme geschützt werden. 1940 berichtet der I.G.-Vorstand dem Reichswirtschaftsministerium:

"... als die Gefahr eines neuen Konfliktes immer deutlicher in Erscheinung trat, haben wir uns bemüht, die von uns getroffenen Tarnungsmaßnahmen insbesondere in den gefährdeten Ländern so zu verfeinern, daß sie nach Möglichkeit auch kriegerischen Verwicklungen gegenüber stand-

hielten ..."

Im Krieg stieg der Umsatz der I.G. von 786 Mio. RM 1936 auf 3 116 Mio. RM 1943; gleichzeitig verbuchten allein die deutschen I.G.-Tochtergesellschaften eine weitere Milliarde. Eine ausführliche Zusammenstellung der Autoren im Kapitel "Erwerb durch Eroberung" belegt die unmittelbare Einbeziehung der Chemiefabriken der überfallenen Staaten in die deutsche Kriegsproduktion und die Verfügung der I.G. Farben.

Schon zu diesem Zeitpunkt (etwa 1940/41) schmiedete die I.G. Pläne, wie auf der Basis einer "strikten Kontrolle über die ganze Chemieindustrie Europas" (Schnitzler) der Schlag gegen den größten Konkurrenten, die USA, geführt werden könnte – auch ein Gesichtspunkt, zu dem das Buch noch heute nützliches Material liefert.

Quellenhinweis: OMGUS, Ermittlungen gegen die I.G. Farben; Hrsg. Hans Magnus Enzensberger; verlegt bei Franz Gerno, Nördlingen 1986, 24,00 DM. – (sth)

"Vertreibungsverluste"

Massenmord an "Vertriebenen?" Revanchistische Propaganda

Das am 2. August 1945 verkündete "Potsdamer Abkommen" beendete die jahrhundertelange Kolonisierung polnischer Gebiete, legte die polnische Westgrenze fest, beschloß die Unterstellung der ehemaligen deutschen Ostprovinzen unter polnische Verwaltung und verfügte die "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung oder ihrer in Polen verbliebenen Elemente nach Deutschland". Aus ganz Polen wurden vom Februar 1946 bis 1948 2 213 626 Deutsche unter Kontrolle des Deutschen Roten Kreuzes und britischer Militärs ausgesiedelt. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung war vorher vor den Truppen der Roten Armee geflohen oder von den faschistischen Behörden evakuiert bzw. in nicht organisierten Aktionen unmittelbar nach Kriegsende ausgesiedelt worden. (1)

Damit wurden die seit 1939 vom Deutschen Reich begonnenen Massenumsiedlungen, während derer ca. 4,6 Mio. Polen flohen, umgesiedelt oder verschleppt und durch ca. 2,517 Mio. Reichs- oder Auslandsdeutsche verdrängt wurden, beendet. (2) Zugleich sollte verhindert werden, daß sich jemals solche undenkbar Verbrechen, wie sie das Deutsche Reich an der polnischen Bevölkerung beging – sechs Millionen ließen ihr Leben –, wiederholen würden.

Doch bereits 1953 forderte der Deutsche Bundestag in einer Entschliebung eine Erhebung, die "eine Klärung des Schicksals der Vertriebenen, insbesondere eine Feststellung der deutschen Vertreibungsverluste, ermöglicht". Die Zielsetzung dieser "Erhebung" ist damit klar bestimmt: Es geht weder darum, die faschistischen Verbrechen an der Bevölkerung Polens, noch die faschistischen Verbrechen an der deutschen Bevölkerung zu erheben, sondern darum, alle Opfer des faschistischen Raubkrieges zu "Vertreibungsverlusten" von Deutschen zu erklären. 1958 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine entsprechende Zusammenstellung. Die Verfasser der "Vertreibungsverluste" bedienen sich der Methode der "Bevölkerungsbilanz". Für die ehemaligen "Ostprovinzen" sieht dies so aus: Der Wohnbevölkerung vom Mai 1939 wird die natürliche Zunahme (durch Geburtenüberschuß) bis Kriegsende hinzugefügt. Davon werden Wehrmachtsterbefälle und Luftkriegstote der Zivilbevölkerung abgezogen. Dies ergibt die "de jure" Bevölkerung bei Kriegsende, von 9 289 700. Dieser Zahl wird die Zahl der "Vertriebenen" vom September 1950 gegenübergestellt. Davon abgezogen: deren Geburtenüberschuß ab Ende 45, die "zurückgehaltene und zurückge-

bliebene deutsche Bevölkerung in den polnischen Westgebieten", Kriegsgefangene, "Internierte" (d.h. Kriegsverbrecher) und Vermißte, ergibt 7 951 000 "geklärte Fälle". Die 1 338 700 "ungeklärten Fälle", d.h. die Differenz zwischen "geklärten Fällen" und der "de jure" Bevölkerung gelten als "Vertreibungsverluste". Entsprechend oder ähnlich werden die "Vertreibungsverluste" von 886 300 in den restlichen osteuropäischen Ländern produziert. (3) Jede einzelne der in diese Rechnung eingehende Zahlen ist entweder eine mit großen Fehlermöglichkeiten behaftete Schätzung oder direkt gefälscht. So ist es auch kein Wunder, daß amtliche oder offiziöse westdeutsche Angaben über die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung in den ehemaligen Ostprovinzen weit auseinanderklaffen, von 0,8 Mio. über 1,35 Mio. bis zu 3,2 Mio. (4) Die Methode der "Vertreibungsverluste" besteht darin, einerseits die Zahl der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen Ostprovinzen zu Beginn des Krieges so hoch wie möglich zu schrauben, aber andererseits die Opfer der faschistischen Verbrechen zu verschweigen. Es ergeben sich dann "Vertreibungsverluste" von insgesamt ca. 2,2 Mio., die der Anti-Hitler-Koalition angelastet werden, und zugleich verbleibt, statistisch gesehen, in Polen und anderen osteuropäischen Staaten eine deutsche Minderheit von nennenswertem Umfang: In (Nachkriegs-)Polen sollen es 1,536 Mio., im übrigen Ausland 1,017 Mio. Deutsche sein. Diese Angaben werden heute vielen Veröffentlichungen zugrundegelegt.

In den "Ostprovinzen" wird die ursprüngliche, polnische (autochthone) Bevölkerung (ca. 1 Million) eingedeutscht, indem die Zahlen der Terrorvolkszählung von 1939 zugrundegelegt werden (vgl. Politische Berichte, 17/85). Diese entsprechen etwa der Zahl der "zurückgehaltenen" Deutschen. Nur vorübergehend ansässige Reichsarbeitsdienstleute und Wehrmachtsangehörige, ca. 70 000, gelten als "Vertriebene". Das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschuß von 1939–50 wird mit 346 000 angesetzt, wobei im Gegensatz zu vielen anderen – auch westdeutschen – Quellen noch Bevölkerungswachstum ab 2. Hj. 1944 angenommen wird. Es ist vermutlich um ca. 250 000 zu hoch angesetzt.

In den "Ostprovinzen" wurden ca. 40 000 Juden, Antifaschisten und Kranke ermordet: Vertreibungsverluste. Die Zahl der Wehrmachtstoten in den "Ostprovinzen" wird mit ca. 660 000 geschätzt auf Grund einer zu niedrig angesetzten Gesamtzahl von ca. 3,76 Mio. Tatsächlich beträgt sie ca. 800 000. Für die zivilen Kriegsoffer berücksichtigen die "Vertreibungsverluste" lediglich 11 500 Luftkriegstote. Die etwa 550 000 Zivilopfer, die während der heftigen Erdkämpfe gerade in diesen Gebieten in den letzten Kriegsmontaten zu beklagen waren, werden einfach nicht berücksichtigt. (6) Eine nur vorsichtige Korrektur einiger weniger



Männer von Breslau!

Unsere Gauleiterstadt Breslau ist zur Festung erklärt worden. Die Sicherung der Stadt von Frauen und Kindern soll und wird sichergestellt sein. Ich habe den Gauinspektor (2) Vollmacht erteilt, die Durchführung dieser Aktion zu beauftragen. Für die Befreiung der Frauen und Kinder wird gesorgt, wie möglich ist.

Unter Aufhebung der Wehrpflicht ist es, alles zu tun, was die Unterstellung der Kampfmännertruppe erfordert.

Ich rufe die Männer Breslaus auf, sich in die Verteidigungsfront unserer Festung Breslau einzureihen! Die Festung wird bis zum Äußersten verteidigt.

Wie die Waffe nicht führen kann, hat in den Versammlungsbereichen, bei Nachschub, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mit allen Kräften zu helfen. Mächtigste Unterstützung der Festung, die von der Gauinspektion geleitet wird, ist die Pflicht der Männer, die die Festung bis zum Äußersten verteidigen.

Breslau, den 21. Januar 1945.

Hanke

Auftrag des Gauleiters Hanke an die Kreisleiter von Breslau (Breslau) – Pflichten

Aufruf des Gauleiter Hanke, 1945

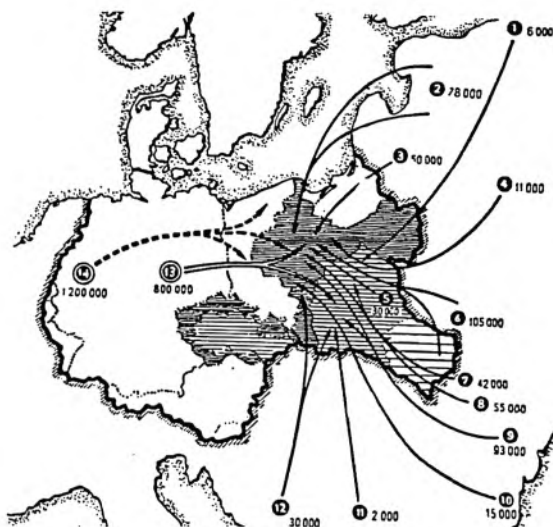
Posten vermindert die "Vertreibungsverluste" in den ehemaligen Ostprovinzen um ca. eine Million und läßt die angebliche deutsche Minderheit verschwinden. Ähnliches gilt auch für das restliche Polen.

Naziterror in Wroclaw

Die wirklichen Verhältnisse werden sich nur schwer rekonstruieren lassen. Die Schilderung der Umstände der Belagerung und Kapitulation Wroclaws wirft aber ein Licht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Anfang 1945 brach die Rote Armee auf breiter Front durch. Wroclaw wurde wie manche andere Stadt zur Festung erklärt. Die Zivilbevölkerung, sie betrug zu diesem Zeitpunkt ca. eine Million Menschen, wurde bis zum spätest möglichen Zeitpunkt in der Stadt gehalten. Beim Anmarsch der sowjetischen Truppen wurden am 20. Januar ca. 700000 Frauen und Kinder in mehreren Wellen zwangsweise und völlig unvorbereitet aus der Stadt in die herrschende klirrende Kälte getrieben. Hunderttausende kamen in der Kälte oder während der Bombardierung Dresdens ums Leben. Ein Augenzeuge spricht vom "Todesmarsch" der Breslauer Frauen. (6) Die verbleibende, ca. 200000 Zivilpersonen umfassende Bevölkerung war verschärftem Nazi-Terror ausgesetzt. Die Bevölkerung wurde zu Zwangsarbeit herangezogen und mußte im Beschuß durch sowjetische Artillerie militärische Anlagen bauen. Desertionen und Widerstand häuften sich. SS und Gestapo wüteten. "Am 15. März meldete die Zeitung den ersten wegen Arbeitsverweigerung standrechtlich Erschossenen. Geheimer arbeitete der nationalsozialistische Terror ... Der Umfang dieser Schreckensherrschaft wird allmählich ruchbar durch die große Zahl der Leichen, unter denen sich viele Frauen befinden, die zu ihrer Vernichtung in die Universitätsanatomie eingeliefert werden. Das Fassungsvermögen der Verbrennungsöfen bald bei weitem überschreitend, müssen sie schließlich der normalen Bestattung überführt werden." Trotz zügellosen Terrors findet am 20. April eine Demonstration wütender Frauen für die Kapitulation statt. Anfang Mai ist eine weitere geplant. In der Nacht zum 6. Mai werden vor dem Standort der Kommandanten Maschinengewehre aufgefahren, weil eine Meuterei befürchtet wird. Am 7. Mai erfolgt die Kapitulation. (7) J. Kaps, ein katholischer Geistlicher, schätzt die Opfer der Zivilbevölkerung Schlesiens in den letzten Kriegsmonaten auf mehrere hunderttausend. (8)

"Unmenschliche Rache an Unschuldigen"?

Die Aufdeckung der Geschichtsfälschungen soll nicht bezwecken, Rache- oder Vergeltungshandlungen, die in der Tat verbreitet waren, zu leugnen oder zu beschönigen. Es hat den Aufruf I. Ehrenburgs gegeben, "Tötet die Deutschen", es hat aber auch Aufrufe in der Prawda oder in der Armeezeitung "Roter Stern" gegen Ausschreitungen gegeben: "Wenn die Deutschen marodierten und schändeten, so heißt das nicht, daß wir dasselbe tun müssen . . ." Deutsche wurden z.T. durch Armbinden kenntlich gemacht und erhielten geringere Essensrationen. Dieses Methoden spiegelten wieder, was die polnischen Milizangehörigen, als Zwangsarbeiter selbst erlebt hatten. (9) Daß es Vergeltung für den faschistischen Terror geben würde, war verantwortlichen Reichswehrmilitärs schon in den ersten Kriegsmonaten klar: "Es besteht kein Zweifel, daß die polnische Bevölkerung, die alle diese Verbrechen mit ansehen muß, . . . jede Aufstands- und Rachebewegung fanatisch unterstützen wird", schrieb der kommandierende General Ulex 1940 in einem Brief. (10) Daß polnische Miliz und Rote Armee unterschiedslos Massenmord an der deutschen Bevölkerung begangen hätten, ist faschistische Lüge. So behaupten die Herausgeber der vom Vertriebenenministerium verbreiteten "Dokumentation über die Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa", daß gewisse Züge asiatischer Mentalität wesentlich zu jenen Ausschreitungen beigetragen haben . . ., die "für europäische Begriffe fremd



Zuzug von Deutschen auf polnische Gebiete, 1939-45

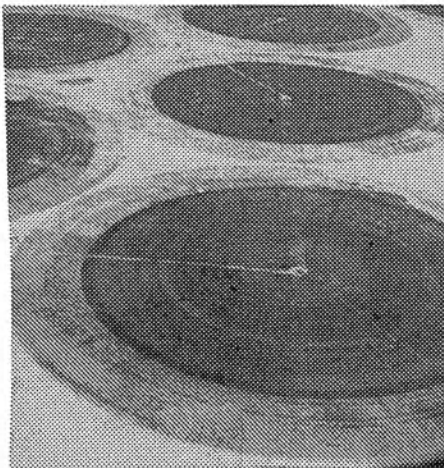
und abstoßend" wirkten. (11) Die höhnische Leugnung der faschistischen Untaten durchzieht auch alle Berichte der "Dokumentation". Es sind im wesentlichen Gutsbesitzer, Offiziere, Geistliche, Lehrer, Landräte, Bürgermeister, Volksturmführer, Bauern, einige einfache Angestellte und fünf Arbeiter(!) von ca. 380 "Augenzeugen", die dort zu Wort kommen, kurz Eigentümer und Elemente des faschistischen Staats- und Herrschaftsapparates sowie etliche, von denen es die Herausgeber für ratsam hielten, die Identität zu verschweigen. Entsprechend sind die Berichte durch ungebrochenen Rassenhochmut geprägt. Polnische Bevölkerung und sowjetische Armeeangehörige werden durchweg bezeichnet als: "Polenbengel, Polackenweiber, Flintenweiber, russische Horden, östliche Bestien, Gesindel". Ein Rittergutsbesitzer schnarrt: "Zwei Lumpen von meinen Arbeitern gaben sich als Kommunisten aus." (Nr.54). Die faschistischen Verbrechen werden hingegen geschönt – die SS verteidigt sich "tapfer" – oder von den Herausgeber aus den Berichten entfernt, so z.B. über die Evakuierung Wroclaws. Eine Frau schreibt in brutaler Borniertheit: Die Russen sind "systematisch aufgehetzt", denn: "Sie zeigen nämlich Bilder herum, wie deutsche Soldaten auf viehische Weise russische Frauen und Mädchen ermordet haben." (Nr.88) Nur zwei Berichtende bezeichnen sich selbst als Antifaschisten, und nur einer sieht den Zusammenhang zwischen dem eigenen Schicksal und den faschistischen Verbrechen. Wer drangsaliert wurde, dürfte selbst Anlaß dafür geliefert haben. M. Broszat, einer der Mitautoren der "Dokumentation" schränkt die Vorwürfe später dahingehend ein, daß "Tausende von Honorationen" ... in den ersten Tagen und Wochen nach der Besetzung verfahrensloser Rache zum Opfer" ... fielen, "welche vielfach Hitleristen und Kapitalisten gleichsetzte". (12) Dies kommt auch in einem Bericht zum Ausdruck: "Nur wer in früheren Zeiten nicht andauernd sein Deutschland provozierend in den Kriegsjahren betont hatte, konnte dies Dasein jetzt überstehen ..." (Nr. 236). Die Berichte über Massenmord an Deutschen sind Greuelpropaganda, sie dienen der Kriegsvorbereitung.

(1) J.Ziolkowski: Die Bevölkerung der Westgebiete, in: Die polnischen Westgebiete, Warszawa 1960, S. 162; (2) J.Dubiel: Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/85, S. 190, St. Schimitzek: Vertreibungsverluste?, Warszawa 1966; (3) Statistisches Bundesamt: Vertreibungsverluste, Wiesbaden 1958, S. 9ff; (4) St. Schimitzek: Vertreibungsverluste, S. 14; (5) ebenda, S. 75, 92, 154; (6) F. Grieger: Wie Breslau fiel, Stgt. 1948, S. 7; (7) ebenda, S. 20f; (8) J. Kaps: Die Tragödie Schlesiens 45/46, München 52/53, S. 88; (9) K. Neumann: Flucht und Vertreibung ..., in Blätter ... 1981, S. 992; (10) M. Broszat, S. 283; (11) Dokumentation, Bonn 1953; Bd. I, I, S. 61E; (12) M. Broszat, S. 311 – (wop)

Sachbücher

**Bücher über Libyen
und seine Geschichte****Warum Europa "Experten"
schicken soll**

Aneinandergereihte Skizzen und Berichte über die politische und wirtschaftliche Geschichte sowie wirtschaftlich bedeutende geographische Verhältnisse Libyens haben drei Mitarbeiter der kolonialen Deutschen Afrikagesellschaft 1975 veröffentlicht. Ihre These ist: Ohne die koloniale Ausspähung Libyens z.B. durch die vom deutschen Kaiser entsandten "Forscher" Nachtigall und Barth sowie ähnliche Wegbereiter der Kolonisati-



Felder in "EG-Norm": Westdeutsches Entwicklungsprojekt in einer Oase. Die uralten Palmenhaine gehen ein.

on aus Großbritannien, Frankreich und Italien wäre Libyen heute nicht fähig, seine eigene Wirtschaft zu entwickeln, die Landwirtschaft aufzubauen und das Erdöl "nutzbringend" zu verwenden. Obwohl sie anerkennen, daß Libyen eine jahrtausendelange Geschichte hat und z.B. jahrhundertlang zu den größten Agrarexporturen des Mittelmeerraumes gehörte, behaupten sie, daß Libyen keine ausreichende Kenntnisse des Ackerbaus habe, um die Selbsternährung von Libyen zu sichern, sondern europäische "Entwicklungshilfe" her muß. Z.B. kreiden die Autoren Libyen ungeniert an, daß der Grundwasserspiegel im Norden in der Kolonialzeit um ca. 15 m abgesunken ist – eine Tatsache, die der heutigen Landwirtschaft große Probleme bereitet.

H. Schiffers, H. Redmer, H. Weis; Libyen, Brennende Wüste – blühender Sand; Westberlin 1975 – (uld)

**Die SPD 1970 zu Libyen:
"Fortschritt" vom Westen!**

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über "Genossenschaften in Libyen" von 1970 ist das neueste Buch, das von sozialdemokratischer Seite

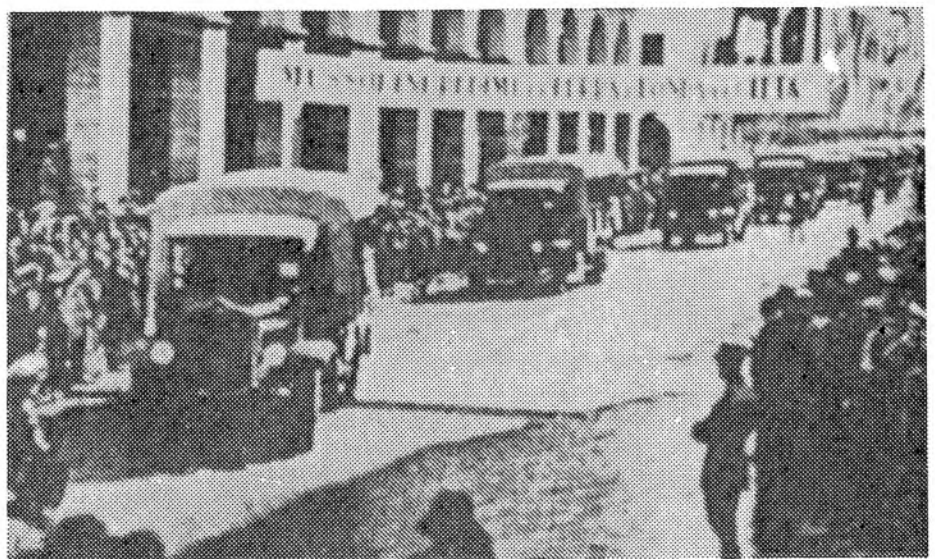
aus über Libyen vorliegt. Im Sommer 1969 vor dem Sturz König Idris' abgeschlossen, gibt die Studie nur wenig Auskunft über die Verhältnisse im Land und über den imperialistischen Einfluß. Man erfährt eher am Rande, daß 1966 73% der Bevölkerung Analphabeten waren, daß die 35000 italienischen Siedler von der italienischen Regierung massiv unterstützt wurden und mit ihren "großen, europäisch geleiteten Farmen" die Lebensmittelzufuhr der Städte kontrollierten, daß Großbritannien und die USA Militärstützpunkte unterhielten, daß Banken und Ölindustrie in imperialistischer Hand waren. Mehrfach erwähnt der Autor die rapide Landflucht – in den Küstenstädten Tripolis, Bengasi und Sawia lebten 1964 54% der Bevölkerung – als ein großes Problem, führt dies aber nirgends auf die Zerstörungen durch jahrzehntelange Kolonialherrschaft zurück. Warum deshalb die libyschen Bauern – die meisten arbeiteten entweder auf eigenem Land oder auf "Stammesland", letzteres umfaßte etwa ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche – so hoffnungslos arm blieben, bleibt so völlig im Dunkel. Auch das Treiben wucherischer Händler und Kreditgeber – beide zumeist Europäer –, die die libyschen Bauern zusätzlich ausplünderten, wird nur kurz gestreift. Trotz solch offener Unterdrückung und Ausplünderung der libyschen Bauern war der Verfasser der Studie, der sich immer wieder in typisch europäischem Kolonialistenhochmut über die angebliche Initiativlosigkeit der libyschen Arbeiter und Bauern ausläßt, vom Sturz König Idris' völlig überrascht.

Klaus-Peter Treydte, Genossenschaften in Libyen, Hannover 1970 – (rül)

**Libyens Weg durch
die Jahrtausende**

Unter diesem Titel erschien 1982 im Urania-Verlag Leipzig ein Taschenbuch von Burchard Brentjes. Brentjes

ist Professor an der Universität Halle und hat zahlreiche Bücher mit historischem und kulturhistorischem Charakter über afrikanische und asiatische Länder veröffentlicht. Sein Buch über Libyen spannt auf gut hundert Seiten einen historischen Bogen von vor etwa 7000 Jahren bis 1977; der Schwerpunkt liegt aber auf der Frühzeit. Nach einer geographischen Einführung werden historische Quellen der Frühzeit ausgewertet, vor allem die Felsenbilder (5000-1000 v.u.Z.), auf denen Jagdszenen, Haustiere, Lager- und Kampfszenen dargestellt wurden; ferner ägyptische Inschriften und die Schriften des Griechen Herodot um 500 v.u.Z. Um 100 v.u.Z. eroberte Rom das Gebiet Libyens; auf Großgütern wurde von Sklaven Getreideanbau betrieben. Der zweite Teil des Buches geht bis zum 1. Weltkrieg. Die Epoche ist gekennzeichnet von einer muslimischen Periode zwischen 700 und 1551, danach der osmanischen Fremdherrschaft und der beginnenden europäischen Kolonialisierung (zunächst v.a. Briten und Franzosen), die ab 1835 von erneuter Osmanenherrschaft abgelöst wird. Der dritte Teil, überschrieben "Auf dem Wege zur Revolution des 1. September", beginnt mit dem Überfall Italiens auf Libyen 1911. Der Widerstandskampf wird geschildert; in der Kyrenaika leitete ihn ab 1923 Omar Al-Muchtar, der 1931 gefangengenommen und gehängt wurde. Ein Drittel des Volkes starb im Terror der italienischen Faschisten. Deren Herrschaft wurde im 2. Weltkrieg durch britische ersetzt; 1949 beschloß die UNO die Errichtung eines Königreichs Libyen. Die Zeit ab 1945 wird auf 12 Seiten sehr knapp skizziert. Sparsame Quellenangaben, oft unübersichtliche Faktenreihungen, Fehlen chronologischer Übersichten und Tabellen, stattdessen viele ungenaue Zeichnungen – insgesamt ein Buch, das nur ein unklares Verständnis der libyschen Geschichte vermittelt. – (mfr)



1936: Aufmarsch faschistischer italienischer Truppen in Tripolis

Libyen

Erfolge des antiimperialistischen und antifeudalen Klassenbündnisses

Die Hetze und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen Libyen halten unvermindert an. Nicht nur die libysche Unterstützung von antiimperialistischen Bewegungen verursachte die Todfeindschaft des Imperialismus, sondern ebenfalls die Schranken, die das antiimperialistische Klassenbündnis von Bourgeoisie, Arbeitern, Bauern und der Intelligenz der Ausbeutung der libyschen Arbeitskräfte und der Ausplünderung der Rohstoffe durch die Imperialisten entgegenstellt. Die Macht liegt in den Händen der zahlenmäßig kleinen nationalen Bourgeoisie, die ihre Herrschaft mittels des Islam begründet und verteidigt und von der neuen Mittelklasse im Staatsapparat unterstützt wird. Der

Arbeiterklasse ist es in den letzten 17 Jahren seit dem Militärputsch gelungen, ihre Stellung zu verbessern und zahlreiche soziale Verbesserungen durchzusetzen.

Die Abhängigkeit Libyens vom imperialistischen Weltmarkt ist nicht beseitigt: Nach wie vor exportiert Libyen viel Erdöl und bringt beträchtliche Mittel für Nahrungsmittel- und Fertigwarenimporte auf. Die Imperialisten und unter ihnen vor allem die EG-Imperialisten, unternehmen alles, um die Erfolge des antiimperialistischen Kampfes zunichte zu machen. Können die libyschen Volksmassen die Erfolge verteidigen und wie haben sich die Klassenverhältnisse in Libyen entwickelt?

Erfolge im antikolonialen und antiimperialistischen Kampf

Über 30 Jahre lang, von 1911 bis 1944, war Libyen italienische Kolonie. Der Herrschaft des italienischen Imperialismus folgte die der britischen, französischen und US-amerikanischen Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg, die sich nach der Unabhängigkeit Libyens auf die feudale Klasse unter Führung König Idris stützten. Banken, Erdölindustrie und Schlüsselindustrien befanden sich in imperialistischem Besitz.

Der Militärputsch junger Offiziere unter Führung von Oberst Ghadaffi 1969, die von der arabisch-nationalistischen Politik Nassers beeinflusst waren, fand breite Unterstützung, vor allem unter den Arbeitern und den Bauern, und brachte das Bündnis von Bourgeoisie und Intelligenz an die Macht. Die ersten Maßnahmen der Regierung Ghadaffi richteten sich gegen die imperialistische und feudale Herrschaft:

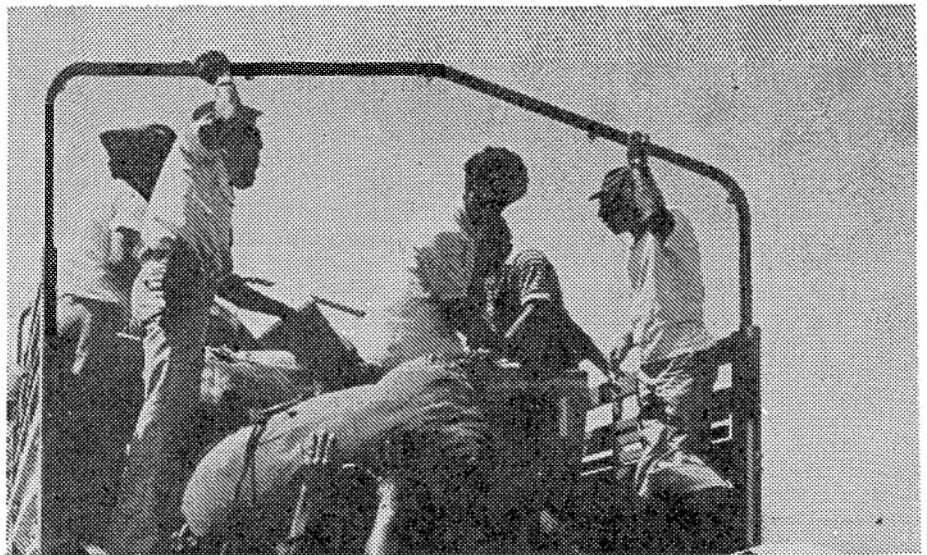
Auflösung der ausländischen Militärbasen, Verstaatlichung von ausländischen Unternehmen, wie Banken und Ölfirmen, Ausbau der Armee, Ausweisung von 35000 Italienern und Enteignung ihres Vermögens, arabische Kulturpolitik und Gründung von staatlichen Unternehmen. Im Juni 1971 wurde die Libysche Arabische Sozialistische Republik (ASU) gegründet, deren politischen Auftrag M. Ghadaffi wie folgt umriß:

"Sie soll die Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlich arbeitenden Klassen herstellen, die Differenzen zwischen ihnen beseitigen ... die wirkliche Demokratie herstellen und mit der Revolution gegen die Herrschaft einer Klasse einigen."

Die Bourgeoisie und die Intelligenz suchten zur Sicherung ihrer Macht die Unterstützung der Arbeiterklasse, der Bauern und der Kleinbourgeoisie als Bündnis der "aktiven Volkskräfte" gegen die gestürzte feudale Klasse und den Imperialismus. Die "aktiven Volkskräfte" umfaßten: 1. die Bauern mit weniger als 30 ha bewässertem Land; 2. die Arbeiter, darunter auch

die Handwerker, die aber außer den Familienangehörigen niemanden beschäftigen; 3. Soldaten und Polizisten; 4. die Intellektuellen, die durch Schreiben oder Lehrtätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen oder mit anderer "intellektueller Tätigkeit zur Lösung der nationalen Probleme beitragen", z.B. die Studenten; 5. die so-

undheitsversorgung und Sozialversicherung usw. eingeführt. Bei der Bildung aller Staatsorgane, vom Komitee der Basiseinheit, z.B. in den Stadtteilen, bis zum Allgemeinen Nationalkongreß sollten mindestens 50% der Mitglieder aus den Reihen der oben definierten "Arbeiter und Bauern" kommen und sie für die Teilnahme an



Ausweisung von ca. 40000 tunesischen Arbeitern aus Libyen

genannten "nichtausbeutenden Kapitalisten". Die Einschätzung der "nichtausbeutenden Kapitalisten" als mit dem ganzen Kapital wirtschaftend, niemanden ausbeutend und ihren Reichtum auf "rechtmäßigem Wege" erwirtschaftend richtete sich nicht gegen die Bourgeoisie, sondern galt der Verschleierung gegenüber der Arbeiterklasse und der Kritik an der feudalen Klasse und ihrem Anhang.

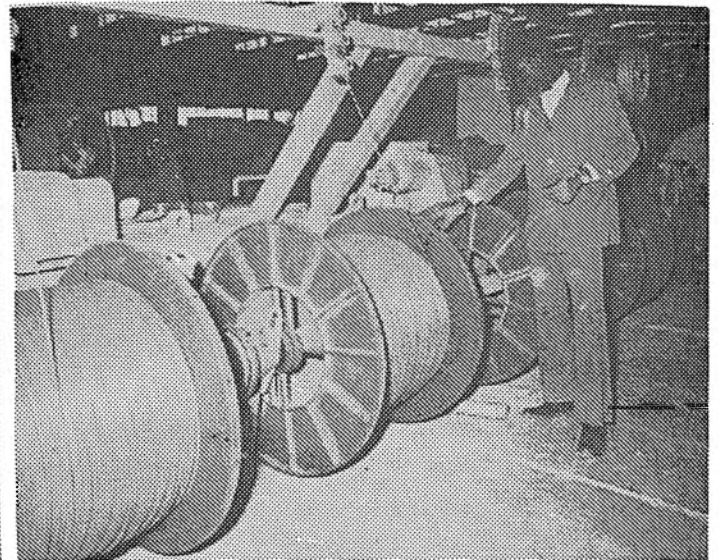
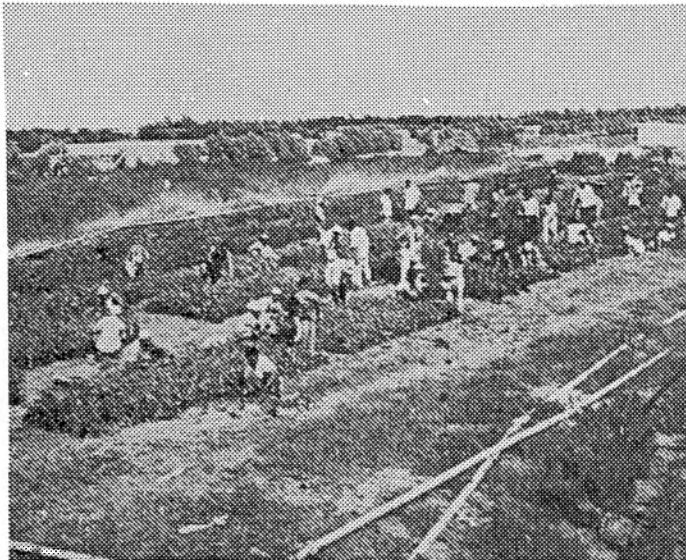
Die Regierung Ghadaffi kam Forderungen nach Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter, Bauern und Kleinbourgeois nach. Mindest- und Höchstlöhne wurde eingeführt, eine Landreform durchgeführt und neugewonnenes Land an Kleinbauern verteilt, eine Höchstsumme für die Entlohnung ausländischer Experten festgelegt, kostenlose Schulbildung, Ge-

den Mitbestimmungsorganen interessieren.

Staat der Produzenten?

Ab 1973 entwickelte M. Ghadaffi die Dritte Universaltheorie als Alternative zum Sozialismus, aber in Abgrenzung zum Kapitalismus. Er lehnt darin die Existenz von Parteien wie auch die Herrschaft von Klassen ab und wendet sich damit direkt gegen die Arbeiterklasse. Über das System der "unmittelbaren Volksdemokratie" durch den Aufbau von Volkskongressen und Volkskomitees versuchen die herrschenden Klassen ihre Macht zu sichern. Die zweite Tagung des 1. Allgemeinen Nationalkongresses beschloß 1974 eine Neudefinition der "aktiven Volkskräfte", die sich wie folgt zusammensetzen:

1. Arbeiter; 2. Bauern; 3. Studenten



Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau, die durch die imperialistische Aggression zunichtegemacht werden sollen. Links: Ein Bewässerungsprojekt. Seit 1969 wurden 700000 ha Ödland kultiviert. Rechts: Draht- und Kabelfabrik in Benghasi.

(neu); 4. Händler (neu), also Personen, die "nichtproduktive" Arbeit leisten, aber für die regionale Verteilung der Waren sorgen; 5. Beamte (neu); 6. Selbständige, die niemanden außer den Familienangehörigen beschäftigen und 7. Gewerbetreibende, z.B. Ärzte und Ingenieure. Auf die ausdrückliche Nennung der "nichtausbeutenden Kapitalisten" wurde verzichtet, vielmehr wurde darauf hingewiesen, daß die "ausbeutende" kapitalistische Klasse mit der sich in Libyen entfaltenden "sozialistischen Ordnung" unverträglich und auszumerzen sei. Damit wollte die herrschende Bourgeoisie die wachsende Kritik unter den werktätigen Massen abwenden und die Grundlage ihrer Existenz verdunkeln.

In den folgenden Jahren fanden innerhalb der libyschen Gesellschaft weitreichende Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten statt. Bis 1975 folgte die Verstaatlichung von 300 privaten Handels- und Industrieunternehmen. Teile der Bourgeoisie, die durch die Ausdehnung der Erdölwirtschaft und durch die Vorschriften, daß nur noch Libyer Unternehmen gründen bzw. Aktienanteile erwerben dürfen, Anfang der 70er Jahre gefördert wurde, zettelten zusammen mit feudalen Kräften konterrevolutionäre Aktivitäten an, wie Proteste gegen Verstaatlichungen, Lebensmittelverknappung, Investitionsstopp, Mietwucher, Korruption bis zu offener Sabotage. Ein Putschversuch gegen Ghaddafi 1975 scheiterte schließlich. Auf Druck von großen Volksbewegungen dagegen entschied sich die Regierung Ghaddafi zur "Deklaration über die Volksmacht", die die "Volkskongressbewegung" nach den Darlegungen des "Grünen Buches" einleitete und die "Revolution" verteidigen sollte. Der "Generalkongreß des Volkes" beschloß 1977: "Das Volk übt seine Autorität

durch die Volkskongresse, die Volkskomitees, die Gewerkschaften, die Unionen, die professionellen Vereinigungen und den Generalkongreß des Volkes aus." Die Gewerkschaften bleiben auf die Belange der Betriebe beschränkt. In den Zusammenschlüssen des "Volkes" dominierten die Vertreter der herrschenden Klassen. Die "Volkskongressbewegung" führte zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen. "Volkskomitees der Arbeiter" übernahmen die Kontrolle über eine Vielzahl von privaten und staatlichen Gesellschaften. Beschäftigte überführten viele Produktions-einrichtungen ihrer Betriebe in kollektives Eigentum und unterstellten sie der Selbstverwaltung der Produzenten. Davon ausgenommen blieben die Erdölindustrie und das Bankwesen.

In seinen Ausführungen im Teil II des Grünen Buches (1977) über die "Lösung des wirtschaftlichen Problems" unterstützt Ghaddafi Forderungen nach Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sowie die Eigentumsübertragung, um aber gleichzeitig die Klassenwidersprüche zu verschleiern. Die "Lösung" sieht er in der "Abschaffung des Lohnsystems, in der Emanzipation des Menschen von seiner Knechtschaft, sowie in der Rückkehr zu dem Gesetz, das die Beziehungen vor dem Entstehen der Klassen, Regierungsformen und vom Menschen geschaffenen Gesetzen bestimmte." Als "Naturgesetz", das zu einem "natürlichen Sozialismus" führen soll, versteht Ghaddafi die "Gleichheit zwischen den wirtschaftlichen Faktoren der Produktion", also Rohstoffe, Produktionsmittel und Produzenten. "Die Produzenten sind die Arbeiter". Alle, die produktiv arbeiten – so Ghaddafi – sind Produzenten. Da die herrschenden Klassen, Bourgeoisie und Intelligenz, nach dieser Theorie Ghaddafis auch an der Produktion beteiligt sind, sind sie natürlich auch Produzenten und der Widerspruch

zwischen Lohnarbeit und Kapital beseitigt. Der vormalige Lohnarbeiter soll dann in einen "Partner" in der Produktion verwandelt werden, in einen Partner der ausbeutenden Klassen.

Die allgemeine Volkskonferenz 1978 geht dann auch von folgenden "aktiven Volkskräften" aus: 1. die Produzenten in Landwirtschaft und Industrie; 2. Polizisten, Soldaten, Lehrer, Ärzte usw. und Werk-tätige, die an der Verteilung oder Erstellung öffentlicher Dienstleistungen beteiligt sind, aber keine Handarbeit verrichten; 3. Kranke und Rentner und 4. die Jugendlichen, also Schüler und Studenten.

Von den "aktiven Volkskräften" ausdrücklich ausgegrenzt werden Hausangestellte, private Kaufleute und Händler, die Nachtwächter, Chauffeure, Bürodienner, Türsteher und Friseur. Deren so unterschiedliche Tätigkeiten werden als gesellschaftlich überflüssig angesehen. Darin drückt sich das Interesse der herrschenden Klassen aus, alle verfügbaren Arbeitskräfte in die Produktion zu werfen, aber auch, daß die Annehmlichkeiten und der Luxus der Reichen, die sich Chauffeure, Diener, Hausangestellte halten, zunehmend von den arbeitenden Klassen kritisiert wird. Mit der Ausgrenzung der privaten Kaufleute und Händler, die für einen stärkeren Anschluß an den Weltmarkt eintreten, sollten Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen bereinigt werden. Im Rahmen der "Partner – statt Lohnarbeiter"-Kampagne seit 1978 übernahmen neugegründete betriebliche Produzentenräte weitere Betriebe. Gegen Immobilienbesitzer und Händler führten die Volksmassen Kampagnen durch und haben der Bodenspekulation ein Ende gemacht. Maßnahmen gegen den privaten Handel, der als profitsüchtig und unproduktiv angeklagt wurde, folgten und führten zu Gründungen von Volksmärkten.

Die libyschen Volksmassen haben ohne Zweifel große Erfolge im antiimperialistischen und antifeudalen Kampf erzielt: Das Wohnungsproblem kann in den nächsten Jahren beseitigt sein, für alle Schüler und Schülerinnen gilt die Schulpflicht, die Kalorienversorgung je Einwohner ist eine der höchsten in der Dritten Welt usw. Die Erdölförderung wurde reduziert, aus den Erlösen werden Projekte zum Aufbau eigener Industrien und der Landwirtschaft finanziert. Die libyschen Arbeiter haben ihre Löhne verbessern können: von 15 libyschen Dinaren 1969 stiegen die Mindestlöhne auf 75 DL 1978 und schließlich auf 150 DL 1982 (1 DL entspricht etwa 9 DM). Gleichzeitig verringerte sich die Lohnspreizung: Die Höchstlöhne betragen ab 1982 500 DL. Aufgrund des Arbeitskräftemangels sind bis zu 30 % der Arbeitskräfte, in manchen Branchen, z.B. im Baugewerbe bis zu 60 % ausländische Arbeitskräfte und Teil der libyschen Arbeiterklasse. Die Mehrzahl von ihnen arbeitet als ungelernete Arbeitskräfte und unter harten Bedingungen. Ihre politischen Rechte sind äußerst beschnitten, ihnen droht ständig die Ausweisung wie z.B. 1979/80, als die Regierung 100000 Ägypter, Tunesier, Nigerianer auswies.

Über die 30000 ausländischen Spezialisten, die in weiten Bereichen der libyschen Wirtschaft die Produktion leiten oder den Aufbau von Industrieanlagen beaufsichtigen, haben insbesondere die EG-Imperialisten direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die Verhältnisse in Libyen. Daneben sind die herrschenden Klassen in Libyen über ihre etwa 7 Mrd. US-\$ Auslandsinvestitionen, z.B. bei FIAT in Italien, mit den Imperialisten verbunden.

Vieles spricht dafür, daß das antiimperialistische Klassenbündnis den Angriffen der Imperialisten standhalten kann. Sie haben es nicht auseinanderbomben, nicht durch wirtschaftlichen und politischen Druck spalten können. Selbst für einen Putschversuch fanden sich nicht genügend Handlanger. Eine Zurückdrängung des islamischen Elements im antiimperialistischen Klassenbündnis und eine stärkere Bezugnahme auf die antiimperialistischen Klasseninteressen würde zur Stabilisierung des Bündnisses gegen den Imperialismus beitragen.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Länderberichte Libyen 1969-84; BfA, Wirtschaftsdokumentation Libyen 1986; Arabische Libysche Sozialistische Volks-Jamahiriyah, Horizonte der Zukunft; G. Barthel: Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in Libyen seit der Septemberrevolution von 1969, in: asia, africa, latin america spezial issue 8, Berlin (DDR) 1980; Hanspeter Mattes: Die gesellschaftliche Transformation Libyens (1951-1984), Aufstieg und Fall der Bourgeoisie, in: Orient, 1/85 - (sie, rül)

Unterstützung von Befreiungsbewegungen

1977 erklärte die libysche Regierung, sie werde Mitgliedern von Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Organisationen den Aufenthalt in Libyen erlauben. Vor Jahren soll diese Aufenthaltsmöglichkeit auch von Mitgliedern der RAF genutzt worden sein, woraufhin Bundesinnenminister Baum von der libyschen Regierung frech verlangte, solche Einreisen künftig zu verhindern. Die libysche Regierung hat sich von solchen Erpressungsversuchen nicht beeindrucken lassen. Deshalb haben die Imperialisten ihre Hetze gegen Libyen in den letzten Jahren ständig verschärft. Dabei versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als ob die libysche Regierung mit reaktionären Agenten und ebenso reaktionären Bombenlegern weltweit geheim zusammenarbeite.

Tatsächlich ist die libysche Unterstützung von Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Organisationen in zahlreichen Dokumenten veröffentlicht. Seit 1982 besteht in Libyen ein "Internationales Zentrum gegen Imperialismus, Zionismus, Reaktion und Faschismus". Dieses ging aus einem Kongreß hervor, der vom 15. bis 18. Juni 1982 in Tripolis stattfand und an dem 80 Regierungen von Staaten der Dritten Welt und 240 Organisationen, darunter zahlreiche Befreiungsbewegungen, teilnahmen.

Die Teilnehmer des Kongresses, darunter Vertreter der PLO, der Polisario, der SWAPO, Organisationen aus Chile, Nikaragua, El Salvador, Kuba und anderen Ländern wählten ein Sekretariat mit Sitz in Tripolis. Als gemeinsame Grundsätze beschlossen sie:

"Die revolutionären Kräfte, die nationalen Befreiungsbewegungen und die fortschrittlichen und demokratischen Organisationen in der Dritten Welt

— sind von der Gemeinsamkeit ihrer Zielsetzungen überzeugt, die sich auf die Verwirklichung von Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Fortschritt für ihre Völker richten, und sie wissen, daß diese Zielsetzungen und Bestrebungen nur verwirklicht werden können durch entschiedenen Kampf und energischen Widerstand gegen den gemeinsamen Feind, Imperialismus, Zionismus und Reaktion, die mit allen Mitteln versuchen, ihre Allianz mit den reaktionären, faschistischen und rassistischen Regimes aufrecht zu erhalten, um so die Hoffnungen der unterdrückten Völker auf ihre Befreiung zu zerschlagen...

— sind ... entschlossen, den Plan des gemeinsamen Gegners zu vereiteln, der sie isolieren möchte, um

dann einen nach dem anderen schlagen zu können."

Als gemeinsame Aufgaben führten sie u.a. an:

"7. Die kollektive Unterstützung der revolutionären und oppositionellen Kräfte in den Regionen, die von Reaktion und Faschismus umgeben sind und unter Ausbeutung und Unterdrückung leiden..."

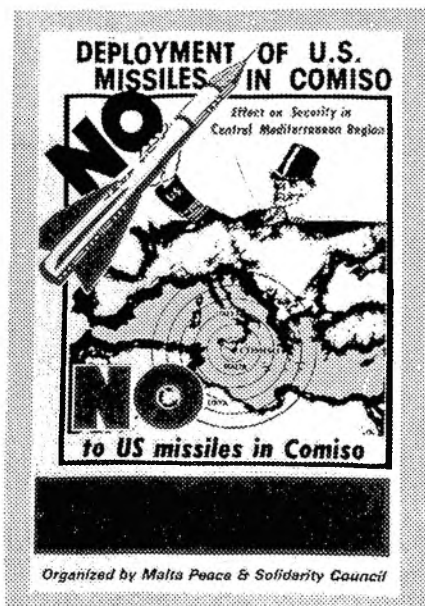
8. Die Stärkung der strategischen Kampfallianz mit den Sozialistischen Ländern unter Führung der Sowjetunion...

10. Die Unterstützung der Völker in ihren Bemühungen, Kooperation und wirtschaftliche Integration herbeizuführen, um so ökonomische Beziehungen außerhalb des Rahmens monopolistischer Hegemonie zu schaffen und die Bemühungen um eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu verstärken."

In einer Rede auf der Konferenz betonte Ghaddafi insbesondere die Unterstützung für die PLO. Er erklärte: "Die Völker der Dritten Welt ... bilden gemeinsam die strategische Basis im Kampf gegen Imperialismus, Rassismus, Reaktion und Faschismus ... vom besetzten Palästina bis Südafrika."

Den Meldungen in der westlichen Presse über die letzte Konferenz im März 1986 ist zu entnehmen, daß die "Vereinigte Front für die Befreiung der Kanaken" (FULK), die für den Sturz der französischen Kolonialherrschaft in Neukaledonien kämpft, dem "Zentrum" in Tripolis beigetreten ist.

Quellenhinweis: Dokumentation des Generalkongreßes des "Internationalen Zentrums gegen Imperialismus, Zionismus, Reaktion und Faschismus", Tripolis, 1982; FAZ vom 29.4.1986



Plakat eines internationalen Seminars in Malta, Dezember 1983, gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf Sizilien.

Dokumente zur libyschen Geschichte und Revolution

Befreiungskampf gegen die italienische Kolonialmacht

"Das Land hatte sich (vor dem Sturz König Idris im Jahr 1969, d. Red.) in der Hand hirn- und herzloser libyscher Reaktionäre befunden, die sich vor den Karren der britischen und amerikanischen Imperialisten spannen liebten.

Dazu kamen noch faschistische italienische Kolonialherren, die seit 1911 versucht hatten, aus Libyen eine italienische Kolonie zu machen. Diese Situation zwang das libysche Volk, mit allen Mitteln einen Krieg gegen die italienische Invasion zu führen, der dreißig Jahre dauerte und der das libysche Volk, das außer mit der Kraft seines Glaubens relativ unbewaffnet war, 750000 Märtyrer kostete, die ihr Leben im Kampf um den geheiligten Heimatboden hingaben.

Selbst als Libyen im Dezember 1951 dem Namen nach für unabhängig erklärt wurde und eine Regierung aus imperialistischen Lakaïen und Strohmannern gebildet wurde, setzte das libysche Volk seinen Kampf mit dem Ziel fort, das Land von den britischen und amerikanischen Militärstützpunkten zu befreien, die eine Beleidigung seiner nationalen Souveränität darstellten.

Der vom libyschen Volk so lange durchgehaltene Kampf fand mit der Revolution vom 1. September, die nach wiederholten Aufrufen des Volkes erfolgte, ein glückliches Ende." (aus: Fakten und Daten über die Jamahiria, hrsg. vom Volksbüro der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiria, Bonn 1980, S. 9f.)

"Kommunique Nr. 1" der Revolution vom 1.9.1969

"Im Namen Gottes, des Gnädigsten, des Allerbarmers.

Oh, großes Libysches Volk, in Ausübung Deines freien Willens und in Verwirklichung Deiner langgehegten Hoffnungen, als Antwort auf Deine wiederholten rufe nach Veränderung und Säuberung, die auf Tatkraft und Entschlossenheit drängten und Umsturz und Gewitter losbrechen lassen, haben Deine Streitkräfte das dekadente, rückständige und reaktionäre Regime gestürzt, dessen Gestank den Geruchssinn betäubt und dessen Anblick und anekelt. Durch einen einzigen Schlag Deiner furchtlosen Armee gerieten die Götzen ins Taumeln und stürzten.

In einem einzigen gewichtigen Au-

genblick des Schicksals ist also hiermit die Dunkelheit vergangener Jahrhunderte, von der Türkenherrschaft über die Ungerechtigkeit der Italiener bis hin zur Ära der Reaktion, der Bestechung, der Vetternwirtschaft, der Treulosigkeit und des Verrats, vom Erdboden verschwunden.

Libyen wird fortan als eine freie, souveräne Republik gelten und 'Libysch-Arabische Republik' heißen, die sich, nach dem Willen Gottes, auf dem Wege zu Freiheit, Einheit und sozialer Gerechtigkeit, zu Tatkraft und Größe erheben wird, die all ihren Söhnen das Recht der Gleichheit sichern und ihnen die Tür ehrenvoller und anständiger Arbeit in einer neuen Gesellschaft öffnen wird, in der es keine Gekränkten, Unterdrückten, Mittellosen, kei-



Dokumente europäischer Kolonialpolitik in Libyen: Opfer eines italienischen Massakers 1911. Die italienischen Faschisten ermordeten während ihrer Herrschaft ein Drittel der libyschen Bevölkerung.

ne Herren, keine Sklaven, sondern nur freie Brüder geben wird, die in einer Gesellschaft leben über die, so Gott will, das Banner des Wohlstands und der Gleichheit wehen wird.

Reichen wir uns also die Hände, öffnet Eure Herzen, vergeßt Euren Groll und steht vereint wie ein Mann auf gegen den Feind der Arabischen Nation, den Feind des Islam, den Feind der Menschheit, der unsere Heiligtümer verbrannt und unsere Ehre besudelt hat. So werden wir unsere Ehre wiederherstellen, unser Erbe wiederbeleben und die Verletzung unserer Würde und den Raub unserer Rechte rächen ...

Revolutionäre Kommandorat" (zit. nach: Fakten und Daten über die Jamahiria, a.a.O., S. 11f.)

"Erklärung zur Errichtung der Volksmacht in der Jamahiria"

"Im Namen Gottes, des Gnädigen, des Allerbarmers,

Das libysch-arabische Volk, das sich auf öffentlichen Versammlungen der Volkskongresse, Volkskomitees, Gewerkschaften und Berufsverbände, wie sie vom Kommunique Nr. 1 der Revolution und in der historischen Rede von Zwara angeregt wurden, zusammengefunden hat und sich von den Grundzügen des Grünen Buches anleiten läßt, hat nach sorgfältiger Prüfung der Empfehlungen der Volkskongresse und der am 2. Shawal 1389 AH – dem 11. Dezember 1969 entsprechend – abgegebenen Verfassungserklärung und der Empfehlung, die der Generalkongreß in seiner ersten Sitzungsperiode vom 4. bis 17. Moharram 1396 – dem 13. bis 24. November 1976 entsprechend – verabschiedet hat und

im Glauben an die edlen Prinzipien der Großen Revolution vom Ersten September, die der revolutionäre Denker und islamische Führer Oberst Muammar Al-Khaddafi als Haupt der Bewegung der freien, vereinigten Offiziere in Gang gesetzt hat ... erklärt hiermit seine unerschütterliche Hingabe an die Freiheit und seine Bereitschaft, sie in seinem eigenen Land und allen Ländern auf der Welt zu verteidigen und jene zu schützen, die um der Sache der Freiheit willen verfolgt werden. Ebenso erklärt es sich zum Anhänger des Sozialismus, um die Eigentumsrechte des Volkes zu verwirklichen, und daß es für eine allumfassende arabische Einheit eintreten und an den geistigen Werten festhalten wird, die den Anstand, entsprechendes Ver-

halten und menschliche Ethik wahren; es stellt sich nachdrücklich hinter die Bewegung der fortschreitenden Revolution, die unter Führung des revolutionären Denkers und islamischen Führers Oberst Muammar Al-Khadafi auf die vollständige Macht des Volkes hinarbeitet und das Prinzip verteidigt, daß das Volk der Führer und Herr ist, der über die Autorität, den Reichtum und die Waffen verfügt; es tritt nachdrücklich für eine Gesellschaft der Freiheit ein, die sich ein für allemal von allen herkömmlichen Herrschaftsinstrumenten befreit – vom Individuum, der Familie, dem Stamm, der Sekte, der Klasse, dem Parlament bis hin zur Partei und einer Koalition von Parteien – und erklärt seine Bereitschaft, jeden Versuch eines Vorgehens gegen die Volksmacht völlig zu zerschlagen.

Das Libysch-Arabische Volk, durch die Revolution zum Herrn seiner eigenen Geschichte geworden, sucht Hilfe bei Gott und wird stets an seinem Heiligen Buch als einer Quelle der Anleitung zum Handeln und für den Sittenkodex der Gesellschaft festhalten; es gibt hierzu folgende Erklärung ab, mit der die Errichtung der Volksmacht verkündet wird, die der Menschheit den Anbruch eines neuen Zeitalters, des Zeitalters der Massen ankündigt:

Erstens: Die offizielle Bezeichnung Libyens wird hinfort 'Sozialistisch-Libysch-Arabische Volks-Jamahiria' sein.

Zweitens: Der Heilige Koran ist der gesellschaftliche Sittenkodex in der Sozialistisch-Libysch-Arabischen Volks-Jamahiria."

Drittens: Die Grundlage des politischen Systems in der Sozialistisch-Libysch-Arabischen Volks-Jamahiria ist die direkte Autorität des Volkes. Die Autorität gebührt dem Volk und niemandem sonst. Das Volk übt seine Macht durch die Volkskongresse, Volkskomitees, Syndikate, Gewerkschaften, Berufsverbände und den General-Volkskongress aus. Ihre Funktionen sind durch Gesetze festzulegen.

Viertens: Die Verteidigung der Heimat ist die Verantwortung eines jeden Bürgers, ob männlich oder weiblich. Das Volk wird durch eine allgemeine militärische Ausbildung bewaffnet und geschult. Die Methoden bei der Vorbereitung der militärischen Einrichtungen und der allgemeinen militärischen Ausbildung sind durch Gesetze festzulegen."

(zit. nach: Fakten und Daten ..., a.a.O., S. 22f.)

Erklärung des libyschen Volksbüros zu angeblichen Mordaufrufen in Libyen

"Manche Presseorgane haben Nach-

richten verbreitet, die behaupten, daß die Presse in der Jamahiria die Bevölkerung aufgefordert habe, ausländische Bürger, die sich in der Jamahiria aufhalten, zu töten.

Das libysch-arabische Volksbüro in Bonn weist diese erfundenen Nachrichten mit Entschiedenheit zurück und betont, daß die ausländischen Bürger, die sich in der Jamahiria aufhalten, und vor allem die amerikanischen Bürger, die die Forderung ihres Präsidenten ablehnten, nach Hause zurückzukehren, Gäste des libysch-arabischen Volkes sind. Sie alle beteiligen

land gegen die Sozialistische Libysche Arabische Volks-Jamahiria verstärkt, insbesondere, als Verantwortliche der Bundesregierung und Bundeskanzler Helmut Kohl erklärten, daß es Hinweise gebe, die darauf hindeuteten, daß die Jamahiria hinter dem Anschlag stehe.

Das Volksbüro der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volks-Jamahiria erklärt, daß die von jenen Herren und von Bundeskanzler Kohl aufgestellten Behauptungen jeder Grundlage entbehren und betont, daß die Jamahiria in keinsten Weise mit diesem



"Der Terror am Boden" – mit dieser triumphierenden Unterschrift veröffentlichte das US-Magazin "Newsweek" am 5. Mai dieses Bild von der Beerdigung von Opfern des US-Bombenangriffs auf Libyen.

sich an Aufbauplänen und an der Errichtung der fortschritts-orientierten Projekte in der Jamahiria, die die Reagan-Administration durch ihre jetzigen Terrorakte gegen unser Volk zerstören will. Das Volk, das sich dafür entschieden hat, die Aggression abzuwehren und zurückzuschlagen, nimmt sein Recht auf Selbstverteidigung wahr und schützt sein Hoheitsgebiet und seine territorialen Gewässer am 32. Breitengrad 30 min.

Bonn, den 26.3.1986"

(Quelle: Pressemitteilung des libyschen Volksbüros, Bonn)

Erklärung des libyschen Volksbüros zum Bombenanschlag auf die Diskothek "La Belle"

"Als Folge des Bombenanschlags, der gegen das Tanzlokal in Westberlin verübt wurde, in dem amerikanische Soldaten verkehrten, hat sich die politische Kampagne und die Pressekampagne in der Bundesrepublik Deutsch-

Anschlag oder ähnlichen Aktionen in Verbindung steht.

Wir fordern Bundeskanzler Kohl auf, irgendeinen Beweis für die Behauptung vorzulegen, daß es Hinweise gebe, die darauf hindeuteten, daß die Jamahiria hinter dem Anschlag von Berlin stehe.

Diese Kampagne und die darauffolgenden unwahren Beschuldigungen stehen im Zusammenhang mit den US-amerikanischen Vorbereitungen für eine Aggression gegen Libyen. Und die Erklärungen von Herrn Kohl passen somit in den Rahmen dieser Kampagne, die darauf abzielt, einen Vorwand für einen amerikanischen Angriff gegen die Jamahiria zu finden, jenen Angriff, den die US-Administration schon seit langem vorbereitet hat.

Diese Erklärungen fallen auch in zeitlichen Zusammenhang mit den Drohungen, die der Chef der US-Administration, Reagan, gegen die Jamahiria ausgesprochen hat.

Bonn, den 12. April 1986"

(Quelle: Presseerklärung des Libyschen Volksbüros, Bonn, 12.4.1986)



Handelskrieg EG-USA

Der Handelskrieg zwischen der EG, USA und Japan spitzt sich zu. Trotz deutlich gesunkenem Dollarkurs befürchten die US-Imperialisten in diesem Jahr ein 125-Milliarden-Dollar-Handelsdefizit. Abgeordnete des US-Kongreß haben ein Gesetz vorgelegt, das japanische, westdeutsche und andere Exporte in die USA mit Strafzöl-

len bedroht, wenn die Kapitalisten dieser Staaten nicht "freiwillig" ihre Exporte drosseln. Seit Monaten verlangen die USA außerdem, daß die EG ihre Einfuhrschranken für Agrarprodukte abschwächt, insbesondere im Fall der neuen EG-Mitglieder Portugal und Spanien. Die EG lehnt das ab. Die westeuropäischen Imperialisten wollen ihre führende Stellung im Welthandel um keinen Preis aufgeben.

Kanada: Die Militärpolitik der Regierung Mulroney

Es geht nicht ganz reibungslos ab zwischen der konservativen Regierung Mulroney und der Regierung Reagan, was die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen betrifft. Kanada ist nicht mehr einfach als nördlicher Pufferstaat der USA zu behandeln. Bei SDI macht Kanada nicht mit; bei der Modernisierung des NORAD-Abkommens gibt es Haken. Beim Waffenkauf begibt sich die kanadische Regierung eher auf den europäischen als den US-Markt. Ist die europäische Orientierung der kanadischen Konservativen stärker als die gemeinsamen Auffassungen mit Reagan? – Gegen die von Thyssen in Kanada geplante Panzerfabrik gibt es erfreuliche Proteste.



Asylpolitik in Schl.-Holstein

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Sammellager in den Kreisen durchsetzen können. Die entwürdigenden und isolierenden Bedingungen, unter denen die Asylbewerber dort leben müssen, haben an mehreren Orten öffentliche Protestaktionen hervorgerufen und zur



Bildung von Initiativen geführt. In diese Auseinandersetzungen sind oft inzwischen SPD und GRÜNE verwickelt. Am Beispiel der Aktionen der Asylbewerber in Neumünster und der Arbeit des dortigen Arbeitskreises Ausländerpolitik wird deutlich, wie die Isolation der Asylbewerber aufgebrochen werden kann, daß aber auch landesweite Koordination nötig ist.

Ergebnisse der Ausländerkonferenz der IG Metall

Zum ersten Mal seit Beginn der massenhaften Anwerbung ausländischer Lohnabhängiger durch westdeutsche Kapitalisten vor über 20 Jahren hat die IG Metall im Mai eine Ausländerkonferenz durchgeführt. Mit einer Vielzahl von Beschlüssen verurteilten die Delegierten die Unterdrückung ausländischer Lohnabhängiger, forderten kommunales Wahlrecht als ersten Schritt zum allgemeinen Wahlrecht, verlangten das Verbot faschistischer und neofaschistischer Organisationen, das Verbot von ausländerfeindlichen Äußerungen und Handlungen, mehr Rechte für die ausländischen Mitglieder der Gewerkschaften. Ein Bericht der türkischen revolutionären Zeitung Emegin Sesi über den Kongreß.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-

Württemberg

M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Gerhardstr. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.